



Plenarprotokoll

120. Sitzung

Mittwoch, 8. Juni 2016

Nachruf auf die ehemaligen Abgeordneten Heinz Lund, Paul Möller und Günter Flessner	9934	Energiewende mit dem Bürgerwillen in Einklang bringen	9936
Gemeinsame Beratung		Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN	
a) Regierungserklärung zur Energiepolitik	9936	Drucksache 18/4297	
b) Dynamische Abstandsregelungen für Windenergieanlagen	9936	Torsten Albig, Ministerpräsident...	9936
Antrag der Fraktion der FDP		Oliver Kumbartzky [FDP].....	9943
Drucksache 18/4249 (neu)		Daniel Günther [CDU].....	9946
c) Windkraft mit den Menschen ausbauen	9936	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	9950
Antrag der Fraktion der CDU		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9959
Drucksache 18/4271 (neu)		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	9963
		Flemming Meyer [SSW].....	9966
		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9969

Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 18/4249 (neu) und 18/4271 (neu) sowie des Änderungsantrags Drucksache 18/4297 an den Wirtschaftsausschuss, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss...	9971	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9988
		Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/4300 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/4275.....	9994
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Schaffung eines Prüfungsrechtes des Landesrechnungshofes im Rahmen der Eingliederungshilfe	9971	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Jugendförderungsgesetzes	9994
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/4218		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4254	
Gemeinsame Beratung		Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	9994
a) Dem Strukturbruch in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum entgegentreten	9972	Astrid Damerow [CDU].....	9995
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4275		Tobias von Pein [SPD].....	9996
Krise am Milchmarkt wirksam begegnen	9972	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9997
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4300		Anita Klahn [FDP].....	9998
b) Bericht zur Gemeinschaftsaufgabe der „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); Mittelanmeldungen zum Rahmenplan 2016 .	9972	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	9999
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4068		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	10000
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	9972, 9991	Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4254 an den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	10001
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	9974, 9989		
Heiner Rickers [CDU].....	9976, 9978	Bericht zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); Mittelanmeldungen zum Rahmenplan 2016	10001
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9979, 9990	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4068	
Oliver Kumbartzky [FDP].....	9981	Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 18/4068 an den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung.....	10001
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	9985		
Flemming Meyer [SSW].....	9986	a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein	10001
Tobias Koch [CDU].....	9987		

Gesetzentwurf der Fraktionen von
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN und der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 18/3655

* * * *

**b) Polizei braucht Vertrauen statt
Misstrauen - Kein Polizeibeauf-
tragter für Schleswig-Holstein ...** 10001

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3642

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Bericht und Beschlussempfehlung
des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/4164

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs-
bildung

Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-
erstatteerin..... 10001
Dr. Axel Bernstein [CDU]..... 10002
Simone Lange [SPD]..... 10003
Burkhard Peters [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 10004,
10010
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 10006
Wolfgang Dudda [PIRATEN]..... 10008
Lars Harms [SSW]..... 10009
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 10011
Stefan Studt, Minister für Inneres
und Bundesangelegenheiten..... 10012

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes-
angelegenheiten

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beschluss: 1. Verabschiedung des
Gesetzentwurfs Drucksache 18/
3655 in der Fassung der Drucksache
18/4164
2. Ablehnung des Antrags
Drucksache 18/3642..... 10013

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 43. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. - Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag trauert um drei seiner ehemaligen Mitglieder: um Heinz Lund, der am 3. Mai 2016 verstarb, um Paul Möller, verstorben im gesegneten Alter von fast 100 Jahren am 7. Mai 2016, und um Günter Flessner, der am 12. Mai 2016 verstorben ist.

Heinz Lund, 1925 in Lübeck geboren, wurde nach dem Studium Lehrer in seiner Heimatstadt Lübeck und 1969 dann Studiendirektor am dortigen Abendgymnasium. Für Heinz Lund waren das nicht bloß berufliche Stationen, sondern sie stehen für eine echte Berufung, die den politischen Weg und das Leben Heinz Lunds bestimmten. Der Sozialdemokrat begriff Bildung - oder besser gesagt gleiche Chancen auf gute Bildung für alle - als entscheidenden Faktor für den sozialen Aufstieg und damit als Grundlage einer gerechten, solidarischen Gesellschaft.

Dem Schleswig-Holsteinischen Landtag gehörte Heinz Lund von 1962 bis 1978 an. Er wirkte hier in einer Vielzahl von Ausschüssen, unter anderem im Finanzausschuss, und in verschiedenen Gremien mit, die sich mit Jugendfragen beschäftigten. Besonders erwähnen möchte ich jedoch seine Arbeit im Volksbildungsausschuss, dem Heinz Lund nicht nur durchgängig angehörte, sondern dessen Vorsitzender er in der 7. und 8. Wahlperiode auch war. 1978 legte Heinz Lund sein Mandat nieder, um Schulsenator der Hansestadt Lübeck zu werden. Er blieb dies bis zu seiner Pensionierung 1990.

Während seiner Amtszeit leistete er wegweisende Arbeit für den Universitäts- und Bildungsstandort Lübeck. Heinz Lund war ein hoch engagierter Mensch und Politiker, eine authentische und über die Parteigrenzen hinweg geachtete Persönlichkeit, die eine spürbare Lücke hinterlassen wird.

Für seine Leistungen wurde Heinz Lund vielfach geehrt: mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, der Ehrenbürgerschaft der Fachhochschule Lübeck, der Ehrenplakette des Lübecker Senates und mit vielen anderen Auszeichnungen.

Wir erinnern uns auch an den ehemaligen Landtagsabgeordneten **Paul Möller**, der im September 1916 in Fargemiel im Kreis Ostholstein geboren wurde. Neben seiner landwirtschaftlichen Lehre absolvierte Paul Möller verschiedene gewerkschaftliche Internatsschulungen.

1932 schloss er sich dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an, um die Weimarer Republik und die Demokratie gegen ihre Feinde von rechts und links außen zu verteidigen. Nach dem Ende der Nazi-Herrschaft, dem Ende von Krieg und Gefangenschaft, wurde Paul Möller 1946 Mitglied der SPD und 1947 der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Paul Möller legte Hand an - beim materiellen und auch beim geistigen Wiederaufbau seiner Heimat. Er übernahm Verantwortung in seinem SPD-Ortsverein, den er ebenso prägte wie die Gemeinde Heringdorf, deren Bürgermeister er über Jahrzehnte war. Er übernahm Verantwortung als Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein von 1953 bis 1978 und als langjähriger Kreistagsabgeordneter.

1968 zog Paul Möller für die SPD in den Landtag ein und blieb dessen Mitglied bis zum Ende der 9. Wahlperiode 1983. Hier arbeitete das „SPD-Urgestein“ vor allem im Agrar- und Umweltschutzausschuss, im Ausschuss „Kommunaler Investitionsfonds“ und im Landeswahlausschuss.

Für seine Verdienste um unser Land wurde Paul Möller mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse sowie mit der Freiherr-vom-Stein-Medaille ausgezeichnet.

Meine Damen und Herren, im Alter von 85 Jahren ist am 12. Mai 2016 auch der frühere Landtagsabgeordnete und Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein, **Günter Flessner**, gestorben.

Der in Tarbek im Kreis Segeberg geborene Landwirt aus Überzeugung engagierte sich bereits früh in der Landjugend und in der Landwirtschaftskammer, deren Präsident er von 1968 bis 1975 war. Von 1971 bis 1988 gehörte Günter Flessner dem Landtag an. Dabei gewann er viermal das Direktmandat seines Wahlkreises Plön-Süd.

Günter Flessner, der sich rasch einen Namen als profilierter Agrar- und Umweltpolitiker machte, wurde 1975 in das Kabinett Stoltenberg berufen. Hier setzte er Maßstäbe, die Schleswig-Holstein bis heute positiv prägen. Beispielhaft möchte ich nur den unbeirrbaren Einsatz Günter Flessners für den

(Präsident Klaus Schlie)

Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer nennen, die Gründung der Stiftung Naturschutz oder seine Vorreiterrolle beim vertraglichen Naturschutz. Günter Flessner war, dies ist sicher nicht zu viel gesagt, ein kluger Pionier im Amt des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das er bis 1988 innehatte.

Günter Flessner zeichnete sich durch viele Eigenschaften aus, die ihn zu einem der beliebtesten Politiker Schleswig-Holsteins werden ließen. Sein Stil war geprägt von hoher persönlicher Bescheidenheit und Umsicht, von Sachkompetenz, Tatkraft und der Fähigkeit, auch anderen Auffassungen mit Verständnis zu begegnen. Auch wenn er sich dies nie selbst zugeschrieben hätte: Günter Flessner war ein Weichensteller für die Zukunft unseres Landes Schleswig-Holstein. Mit ihm haben seine Partei und Schleswig-Holstein eine wichtige Identifikationsfigur verloren.

Meine Damen und Herren, wir nehmen Anteil an der Trauer der Familien Lund, Möller und Flessner, denen wir unser tiefes Mitgefühl aussprechen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt seiner früheren Abgeordneten Heinz Lund, Paul Möller und Günter Flessner in tiefer Dankbarkeit und voller Respekt.

Ich bitte Sie nun, einen Moment im Gedenken an unsere verstorbenen Kollegen innezuhalten. - Sie haben sich zu Ehren unserer Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erkrankt sind die Frau Abgeordnete Beate Raudies von der SPD-Fraktion, Ines Strehlau von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - -

(Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bin da!)

- Pardon, Frau Strehlau! Dann ist das hier falsch angekommen. Wir freuen uns besonders, dass Sie anwesend sind.

(Beifall)

In diesem Moment scheint auch die Sonne, liebe Frau Strehlau. Das ist ein gutes Zeichen.

Erkrankt ist aber auch die Frau Abgeordnete Angelika Beer von der Fraktion der PIRATEN. Wir wünschen Beate Raudies und Angelika Beer gute Genesung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtungen sind beurlaubt die Frau Ministerin Heinold sowie

der Herr Minister Meyer. Der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung unseres Landtages mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Vormittagsitzung des Landtages verhindert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 4, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 17, 21, 38, 41 bis 47 sowie 50 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 5, 19, 22, 33, 52, 54, 55 und 63.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 1 A und 29 sowie 37 - Regierungserklärung und Anträge zum Ausbau der Windkraft -, die Punkte 10 und 57 - Änderungen im Wahlrecht in Schleswig-Holstein -, die Punkte 24, 48 und 49 - Privatsphäre und Videoüberwachung in öffentlichen Verkehrsmitteln -, die Punkte 31 und 34 - Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten -, die Punkte 39 und 56 - Anträge zur Fachkräftesicherung - sowie die Punkte 40 und 59: Antrag zum Strukturbruch in der Landwirtschaft und Bericht „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

Anträge zu einer Fragestunde oder zu einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Mit der Drucksache 18/4296 liegt Ihnen ein interfraktioneller Wahlvorschlag für die Wahl eines ordentlichen Mitglieds in die Regionalkammer des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) vor. Ich schlage vor, diesen Wahlvorschlag als Tagesordnungspunkt 18 A in die Tagesordnung einzubeziehen und am Freitag in offener Abstimmung abzustimmen. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 43. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine einstündige Mittagspause von 13 bis 14 Uhr geplant. Die Tagungszeiten ergeben sich für Sie aus der im Älte-

(Präsident Klaus Schlie)

stenrat beschlossenen Reihung. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn unserer heutigen Tagung gratuliere ich unserer Kollegin Simone Lange, die am Sonntag bereits im ersten Wahlgang zur Oberbürgermeisterin von Flensburg gewählt worden ist.

(Beifall)

Liebe Frau Lange, im Namen des gesamten Hauses wünsche ich Ihnen für Ihre neue große Aufgabe als Verwaltungschefin der nördlichsten Stadt unseres Landes alles Gute, stets eine glückliche Hand, Erfüllung und vor allem Erfolg. Alles Gute!

(Simone Lange [SPD]: Danke schön!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums Halstenbek sowie des regionalen Bildungszentrums Wirtschaft Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Begrüßen Sie ferner mit mir Reinhard Christiansen, Landesvorsitzender des Bundesverbandes Windenergie Schleswig-Holstein. Sein Besuch zu diesem Tagesordnungspunkt ist schon fast selbstverständlich. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 A, 29 und 37 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Regierungserklärung zur Energiepolitik****b) Dynamische Abstandsregelungen für Windenergieanlagen**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4249 (neu)

c) Windkraft mit den Menschen ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/4271 (neu)

Energiewende mit dem Bürgerwillen in Einklang bringen

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/4297

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Mein Vorschlag zur Worterteilung: zuerst die Landesregierung mit der Regierungserklärung, dann die Fraktion der FDP als Antragstellerin zu b) und danach die Fraktion der CDU als Antragstellerin zu c), anschließend die Fraktionen nach Stärke. - Ich sehe, das findet Ihre Zustimmung.

Das Wort hat nunmehr Herr Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ziemlich genau vor 30 Jahren hat die Katastrophe von Tschernobyl unter anderem radioaktives Caesium-137 freigesetzt. Caesium-137 hat eine Halbwertszeit von 30 Jahren. Wir haben jetzt also gerade noch halb so viel strahlendes Caesium-137 wie zum Zeitpunkt des großen Unglücks im April 1986.

Damals haben wir alle mehr gebetet als tatsächlich gehofft, dass die Milch, der Salat, alles das, was wir essen, dass der Regen, der auf uns niederprasselt, nicht zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden führen.

Ich möchte Ihnen zu Beginn meiner Regierungserklärung noch einmal bewusst in Erinnerung rufen, dass **Tschernobyl**, dass **Fukushima**, dass das, was wir mittlerweile wissen über die Wirkung von CO₂ auf unser Klima, die Erde verändert haben, weil wir durch das von Menschen emittierte CO₂ die Erde verändern. Wegen Fukushima, wegen Tschernobyl und wegen der CO₂-Emissionen haben wir uns bewusst dazu entschieden, die **Energiewende** als politische Antwort für die nächsten Generationen möglich zu machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen eine Antwort geben, die verantwortlicher ist als das, was Generationen vor uns getan haben. Wir wollen die Antwort im Dialog mit den Menschen, mit den Bürgerinnen und Bürgern finden - aber eben auch in Verantwortung vor den nächsten Generationen. Wer auf Atomstrom und auf fossile Brennstoffe verzichten will, dem bleibt nur eines, das Setzen auf erneuerbare Energien.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen ist es nicht vermessen, wenn wir sagen, dass die Energiewende tatsächlich nichts weniger

(Ministerpräsident Torsten Albig)

als ein Jahrhundertprojekt ist - ein energiepolitisches, ein industriepolitisches, aber wohl noch mehr ein gesellschaftspolitisches Jahrhundertprojekt, weil wir die Art und Weise, wie wir Energie erzeugen und wie wir, Wirtschaft und Gesellschaft funktionieren, komplett verändern. Dieses Jahrhundertprojekt hat für Schleswig-Holstein bereits ungeahnte Wachstumsperspektiven und eine hohe Wertschöpfung hervorgebracht. Allein über die EEG-Vergütung, die so oft in der Kritik steht, flossen im Jahr 2014 1,7 Milliarden € in unser Land. Viel Wind und neue Anlagen dürften im vergangenen Jahr die EEG-Vergütung auf über 2 Milliarden € angehoben haben.

Die Energiewende wird intensiv beobachtet - nicht nur bei uns, sondern weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Deutschland hat an einem windigen und sehr sonnigen Tag vor ein paar Wochen bereits 86 % seines Strombedarfs aus erneuerbaren Energien erzeugt. Das schaffen wir noch nicht an jedem Tag, jedenfalls nicht in Deutschland, aber wir sind auf dem Weg. Die Welt schaut auf Deutschland, auch und gerade auf Schleswig-Holstein, ob wir das miteinander hinbekommen, das heißt, ob wir den eingeschlagenen Weg weitergehen oder in die Fehler der Vergangenheit zurückfallen.

Schleswig-Holstein ist die treibende Kraft beim Umsetzen dieses großartigen Jahrhundertprojektes. Das ist eine beeindruckende Leistung, und darauf dürfen wir stolz sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will aber nicht drum herumreden: Wir wissen, dass wir an einem Punkt angelangt sind, an dem wir nachjustieren müssen. Wir müssen innehalten und überprüfen, ob jeder bisherige Schritt richtig war, ob die Richtung genau stimmt und die Geschwindigkeit die richtige ist. Dabei gilt es, die Fragen zu beantworten: Was haben wir bisher geschafft? Was sind die Herausforderungen, die vor uns liegen? Wie gehen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die nächsten Schritte? - Denn eines gilt nach wie vor: Die **Akzeptanz** für die **Energiewende** muss erhalten bleiben. Eine so bedeutende, großartige Umwälzung der Energie- und Industriepolitik, aber eben auch der Gesellschaftspolitik kann am Ende nie gegen die Menschen, sondern immer nur mit den Menschen in unserem Land erfolgreich sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Ja, wir müssen anerkennen, dass unsere Windplanung nach dem Urteil des OVG Schleswig grundsätzlich überarbeitet werden musste. Ja, wir sehen, dass wir den Ausbaukorridor strecken müssen. Wir werden nicht so schnell vorankommen, wie wir es noch im vergangenen Jahrzehnt miteinander geplant hatten - auch weil wir die Menschen auf dem Weg nicht verlieren wollen. Ja, wir sehen, es gab gerade vor der Jahrtausendwende, als wir noch keine geordnete Planung hatten, Wildwuchs. Es gibt Ecken im Land, wo ich die Menschen sehr gut verstehen kann, wenn sie sagen: Die Menge an Mühlen um uns herum bedrückt uns. Wir erkennen unsere Landschaft nicht wieder.

Ja, wir sehen: Nicht alle haben der Geschwindigkeit von Schleswig-Holstein folgen können. Der Netzausbau im Rest der Republik entspricht nicht dem, was wir erwarten. Das ist aber nicht das Problem unserer Windmüller, sondern das Problem derjenigen, die die Netze dafür zur Verfügung stellen sollten, aber - aus welchen Gründen auch immer - damit nicht im Zeitplan liegen.

Meine Damen und Herren, wir in Schleswig-Holstein haben - gemessen an dem Jahrhundertprojekt, das ich soeben beschrieben habe - Verantwortung für den Ausbau der erneuerbaren Energien und damit auch Verantwortung für unser Gemeinwesen übernommen.

Wo kommen wir in Bezug auf die Energiewende her? Wir in Schleswig-Holstein produzierten mit drei Atommeilern und ein paar konventionellen Kraftwerken 42 TWh Strom; das entsprach damals 300 % des schleswig-holsteinischen Stromverbrauchs. Die 42 TWh sind und bleiben das energiepolitische Ziel meiner Landesregierung. Ich hoffe - davon gehe ich aus, wenn ich die Anträge richtig interpretiere -, es bleibt unser gemeinsames Ziel, dass wir diese gesellschaftliche Leistung erbringen. Das, was früher unter Nutzung der Atomkraft und unter Ausstoß von CO₂ produziert wurde, soll künftig unter Nutzung der Sonne und der Biomasse, aber vor allem unter Nutzung des Windes produziert werden. Das ist unsere Antwort auf die Herausforderungen.

300 % des schleswig-holsteinischen Stromverbrauchs waren es damals. Wir haben in der Aufstellung alle miteinander nicht hinreichend berücksichtigt, dass dies in einer Gesellschaft, die immer mehr Energie verbraucht, wohl nicht mehr möglich ist. Deswegen ist es vernünftig, wenn wir sagen: 300 % - das überfordert uns vielleicht doch. Aber 42 TWh - das entspricht dem, was drei Atomkraftwerke geleistet haben - wollen wir als politisches Ziel nicht

(Ministerpräsident Torsten Albig)

aufgeben. Man kann es aufgeben, aber wir wollen es nicht aufgeben. Wir halten es für ein richtiges und notwendiges gesellschaftspolitisches Ziel. Deswegen halten wir daran fest und werden uns daran messen lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber wir lernen auch bei der Energiewende - wir werden diese Feststellung noch deutlicher in den Mittelpunkt stellen -: Nichts ist ohne Preis! Wir hatten in der Zeit der Euphorie der Energiewende das Gefühl, wir könnten etwas in der Welt verändern, ohne dass dies auch mit negativen Folgen verbunden sein würde.

Doch, es gibt auch bei der Energiewende negative Folgen. „There is no lunch for free“, gilt auch hier. Deswegen ist es wichtig, den Weg, den wir weitergehen müssen, gemeinsam mit den Menschen zu gehen. Wir müssen gemeinsam mit ihnen die beste Lösung suchen. Es ist unsere Aufgabe, für die Energiewende zu werben, aber eben auch deutlich zu machen, dass wir Kompromisse eingehen müssen. Wir haben die Nachteile, die die Energiewende - auch die Windenergie - mit sich bringt, so gegeneinander abzuwägen, dass wir eine kluge, vernünftige Balance finden. Bei alledem dürfen wir nie vergessen, dass wir von Tschernobyl und Fukushima herkommen und auf diese Herausforderungen eine Antwort geben. Auch dies müssen wir immer mit erzählen.

Mit den Herausforderungen ist es übrigens nicht vorbei. Ich höre in Veranstaltungen oft: „Kommen Sie mir doch nicht immer mit Tschernobyl! Kommen Sie mir doch nicht immer mit Fukushima! Das ist Vergangenheit!“ - Nein, ist es nicht! Im Mai dieses Jahres habe ich gemeinsam mit dem Herrn Landtagspräsidenten Japan besucht. Dort haben wir gesehen, dass die Nutzung der Atomkraft ein großes Thema ist. In Japan wird darüber diskutiert, ob die Atommeiler wieder angeschaltet werden sollen. Es ist mitnichten so, dass die gesamte japanische Gesellschaft begeistert davon ist; das ist sie nicht einmal bis in die Spitzen der Politik hinein. Auch in Japan - dort haben die Menschen Fukushima unmittelbar erlebt - ist also die Frage zu beantworten, wie die Zukunft der Energiegewinnung aussehen soll.

Wir gehen in einen sehr schwierigen **Dialog**, in einen Diskurs mit den **Bürgerinnen und Bürgern**. Beim Thema Netzausbau ist Robert Habeck überall im Land unterwegs, um sich der Diskussion zu stellen und sich mit allen Argumenten auseinanderzu-

setzen. Unser Ziel ist es aber nicht, in jedem Gasthof dem nachzugeben, was dort die Mehrheitsmeinung ist, sondern wir wollen auch erklären, warum wir bestimmte Wege gehen müssen.

Wir sehen, dass wir heute, im Jahr 2016, auf dem Weg des Erklärens besser dastehen als viele andere deutsche Länder. Wir sind, was unsere Westküstenleitung angeht - 2019 ist das Ziel -, im Plan; andere sind es nicht. Wir sehen aber auch, dass uns das **OVG-Urteil** in unserer Zeitplanung zurückgeworfen hat. Die Richter haben für uns quasi die Reset-Taste gedrückt und ein komplettes Neudenken der Windplanung erzwungen.

Wir tun das alle miteinander, auch auf Regional Konferenzen. Über 3.000 Bürgerinnen und Bürger haben mitgemacht. Unsere große Aktion zur Bürgerbeteiligung ist Ausdruck dessen, dass wir zum Dialog über die Zukunft der Windenergie bereit waren und sind. Wir sind stolz auf diese Debatte, die übrigens keine leichte ist. Wir haben ordentlich Gegenwind gespürt, übrigens in beide Richtungen. Egal, in welche Richtung wir argumentiert haben, es gab immer Gegenwind. Wir sind in der Fachdebatte intensiv mit den Argumenten befasst und lassen insoweit auch nicht nach.

Dialog heißt aber nicht, dass wir uns der Beliebigkeit hingeben. Wir gehen in den Dialog mit einer klaren Richtung, einer klaren Wertvorstellung. Wir wissen, wo wir hinwollen. Dialog heißt, zum Teil gegensätzliche Belange und Schutzgüter in Einklang zu bringen und dies den Menschen so zu erklären, dass sie es nachvollziehen können. Die Menschen wollen sich ernst genommen und respektiert sehen. Dialog heißt nicht, widerstreitenden Interessen, je nachdem wer vor mir steht, beliebig nachzugeben. Das wäre kein Dialog, sondern Opportunismus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind auf dem Weg zu einer verbindlichen Ausweisung von Vorranggebieten, abgeleitet aus rechtssicheren Kriterien. Am Ende dieses Prozesses - im Spätsommer werden wir uns im Kabinett damit befassen - muss die Entscheidung über folgende Fragen stehen: Was sind die Vorranggebiete? Wo gelten harte, wo weiche Tabukriterien, die eine Vorranggebietsausweisung verhindern?

Wie bekommen wir eine rechtssichere Planung, die für das ganze Land mit den gleichen Kriterien gilt? Wie viel Abstand brauchen wir, und wie viel Abstand können wir uns leisten, um unser gemeinsames energiepolitisches Ziel zu erreichen: 42 TWh?

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Man kann das herunterbrechen. Wenn wir beim Flächenverbrauch je Megawatt ordnungspolitisch ehrgeiziger sind - wir haben jetzt eher 4 ha je Megawatt -, wenn wir dies auf deutlich unter 3 ha bringen, indem wir auf Innovation hoffen, indem wir aber auch ordnungspolitisch darauf einwirken, werden wir für die 42 TWh und die dahinterstehenden 12,5 GW 2 % der Landesfläche benötigen.

Wer das nicht will, der muss sagen, dass er von dem energiepolitischen Ziel, Atomkraft zu ersetzen, abweichen will. Wer das will, muss eine Antwort geben, wie ich auf 2 % der Landesfläche komme, die dann mit Wind bespielt wird. Wer das will, der hilft uns nicht, wenn er einzelne **Schutzgüterabwägungen** opportunistisch oder populistisch gegeneinanderstellt,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

indem er so tut, als seien uns Naturschutzgüter wertvoller als der Schutz von Menschen. Dem ist nicht so.

Nehmen wir das Beispiel Seeadler. Das wird gern gebracht, um uns vorzuhalten, dass der Tierschutz für uns wichtiger wäre als der Schutz der Menschen. Warum bekommt der Seeadler 3.000 m Abstand und Menschen auf einem einsam gelegenen Bauernhof nur 400 m? Ist uns der Adler siebenmal mehr wert als der Mensch?

Nein, meine Damen und Herren, Sie wissen, dass das nicht so ist. Es geht immer darum, den angemessenen Schutzabstand für das jeweils schützenswerte Gut zu ermitteln. Bei einem Seeadler und einem einsam gelegenen Bauernhof habe ich unterschiedliche Beurteilungskriterien.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Beim Seeadler geht es um das Überleben einer seltenen Art, für das wir in Schleswig-Holstein - jedenfalls ist das meine Überzeugung; darüber kann man streiten - eine große Mitverantwortung haben.

(Lachen CDU und FDP)

Ich will, dass dieser majestätische Greifvogel auch in Zukunft in Schleswig-Holstein zu Hause ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Wenn wir das wollen, wenn wir die Zahl von bisher über 30 durch Windanlagen getöteten Seeadler nicht erhöhen wollen, müssen die Abstände so groß

sein, dass er nicht von seinem Revier in die Rotoren fliegt.

Wenn wir uns die Menschen anschauen, gibt es andere wichtige Schutzbelange, auch physische und psychische Belastungen, die wir sehr ernst nehmen: die Sorgen vor Infraschall, die Sorgen vor Schlag Schatten, die Sorgen vor Lärm. Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst.

Aber wir wissen, dass die Belastung beim Menschen ab einem bestimmten Abstand objektiv nicht mehr nachweisbar ist. Wir sind in intensiven auch wissenschaftlichen Erörterungen, um die Unsicherheiten der Menschen wahrzunehmen, zu diskutieren, um die Hintergründe zu erarbeiten, um zu helfen, aus der wahrgenommenen Belastung herauszukommen. Erst in der vergangenen Woche haben wir mit renommierten Fachleuten einen Workshop zum Infraschall veranstaltet. Zudem werden wir den Infraschall von Windkraftanlagen in einem Messprogramm immer wieder überprüfen lassen.

All das ist für uns selbstverständlich, weil verantwortungsvolle Politik unterscheiden muss, wenn es einen Unterschied gibt - aber es muss auch einen Unterschied geben.

Wir setzen das übrigens auch durch. Wenn sich herausstellt, dass einzelne Anlagen über den Richtwerten liegen, dann schalten wir sie ganz oder teilweise ab, auch wenn sie schon gebaut sind.

Es bleibt auch unser Anliegen, den **Bürgerwillen** als Kriterium aufzunehmen. Das ist für uns wichtig,

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

wenn es sinnvoll, wenn es rechtlich praktikabel und nicht a priori angreifbar ist. Dazu werden wir noch in diesem Spätsommer mit den uns empfohlenen Experten ein entsprechendes relevantes Symposium veranstalten.

Ja, auch jeder von uns wünscht sich höchstmögliche **Mindestabstände zu Siedlungen**. Wer könnte grundsätzlich dagegen sein? Doch bei uns in Schleswig-Holstein haben schon geringfügig höhere Abstände Auswirkungen auf andere Schutzziele, und sie gehen auf Kosten anderer Schutzziele, oder sie gefährden den Erfolg der Energiewende ganz.

Um am Ende 2 % der Landesfläche als Vorranggebiet für Windkraft auswählen zu können, brauchen wir eine **Potenzialfläche**, die größer ist als 2 %, weil ich sonst nicht abwägen kann. Bei den jetzigen Abständen und Kriterien kommen wir derzeit auf eine Potenzialfläche von gut 3 %. Schon eine Erhö-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

hung der Siedlungsabstände auf 500 oder 900 m würde die Potenzialfläche - also **Abwägungsfläche** - auf 2 % reduzieren. Das heißt, dann gäbe es keine Abwägung mehr, sondern ich müsste genau die 2 % für jede Mühle nehmen, da nichts anderes zur Verfügung stünde.

Nimmt man den heute zur Diskussion stehenden Antrag der FDP, so verbleiben nach unseren aktuellen Daten und Kriterien nur rund 1,6 % der Landesfläche zur Abwägung. Wir brauchen aber 2 % für unser Energieziel. Nimmt man den Antrag der CDU, verbleiben sogar nur 1,1 % der Fläche. Wir brauchen aber 2 %.

(Widerspruch CDU)

Um das auszugleichen, müsste massiv in **andere Schutzbelange** eingegriffen werden. Darüber kann man diskutieren, aber das muss dann auch gesagt werden. Wollen die, die das fordern, ganze Gemeinden mit Windanlagen umzingeln, um andere Orte zu entlasten? Wollen die, die das fordern, charakteristische Landschaftsräume aufgeben? Wollen die, die das fordern, Grünzüge im dicht bebauten Hamburger Umland opfern? Wollen die, die das fordern, den Deichschutz aufweichen? Darauf muss es Antworten geben, sonst macht eine solche Forderung keinen Sinn.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Auf welche der rund 80 Tabukriterien soll verzichtet werden? Selbst wenn wir das Bundesnaturschutzgesetz missachteten und den Seeadler in die Rotoren fliegen lassen wollten, brächte uns das rechnerisch nur ein paar Meter mehr Abstand zu den Siedlungen. Das reicht bei Weitem nicht. Der Verzicht auf den Schutz aller Großvogelhorste brächte zusätzlich 0,28 % Landesfläche als Potenzial, wir brauchen aber beim CDU-Antrag 2 % und beim FDP-Antrag 1,5 % zusätzliche Landesfläche, um arbeiten zu können.

Meine Damen und Herren von der Union und der FDP, welche Schutzziele wollen Sie aufgeben, um an Ihre Ziele und Abstände zu kommen? Charakteristische Landschaftsräume verspargeln? Das kann man machen. - Das brächte 0,47 % zusätzliche Landesfläche.

Wir haben alle Kriterien transparent aufgearbeitet. Legen Sie Ihre Vorschläge auf den Tisch! Wer 1.000 m Abstand oder mehr von Windanlagen will, der muss eine Menge an Tabukriterien in den Rotor fliegen lassen. Gelingt Ihnen das nicht, müssten Sie in der Lage sein, Schleswig-Holstein um 30.000 ha

größer werden zu lassen. Das ist eine ambitionierte Aufgabe.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Unruhe)

Meine Aufgabe ist es, sämtliche Interessen in einen ausgewogenen Ausgleich zu bringen, fair, gerecht und für alle gleich. Bei den **Tabukriterien** kann es keinen Unterschied geben zwischen Nordfriesland und Stormarn. Würde ich das machen, wäre es vor dem OVG nicht gerichtsfest. Die **Anforderungen** des **OVG** werden die Planungen von 2012 deutlich verändern. Ja, wir werden viel Wildwuchs korrigieren. Das ist gut. Wir können nicht allen Wünschen nach noch mehr charakteristischen Landschaftsräumen wie an der Westküste nachkommen, aber wir werden auch an der Westküste andere Wege mit den Menschen und Verantwortlichen vor Ort prüfen und gehen können.

Ja, wir können auch nicht dem Argument entsprechen, wir hätten uns daran gewöhnt. Ich höre immer beides: Gib mir mehr charakteristische Landschaftsräume, aber da, wo es welche gibt, verzichte doch auf die Abstände. Dann geht es eher in die andere Richtung: Mach die Abstände kleiner. Wir haben uns doch daran gewöhnt.

Dieses Argument kann nicht gelten. Es kann nicht darum gehen, dass sich die jetzigen Bewohner an die Anlagen gewöhnt haben, sondern wir brauchen allgemeingültige Antworten, allgemeingültige Schutzansprüche, die jetzt und für alle Zeit gelten. Der Lärmschutz muss für alle gleich sein. Sonst verliere ich jedes Verfahren vor Gericht. Kreative Einzellösungen sind weder zeitgemäß noch gerichtsfest.

Wenn wir an einer Vorrangfläche von 2 % und einer Potenzialfläche von rund 3 % festhalten, dann müssen wir, wenn wir die Debatte ernsthaft führen, jedes Tabukriterium genau anschauen. Da muss jeder, der mehr als 400 oder 800 m verlangt, sagen, worauf er verzichten will, oder er muss so ehrlich sein und sagen, dass er eigentlich zu den Atomkraftwerken zurück will. Denn das ist die Alternative, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die ersten Entwürfe unserer **Regionalpläne** werden nach der Sommerpause fertig sein. Wir werden die Vorranggebiete so auswählen, dass wir einen austarierten Entwurf hinbekommen, der die Energiewende und die Akzeptanz der Energiewende im Blick hat und der vor den OVG bestehen kann. Wir werden drei wichtige Ziele damit erreichen: möglichst viel Landesfläche von Windanlagen freihalten, Investoren planungssichere Flächen anbieten und die

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Energiewende absichern und voranbringen. Mit der Entwurfsvorlage der Windregionalpläne im Spätsommer wird die Debatte ja im Kern erst beginnen. Dann geht sie richtig los, aber dann endlich auf der Basis von Fakten und nicht - wie heute - auf der Grundlage von reinen Vermutungen.

Ein Blick auf Berlin ist auch spannend für die Frage: Wie geht es eigentlich weiter, ob wir unsere gemeinsamen Ziele auch unter den neuen bundesweiten Rahmenbedingungen erreichen? Um es vorwegzunehmen: Wir können und wir müssen uns mit dem **Ausbau mehr Zeit lassen**, nicht nur wegen des Kompromisses in Berlin am 1. Juni 2016, sondern auch, seitdem wir wissen, dass die Stromautobahn SuedLink bis 2022 nicht fertig sein wird, wenn das letzte AKW vom Netz geht. Der Ausbau des Netzes verzögert sich - wie wir hören, bis mindestens 2025, auch weil es mehr aufwändige Erdkabel statt Freileitungen geben soll.

Man kann es nicht anders sagen: Wir sind bei der Energiewende in den Mühen der Ebene angekommen, nicht nur durch den populistischen Gegenwind hier und da, sondern auch durch die immer lauter werdenden Formulierungen der Interessen einzelner Interessengruppen aus Brüssel und aus Berlin. Bund und Länder haben vor einer Woche bei der Kanzlerin um einen erneuten **Energiekompromiss** gerungen, bis tief in die Nacht, sechs Stunden lang. Und ja, es ist richtig, das Ergebnis ist wahrlich nicht Schleswig-Holstein pur. Aber wir haben mit dieser Vereinbarung schlimmere Einschnitte für die Windenergie im Norden verhindert. Es war ein wahrer Kompromiss zwischen Bund, den einzelnen Ländern und den unterschiedlichsten Interessen, bei dem jede Seite etwas schlucken musste.

Eigentlich sehen wir aus schleswig-holsteinischer Sicht, dass das Klimaschutzabkommen von Paris uns zu einem schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien zwingen müsste, nicht nur für Strom, sondern auch für Wärmergewinnung und für Mobilität. Aber mit dem Bund war jetzt mehr als ein Festhalten an den bestehenden Ausbauzielen nicht zu machen. Wer die Medien verfolgt hat, der weiß, dass insbesondere die CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch ganz andere Vorstellungen davon hatte, wo wir eigentlich nach dem Kompromiss rauskommen sollten. Aber es bleibt jetzt dabei, bis 2025 40 bis 45 % des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen decken zu wollen. Wir in Schleswig-Holstein werden bei unserem Klimaschutzgesetz ehrgeiziger sein.

Meine Damen und Herren, die Kompromisse, ja, sie waren schmerzhaft. Der Ausbau der Windenergie an Land wird gedeckelt - das ist nicht das, was wir im Koalitionsvertrag der Großen Koalition mal vereinbart hatten - deutschlandweit auf zunächst 2.800 MW im Jahr inklusive Repowering - wir hatten 2.500 MW plus Repowering im Koalitionsvertrag. 2020 dann 2.900 MW - schmerzhaft, sicherlich, aber weit mehr als das, was die Bundesregierung eigentlich wollte - es waren 2.500 MW - und weit, weit mehr als das, was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Bundeskanzlerin mitgegeben hat. Die wollte 1.500 MW. Das wäre ein schreckliches Ergebnis für unser Land gewesen. Die Energiewende in Schleswig-Holstein wäre in eine Schockstarre verfallen, Wirtschaft und Arbeitsplätze in dieser hoch innovativen Branche wären belastet worden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wir in Schleswig-Holstein wollen weiterhin in der erneuerbaren Branche regionale Wertschöpfung realisieren und Arbeitsplätze schaffen. Wir sehen, dass wir bundesweit bei 360.000 Arbeitsplätzen im Bereich der Erneuerbaren sind, 16.000 davon in Schleswig-Holstein. Energiewende ist eben immer auch Industriepolitik. Das sind übrigens deutlich mehr, als im Bereich von Kohle vorhanden sind.

Die Bundesregierung begründet ihre Zurückhaltung immer wieder mit Netzengpässen, damit, dass für Strom gezahlt werden muss, der gar nicht eingespeist werden kann. Das muss dann nicht so bleiben, lieber Herr Arp, wenn wir endlich mehr Tempo beim **Netzausbau** hinbekämen.

(Beifall SSW und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir in Schleswig-Holstein - ich habe es gesagt - haben unsere Hausaufgaben gemacht. Ende Mai wurde der zweite Abschnitt der Westküstenleitung planfestgestellt.

Wir sind bereit und haben immer wieder in Berlin gefordert: Wir brauchen schnellere Planung für die großen Nord-Süd-Leitungen. Und wir werden das auch weiterhin tun. Wer der Windenergie die Flügel stutzt, der gefährdet am Ende doch nur den Bau der SuedLink-Trasse. Wir brauchen nicht weniger Druck für den Netzausbau, wir brauchen mehr Druck für den Netzausbau.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Die norddeutschen Länder haben gemeinsam im Kanzleramt klargemacht: Die **Ausbaugebiete** dürfen nur dann **unterschiedlich behandelt** werden, wenn der Netzausbau auch wirklich weiter vorangeht und die Windkraft im Norden nur übergangsweise langsamer wächst, bis dann die Netze endlich ausgebaut sind oder bis die, die tatsächlich die Netze verstopfen, das sind Kohle- und vor allem Atomstrom, endlich aus den Netzen verschwunden sind.

Was haben wir dann konkret erreicht? - Für die nächsten Jahr heißt das, dass wir in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein und Nordhessen maximal 890 MWh zubauen können, das sind 58 % der Ausbauleistung der Jahre 2013 bis 2015 und rund 100 % der Ausbauleistung der letzten zehn Jahre im Durchschnitt. Wir haben darüber hinaus die innovationsfeindliche Idee verhindert, dass Netzbetreiber willkürlich Anlagen abschalten und diese dann nicht mehr vergütet werden - eine windkraftfeindliche Forderung, die wiederum aus den Reihen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kam. Man kann manchmal glauben, dass dort überhaupt niemand sitzt, der aus Norddeutschland kommt.

Für unsere schleswig-holsteinischen energiepolitischen Ziele kommen wir pro Jahr mit rund 120 bis 150 Windrädern aus, 400 bis 500 MWh Zubau im Durchschnitt pro Jahr. Dieses glauben wir auch in einer veränderten Situation von Ausschreibungen hinbekommen zu können. Wir müssen keine Angst haben vor diesen Ausschreibungen. Unsere Wettbewerber und unsere Bürgerwindparks sind stark genug. Dieses Ziel ist erreichbar: von den knapp 900 MWh 400 bis 500 MWh nach Schleswig-Holstein zu holen.

Worüber wir uns sehr freuen, ist, dass wir in den Kompromiss der Bundesregierung hineinbekommen haben, Energiewende konsequent weiterzudenken. Ja, Strom für Maschinen oder Strom für das Smartphone ist zunehmend sauber. Jetzt wollen wir die erneuerbaren Energien auch in Transport und Verkehr sowie in der Wärmeversorgung nutzen, anstatt die Windanlagen bei überlasteten Netzen einfach auszuschalten. Auch dafür haben wir geworben, damit wurden wir gehört. Unser **Konzept der zuschaltbaren Lasten** war überzeugend. Bei Netzengpässen soll Ökostrom in Wärme oder auch in Wasserstoff umgewandelt werden oder die Batterien von E-Autos und Hybridautos laden. Für alle Möglichkeiten zuschaltbarer Lasten sind wir offen. Dieser Schritt muss und wird nun schneller kommen, und das ist auch gut so. Ich denke an das Zusammenspiel von Elektrodenheizkesseln, aus Wärmespeichern und Wärmenetz, wie sie gerade auf

der anderen Seite der Förde hier entstehen oder in Flensburg bereits laufen.

Wir haben die Experimentierklausel hineinbekommen für das Schaufenster Intelligente Energie. Die Smart-Region Pellworm stand dabei Pate, und das denken wir jetzt in groß. In dieses Schaufenster wollen wir die norddeutsche Energiewende NEW 4.0 stellen. Ohne diese Klauseln, die wir erreicht haben, wären verschiedene Modellprojekte kaum wirtschaftlich. Ich freue mich, dass die Bundesregierung zugesagt hat, dass wir dieses hinbekommen.

Das war eine schwere Nacht. Die Eckpunkte der jüngsten EEG-Reform sind ein Abschied von alten Gewissheiten. - Ja, das wissen wir. Aber ich bin ganz sicher: Wir in Schleswig-Holstein werden das miteinander hinbekommen. Die Erneuerbaren sind längst den Kinderschuhen entwachsen. Windstrom an Land ist inzwischen kostengünstiger - ist kostengünstiger! - als die Stromerzeugung mit neuen, fossilen Kraftwerken, und er ist auch viel kostengünstiger als die Stromerzeugung durch Atomkraft, wenn wir denn alle wahren Kosten von Atomenergie mit auf die Rechnung schreiben würden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Windstrom kann sich am Markt behaupten, gerade hier bei uns, wo der Wind stärker weht. Die Debatte über Technik, die Debatte über Wirtschaftlichkeit ist ausgefochten.

Jetzt müssen wir die Energiewende gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umsetzen. Die Vereinbarung im Kanzleramt und unsere gerade laufende Fortschreibung der Regionalpläne sind beide dazu geeignet. Am Ende helfen sie uns, Akzeptanz zu erhalten, auch den Konsens in Schleswig-Holstein zu erhalten.

Die Energie in Zukunft ist sauber. Den Weg, den wir dafür gehen müssen, können wir nur gemeinsam mit den Menschen gehen, in Verantwortung vor den Menschen, aber eben nicht nur in Verantwortung vor einer, vor dieser Generation, sondern in Verantwortung auch vor den nächsten Generationen. Das ist die Politik, für die wir stehen. Wir stehen für Verantwortung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit von 15 Minuten um 15 Minuten überzogen, sodass jetzt allen Rederinnen und Rednern der Fraktionen 30 Minuten zur Verfügung stehen. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, vielen Dank für Ihren kurzen, knackigen Bericht aus Berlin. Ich frage mich wirklich, warum Sie 15 Minuten Redezeit anmelden und dann einfach mal das Doppelte brauchen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Ja, Frau Kollegin, mal ganz im Ernst: Das war keine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, das war ein energiepolitischer Offenbarungseid!

(Beifall FDP und CDU - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immerhin auswendig gelernt! - Weitere Zurufe)

- Es freut mich ja, dass Sie endlich aktiv und wach werden! Da habe ich ja schon einmal mein Ziel erreicht. Ich habe Zeit!

(Heiterkeit - Unruhe)

Herr Ministerpräsident, Sie scheinen wirklich jeden Gestaltungsanspruch verloren zu haben. Als wenn das nicht schon schlimm genug wäre, fährt Ihnen auch noch Ihr Energiewendeminister Dr. Habeck permanent in die Parade und kritisiert das, was Sie selbst vor Kurzem noch begrüßt haben.

(Beifall FDP)

Sehr deutlich wird das an der aktuellen Diskussion über das EEG. Das Ziel, eine Überförderung zukünftig auszuschließen, ist richtig. Hier teile ich Ihre Einschätzung, Herr Ministerpräsident. Die Umstellung auf einen mit einem **Ausschreibungssystem** verbundenen Mengenansatz ist ein Schritt in die richtige Richtung zu mehr Wettbewerb und damit zu mehr Marktwirtschaft. Das bisherige System der Einspeisevergütung war marktfeindlich und gehört zu Recht abgeschafft.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Ausschreibungen werden den Teilnehmern natürlich einiges an bürokratischem Aufwand und wirtschaftlichem Risiko abverlangen. Das kann gerade für die kleinen Marktakteure der dezentralen Energiewende ein Hindernis sein. Schlimmstenfalls kann das Ganze

zu einer Oligopolbildung beitragen. Die vielgepriesene Akteursvielfalt der Energiewende steht damit zur Disposition. Gerade auch, um die Zukunftsfähigkeit der Bürgerwindparks zu erhalten, erwarten wir hier im weiteren Verfahren deutliche Nachbesserungen.

(Beifall FDP)

Wirklich bedauerlich ist aus unserer Sicht, dass die **Ministerpräsidentenrunde bei der Kanzlerin** beim Thema **Strompreis** keinen Durchbruch erzielt hat. Offenbar war der Strompreis überhaupt kein Thema. Dabei belasten die seit Jahren immer weiter steigenden Strompreise Unternehmen und private Haushalte gleichermaßen. Aufgrund der permanent steigenden EEG-Umlage, der Stromsteuer und der auf beides zusätzlich erhobenen Mehrwertsteuer kommen die seit einigen Jahren wieder sinkenden Großhandelspreise bei den Stromkunden nicht an. Neben einer umfassenden EEG-Reform ist daher eine deutliche Senkung der Stromsteuer notwendig.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein weiterer Kostenpunkt sind die unterschiedlichen Netzentgelte. Ein bundeseinheitliches Netzentgelt ist dringend geboten. Bei diesen Themen schweigen sich die Ministerpräsidenten auch leider aus.

Ein weiterer Punkt, bei dem Sie, Herr Ministerpräsident, sich nicht durchsetzen konnten, sind die sogenannten **Netzengpassgebiete**. Es macht doch überhaupt keinen Sinn, eine gerade Linie zwischen Nord- und Süddeutschland zu ziehen. Dass im Norden der Neubau von Windkraftanlagen auf 58 % des jetzigen Niveaus sinken soll, führt dazu, dass windreiche Standorte bei Ausschreibungen den Kürzeren ziehen werden. Das wiederum wird dann dazu führen, dass die Vergütungssätze im Süden und damit auch wieder die EEG-Umlage steigen.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU] - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum klatscht denn die CDU da, das kommt doch von Ihnen! - Christopher Vogt [FDP]: Von Kretschmann auch! - Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Wir sollten uns jetzt darauf verständigen, dass der Herr Abgeordnete Kumbartzky das Wort hat.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Vielen Dank. - Die eben erwähnten Regelungen werden dazu führen, dass weniger als 150 Windenergieanlagen pro Jahr in Schleswig-Holstein gebaut werden können. Zuletzt waren es 300 jährlich.

Herr Minister Dr. Habeck: Dass Sie den Ausbau der Windenergie beziehungsweise Ihre energiepolitischen Ziele nun strecken wollen, ist vor diesem Hintergrund weder verwunderlich noch eine gestalterische Glanzleistung. Sie haben schlicht keine andere Wahl. In der Energiewende sind Sie kein aktiver Faktor, Sie sind ein Getriebener!

(Beifall FDP)

Wir haben es in der letzten Woche auch im Wirtschaftsausschuss gehört, wo Herr Dr. Habeck gesagt hat, das 300-%-Ziel müsse man gar nicht so starr sehen, und man könne sich von der Zahl verabschieden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie nun von dieser Zahl abrücken. Das ist aber weder mutig noch ein Entgegenkommen an all diejenigen, die Sorgen um ihre Gesundheit und den Wert ihres Eigentums haben. Es ist ganz allein ein Resultat des Kompromisses, den Ihr Ministerpräsident in Berlin mit ausgehandelt hat.

(Beifall FDP und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Sie verabschieden sich von dieser planwirtschaftlichen Vorgabe, weil Sie wissen, dass Sie sie nicht mehr erreichen können. Diese Einsicht haben Sie immerhin der CDU voraus, die in ihrem heute vorliegenden Antrag noch starr am 300-%-Ziel festhalten will. Auch das muss man einmal sagen.

Auch wenn die Ergebnisse aus Berlin unterm Strich nicht gut für Schleswig-Holstein sind, sollten wir die aus der EEG-Reform resultierende Drosselung des Ausbaus zumindest nutzen, um Versäumnisse der letzten Zeit aufzuarbeiten. Wir Freien Demokraten haben es an dieser Stelle schon mehrfach gefordert: Die Menschen müssen besser vor Schatten und Lärm geschützt werden.

(Beifall FDP)

Eine grundlegende wissenschaftliche Überprüfung der Prognosen und Bewertungen von **Schallimmissionen** in Bezug auf hohe Anlagen, die auch gesundheitsschädliche Auswirkungen durch übermäßige und vor allem niederfrequente Schallentwicklung und Infraschall untersucht, ist unerlässlich, um Wissensdefiziten abzuwehren und um die Rechte von Nachbarn von Beginn an wirkungsvoll zu schützen. Eine solche Überprüfung wäre ein deutli-

ches Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass ihre Belange beim Ausbau der Windenergie wieder stärker berücksichtigt werden.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Damit könnte man die verloren gegangene Akzeptanz der Energiewende zu-rückgewinnen.

Die Ankündigung der Landesregierung, ein **Messprogramm** zur Schallbelastung durchzuführen, war insofern längst überfällig. Wir erwarten, dass es sich hierbei nicht nur um rhetorische Placebos handelt, sondern dass ergebnisoffen geprüft wird.

Ihre bisherigen Signale sind einigermaßen irritierend. Einerseits halten Sie Infraschall für unbedenklich und die DIN-Norm für richtig, andererseits sagen Sie, dass das Ganze nicht präzise sei. Es ist auch nicht besonders vertrauensfördernd, wenn man, wie Kollege Detlef Matthiessen das am 9. September 2015 im Umweltausschuss getan hat, die gesundheitlichen Bedenken der Menschen in Bezug auf Infraschall als „Märchen“ abstempelt.

(Beifall FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Unerhört!)

Das kann wirklich nicht sein! Bis wir beim Thema Schall Ergebnisse haben - und das drückt unser Antrag aus -, müssen unter dem Gesichtspunkt des vorsorgenden Immissionsschutzes die Abstände festgelegt werden. Es geht um die Menschen, da sollte das **Vorsorgeprinzip** gelten. Wir müssen frühzeitig und vorausschauend handeln, um Belästigungen der Menschen durch Windkraftanlagen zu vermeiden.

(Beifall FDP)

Wenn künftig in Schleswig-Holstein ohnehin nur noch weniger als 150 Windenergieanlagen pro Jahr errichtet werden können, so sollten für diese deshalb auch die größtmöglichen **Abstandsregelungen** gelten. Wir haben hier einen konkreten Vorschlag unterbreitet, wie das funktionieren könnte. Herr Albig hat den Vorschlag dann kritisiert, aber gleichzeitig gesagt: Bringen Sie doch einmal Ihre Vorschläge. - Das passt nicht zusammen!

(Beifall FDP)

Wir haben hier einen konstruktiven Vorschlag gemacht und erwarten jetzt eine wirklich ernsthafte, konstruktive Diskussion im Ausschuss darüber. Wir hatten schon einmal einen Vorschlag zur Abstandsregel gemacht. Da hat dann die Mehrheit im Ausschuss entschieden, dass man nicht einmal eine Anhörung durchführen wollte. Warum drücken Sie sich davor? Wir erwarten jetzt, dass zu diesem An-

(Oliver Kumbartzky)

trag wirklich eine intensive Anhörung durchgeführt wird, sodass wir wirklich intensiv über diese Alternative nachdenken können.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Wir lassen auch nicht irgendwelche willkürlichen Abstandszahlen in den Plenarsaal plumpsen, sondern fordern anlagenhöhenabhängige Abstände, die nach der Schutzbedürftigkeit des benachbarten Gebiets differenziert sind.

Das heißt: Für besonders geschützte Qualitäten des Wohnens sollte ein Abstand von sieben mal Höhe, mindestens aber 1.000 m, gelten, für den Außenbereich vier mal Höhe und mindestens 500 m.

(Martin Habersaat [SPD]: Und sieben mal Höhe ist nicht willkürlich? - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Habersaat: Für den Fall, dass sich dann die Restfläche durch die Abstandsvorgabe signifikant verringern sollte, muss man natürlich schauen. Da sind wir dann bei dem Punkt der Abwägungsbereiche und Tabukriterien. Ich finde es wirklich sehr drollig, sich hier hinzustellen und über den CDU-Antrag bei der ersten Lesung zu sagen, da bleiben nur 0,3 % übrig. Dann waren es auf einmal 0,8 %, und heute waren es dann 1,1 %. Die Zahl ändert sich ja quasi stündlich! Ich bin guter Dinge, dass die Kurve weiter nach oben zeigen wird.

(Beifall FDP und CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Ganz abenteuerlich!)

Seriöse Politik sieht anders aus, Herr Albig. Immer mit diesen Zahlen herumzuwerfen, nur um eine Diskussion abzuwürgen, ist definitiv der falsche Weg. Da sollten Sie sich nicht wundern, dass die Menschen Ihnen diese Punkte nicht mehr abnehmen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie soll man denn sonst diskutieren?)

Bei unserem Vorschlag kommt hinzu, dass die Möglichkeit verbleibt, die Anlagen niedriger zu bauen. Wenn die **Anlagen niedriger** sind, ist wieder mehr Platz vorhanden: Das ist der Sinn einer höhenabhängigen Regelung. Dass die Anlagen dadurch weniger rentabel sind, ist verfassungsrechtlich nicht relevant, wie der bayerische Verfassungsgerichtshof vor Kurzem festgestellt hat. In Bayern hat man eine Abstandsregelung „zehn mal Höhe“ getroffen. Gegen diese Regelung ist geklagt worden, aber der Verfassungsgerichtshof hat entschieden, dass es so gemacht werden kann.

Klar ist auch: Wenn nach der Novellierung des EEG nunmehr noch größere Abstände möglich sind, sollten selbstverständlich diese gelten. Entscheidend und wirklich wichtig ist, dass die Belange der Menschen wieder stärker in den Vordergrund rücken.

(Beifall FDP und Barbara Ostmeier [CDU])

Aus diesem Grund werden wir uns auch dem Vorschlag von Staatssekretärin Nestle, den Gemeinden bei den Abständen zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen, nicht verschließen. Wir erwarten aber auch, dass den Worten hier schnellstmöglich Taten folgen.

(Beifall FDP)

Wir kennen das Prinzip ja: Wenn wir nämlich eines feststellen müssen, dann, dass Sie sich immer erst dann bewegen, wenn entweder der Druck von außen zu groß wird oder Sie ohnehin keine andere Wahl haben.

Die Erfahrung, wie wir die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes beim Windenergieausbau so gut wie eben rechtlich möglich beteiligen, hat doch vor allem eines gezeigt, meine Damen und Herren: In der Regel bleibt es bei dieser Regierung bei bloßen Ankündigungen.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben vor gut einem Jahr in diesem Hohen Haus gesagt: Es ist nach dem Urteil des OVG Schleswig unsere Aufgabe, Antworten zu finden, wie wir **Bürgerbeteiligung** nicht nur fakultativ, sondern möglichst wieder verbindlich hinbekommen, und daran - das haben Sie am 20. Mai 2015 gesagt - werden wir uns gemeinsam messen lassen müssen.

Was hat die Landesregierung bisher, in über einem Jahr, gemacht? - Nichts. Jetzt, ein Jahr später, wird immerhin ein Prüfauftrag erstellt. Das ist wirklich eine ganz starke Leistung.

Wenn ich mir ansehe, was uns Ihr Umweltminister immer vorwirft, nämlich dass wir politische Abstände forderten, dass unsere Forderungen zu einem faktischen Ausbaustopp führten, frage ich mich, wie dieses Mitbestimmungsrecht der Gemeinden denn aussehen soll. Einerseits sagen Sie uns, die Abstände können nicht vergrößert werden, weil dann nicht genug Restfläche verbleibt, andererseits sagen Sie nun, es passe zu Ihrem Konzept, wenn die Gemeinden eben doch größere Abstände feststellen könnten. Was soll uns das denn sagen? Welche Abstandsregelungen wollen Sie überhaupt, Herr Albig?

(Oliver Kumbartzky)

(Zurufe Martin Habersaat [SPD] und Christopher Vogt [FDP])

Wie wollen Sie diese **Abstandsflächen** überhaupt rechtssicher einführen? Das OVG Lüneburg hat im letzten Dezember klargestellt, dass solche Abstände grundsätzlich nicht als harte Tabukriterien festgelegt werden dürfen.

Meine Damen und Herren, auf diese Fragen brauchen wir Antworten, und zwar so schnell wie möglich. Das Verfahren schreitet voran. Sie wollen im Sommer die ersten Pläne präsentieren, und es muss ja auch schnell gehen. Ich hätte mir deshalb gewünscht, wenn Sie auch zu diesen Themen Stellung genommen hätten, Herr Albig. Sie hatten genug Zeit, Sie hätten auch gern noch eine Minute länger reden können, um dieses Thema anzusprechen. Das haben Sie leider nicht getan.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Planer und Kommunen brauchen Rechtssicherheit. Hier sind Sie wirklich gefordert, Herr Ministerpräsident.

Aber nicht nur bei den Abständen sind Sie gefordert, sondern auch bei weiteren landesplanerischen Punkten. Es ist wirklich unfassbar, dass Empfehlungen der eigens eingesetzten Gutachter zum Thema **charakteristische Landschaftsräume** ignoriert werden. Die Gutachter empfehlen eine Einstufung als weiches Tabukriterium. Und was macht die Landesregierung? Sie stuft die CL als Abwägungskriterium ein. Da soll sich dann doch niemand wundern, wenn erste Kreise jetzt verständlicherweise dazu übergehen, großräumige Landschaftsschutzgebiete auszuweisen - mit dem dortigen Verbotstatbestand in Sachen Windkraftnutzung. Wenn Sie, Herr Albig, im nächsten Jahr nicht mit einer völligen energiepolitischen Bankrotterklärung vor die Wähler treten wollen, ist wirklich noch einiges zu tun.

Neben den schon genannten Punkten möchte ich noch einmal abschließend auf das Thema der **Energiespeicherung** hinweisen. Hier ist beim Engagement der Landesregierung noch deutlich Luft nach oben. Das betrifft zum einen die Forschung, zum anderen den Einsatz dafür, bürokratische und netzkostentechnische Belastungen abzubauen. Aber nicht nur die Speicherung ist von zentraler Bedeutung, sondern auch der Stromverbrauch. Hier meine ich zum einen die Energieeffizienz, zum anderen aber auch die Ansiedlung von Energieabnehmern. Wir brauchen endlich eine konsequente Ansiedlungsstrategie und ein konkretes Industriekonzept.

(Beifall FDP)

Nach mittlerweile über vier Jahren im Amt sind Sie es immer noch schuldig, dieses Konzept vorzulegen. Ich ahne ja schon, worauf dieses Industriekonzept, was Sie uns präsentieren wollen, hinausläuft. Das ist ein schöner Knaller für den Wahlkampf - mit schönen bunten Flyern -, mehr wird es dann leider nicht sein.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Eine Luftnummer!)

Weitere Punkte sind der **Wärmemarkt** und der Bereich der **Mobilität**. Auch hier ist außer der Ankündigung zu Beginn der Legislaturperiode nicht viel herausgekommen. Ja, meine Damen und Herren, ich habe jetzt zwar noch eine Viertelstunde Redezeit, aber ich denke - -

(Zurufe Ministerpräsident Torsten Albig, Martin Habersaat [SPD] und Serpil Midyatli [SPD])

- Solche qualifizierten Zwischenrufe eines Ministerpräsidenten kann man sich auch schenken! Ganz ehrlich, die kann man sich schenken!

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Herr Albig, kommen Sie mal besser in die Puschen!

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Was war das eigentlich vorhin? - Das war eine kollektive Selbsthypnose, die Sie hier abgehalten haben.

(Heiterkeit und Beifall FDP)

Diese Selbsthypnose bringt unser Land definitiv nicht voran.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige **Regierungserklärung** des Herrn Ministerpräsidenten ist, wenn man sich die Historie anguckt, in Wahrheit gar nicht von der Landesregierung angemeldet worden, sondern vielmehr von den **regierungsstragenden Fraktionen** eingefordert worden. Offen gestanden kann ich das auch nachvollziehen, denn ich glaube, Ihnen ging es genauso wie uns und der Öffentlichkeit, dass Ihnen genauso wenig wie uns klar war, was diese Re-

(Daniel Günther)

gierung eigentlich energiepolitisch in Schleswig-Holstein will.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist das!)

Ich habe mich bei Ihrem Riesenapplaus danach nur gefragt: Woran haben Sie eigentlich erkannt, dass durch die Rede von Herrn Albig davon irgendeine Frage beantwortet worden ist? - Also ich habe das nicht erkannt.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, wir sind es ja gewohnt - leidvolle Erfahrungen -, dass, wenn Sie Briefe an den Landtagspräsidenten schreiben und 15 Minuten einfordern, daraus 30 Minuten werden. Das macht uns nichts aus. Es macht uns auch nichts aus, dass die Reden, die Sie uns vorher als Manuskript zur Verfügung stellen, eigentlich nie etwas mit dem zu tun haben, was Sie hier am Ende sagen. Das sei auch einmal geschenkt. Aber was ich diesmal wirklich bemerkenswert fand, war - ich habe ja die sechs Seiten, die Sie uns zugeschickt haben, vorher durchgelesen und mich gefragt: „Regierungserklärung? Da steht nichts drin!“ -, dass Sie das dann in Ihrer Rede auch noch unterboten haben. Dass Sie das wenige Konkrete daraus heute nicht einmal gesagt haben, das ist wirklich eine Meisterleistung. Das haben wir hier so in der Form noch nicht erlebt.

(Beifall CDU und FDP)

Jetzt sage ich Ihnen auch einmal, was ich eigentlich erwartet hatte, als ich hörte, dass hier eine Regierungserklärung gehalten werden soll. Wir haben ja lange Zeit gar nicht genau gewusst, welches der Inhalt ist. Ich hätte eigentlich von Ihnen erwartet, dass Sie uns und den Bürgerinnen und Bürgern erklären, was diese Regierung überhaupt in einem Jahr bis zur nächsten Landtagswahl noch machen will. Sie haben seit September 2015 keine Regierungserklärung abgehalten. Im Moment ist doch das, was Sie hier treiben, nichts anderes, als dass Sie nur das umsetzen, was von den Oppositionsfractionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag gefordert wird.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Bei einer **Regierung**, die ausschließlich die **Vorschläge der Opposition** umsetzt, weil die regierungstragenden Fraktionen nichts zu bieten haben, frage ich mich, warum wir sie eigentlich noch ein Jahr in Regierungsverantwortung lassen sollen.

Herr Ministerpräsident, unser Eindruck war ja ohnehin schon, dass Sie in der ersten Hälfte der Legis-

laturperiode keine Idee gehabt haben, welchen Schleswig-Holsteiner Sie zum Minister berufen können. Aber in der zweiten Hälfte der Wahlperiode fallen Ihnen offenkundig nicht einmal Ideen dafür ein, wie Sie Schleswig-Holstein, dieses Land, überhaupt voranbringen wollen. Das ist doch ein Gegenstand, über den wir hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag einmal reden sollten.

(Beifall CDU und FDP)

Weil Sie gerade ähnlich schlechtgelaunt gucken, wie Sie bei der Rede des Ministerpräsidenten geguckt haben, will ich Ihnen das auch mit Beispielen unterlegen.

(Heiterkeit Dr. Heiner Garg [FDP] - Zurufe SPD)

Gucken Sie sich doch an, worüber wir hier reden: Gesetzentwurf der FDP zum Prüfrecht des Landesrechnungshofs für die Eingliederungshilfe. - Plötzlich setzt es die Regierung um. Die CDU-Fraktion fordert seit Ewigkeiten eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kitas. - Wird jetzt umgesetzt.

(Lachen Lars Harms [SSW] - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Innenminister Studt stellt gestern das seit Monaten geforderte CDU-Konzept

(Martin Habersaat [SPD]: Sommerferien! - Weitere Zurufe SPD)

zu Rückführungen vor. Das haben Sie übrigens hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag immer wieder massiv kritisiert, als wir das gefordert haben. Der Innenminister macht das CDU-Konzept jetzt plötzlich zu seinem.

(Zurufe SPD)

Gleiches Thema: Befeuerung von Windkraftanlagen. Da wir heute über das Thema **Energiepolitik** reden: **Abstandsflächen** sind von CDU und FDP gefordert worden. Jetzt plötzlich tun Sie so, als sei das Ihre Idee gewesen. Sie können heute nicht einmal erklären, wie Sie das überhaupt umsetzen wollen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Ich finde, wenn Sie schon nur unsere **Ideen** umsetzen, dann wäre es auch fairer, wenn Sie das nicht mit Ihrem Hamburger Kabinett machten, sondern wenn Sie es dem nächsten schleswig-holsteinischen Kabinett übertragen würden, unsere Ideen entsprechend umzusetzen.

(Daniel Günther)

(Beifall CDU - Zuruf SPD: Hallo! - Weitere Zurufe SPD - Christopher Vogt [FDP]: Das finde ich jetzt fremdenfeindlich!)

Aber nun haben Sie sich auf das Thema **Energiepolitik** festgelegt. Das ist in der Tat ein wichtiges Thema. Wie das immer bei wichtigen Themen in Schleswig-Holstein ist, kann man sich sicher sein: Bei wichtigen Themen hat diese Landesregierung keine gemeinsame Linie, ob das in der Flüchtlingspolitik ist, ob das in der Energiepolitik ist; bei all diesen Fragen gibt es keine klare Linie, sondern immer nur Widersprüche, Streit und unterschiedliche Auffassungen. Von daher hatten wir uns eigentlich mehr erhofft, wenn Sie zum Thema Energiepolitik sprechen, Herr Ministerpräsident, nachdem wir ja monatelang von Ihnen überhaupt nichts gehört haben. Ich darf einmal in Erinnerung rufen: Wir als CDU haben damals das Gesetz mitbeschlossen. Das war keine Selbstverständlichkeit. Dann hieß es: Die **Opposition** wird selbstverständlich in die weitere Umsetzung eingebunden! Da hat die FDP schon damals zu uns gesagt: Glaubt das doch nicht, dass sie das machen.

Der gesamte **Dialog** ist völlig zum Erliegen gekommen, Herr Ministerpräsident. Sie haben sich über Monate hinweg überhaupt nicht um dieses Thema gekümmert und einen anderen in Ihrer Regierung dazu sprechen lassen. Auch aus diesem Grund ist diese Regierungserklärung für mich eine einzige Enttäuschung. Sie haben keinen der von der Regierung öffentlich angesprochenen Punkte klargestellt. Sie haben nicht klargestellt, wofür diese Landesregierung überhaupt steht. Zumindest den Anspruch haben wir gemeinsam gehabt.

Das Einzige, bei dem Sie in Ihrer Rede überhaupt konkret geworden sind, ist das, was Sie uns von den **Ergebnissen auf Bundesebene** erzählt haben. Das ist das einzig Konkrete. Dazu, was danach im Land Schleswig-Holstein an Umsetzung erfolgt, sind Sie jegliche Erklärung schuldig geblieben, Herr Ministerpräsident.

In der letzten Landtagstagung haben wir von der Regierung zum CDU-Antrag zur **Erhöhung der Abstandsflächen** noch reflexartig gehört, wir seien die Verhinderer der Energiewende.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wörtlich wurde in der letzten Tagung gesagt:

„Der Antrag der CDU, wie er heute vorliegt, bringt den Windausbau in Schleswig-Holstein vollständig zum Erliegen. Das ist ein

Nullausbau, das ist faktisch ein Verbot von weiteren Windkraftanlagen, das Sie hier beantragen.“

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! - Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Drei Wochen später erklärt derselbe Minister, der in der Landtagstagung dazu gesprochen hat, plötzlich: Wir wollen die Abstandsflächen zu den Windkraftanlagen auch erhöhen. Das begründet er nicht so, wie wir, die „bösen Atomlobbyisten“, das begründet haben; nein, wenn es von dieser Regierung gefordert wird, ist es natürlich Politik mit Augenmaß und dass die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden sollen. Der gleiche Fakt, den wir beantragt haben! Wie unglaublich ist das bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall CDU und FDP)

Dem Fass den Boden ausgeschlagen hat, dass der Minister, der jetzt auf die Bürgerinnen und Bürger zugeht,

(Lars Winter [SPD]: Neidisch?)

in einem großen Pressegespräch und einem Riesentitel ein **Verschieben der Energiewende** auf 2030 ankündigt. Das hätte sich einmal ein CDU-Politiker in Schleswig-Holstein trauen sollen! Wie wären Sie über ihn hergefallen!

(Beifall CDU)

Auf Bundesebene, wo vielleicht ein bisschen mit Augenmaß beim Netzausbau geguckt wird, sind es natürlich wieder - der Kollege Matthiessen schreibt gleich für seinen Dreiminutenbeitrag mit - die „dunklen Gestalten des Atomlobbyismus“, die sozusagen das Handwerk gemacht haben. Ich frage mich wirklich: Wer soll diese gegensätzlichen Positionen hier in Schleswig-Holstein erst nehmen? Herr Ministerpräsident, genau deswegen hätte ich von Ihnen heute erwartet, dass Sie das einmal richtigstellen. Wollen Sie wirklich dieses Schwarz-Weiß-Denken ohne eine inhaltliche Substanz, oder wollen Sie sich ernsthaft darüber auseinandersetzen, wie wir in Schleswig-Holstein die Energiepolitik vernünftig umsetzen wollen?

(Beifall CDU und FDP - Lars Harms [SSW]: Ohne Schwarz!)

Die Hälfte Ihrer Rede haben Sie mit den Ergebnissen des Gipfels verbracht.

(Daniel Günther)

(Birgit Herdejürgen [SPD]. Sie haben die Hälfte Ihrer Rede verbracht mit - -!)

Das war für uns alle nichts Neues. Das, was Sie dazu gesagt haben, haben wir der Zeitung entnehmen können. Bei einigen Bewertungen sind wir uns durchaus einig. So ist beispielsweise die **Novellierung des EEG** wichtig gewesen. Darin sind Bestandteile, die Sie wie wir beklagen. Darin hätten wir uns noch mehr Schleswig-Holstein-Politik gewünscht. Das ist bei Kompromissen so, die man schließt.

Bei den Ausbauzielen haben wir es ein Stück weit selbst in der Hand, was wir schaffen, denn der Deckel wird gekippt, wenn wir beim **Netzausbau** entsprechend schneller werden. Ich kann akzeptieren, dass Sie auf die Südländer und andere, die nicht schnell genug sind, schimpfen. Ich frage mich aber immer, warum Sie aus parteipolitischen Gründen immer nur die unionsgeführten Länder nennen und dabei vergessen, dass es insbesondere in Niedersachsen, bei Ihren rot-grünen Parteifreunden, beim Netzausbau erheblich hapert. Da würde ich mir im Sinne einer norddeutschen Zusammenarbeit - Sie sitzen immer zusammen - schon einmal wünschen, dass Sie Ihre Parteifreunde einmal ordentlich auf Trapp bringen. Das würde Schleswig-Holstein auch ein Stück weit helfen.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

- Herr Kollege Eichstädt, Sie haben nachher noch Gelegenheit, uns zu erklären, was der Herr Ministerpräsident zu den eigentlich konkret umzusetzenden Fragen vorhin gesagt hat. Ich habe das, ehrlich gesagt, wirklich nicht verstanden.

Kollege Kumbartzky hat zum Thema, was an Ausbau in Schleswig-Holstein möglich ist, vieles gesagt. In der letzten Landtagstagung wurde uns vorgehalten, es sei kein Ausbau von Windkraft mehr möglich. 0,3 % mögliche Ausbaufäche wurden von Herrn Habeck behauptet. Danach wurden etliche Gespräche geführt. Die Grünen waren auch ein bisschen irritiert und fragten, wo die Zahl eigentlich herkommt. Es gab Gespräche mit der Landesregierung. Die Zahl konnte bis heute nicht begründet werden.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Genau!)

Dieses Totschlagargument, das die Landesregierung hier im Plenum gesagt hat, kann bis heute nicht belegt werden. Ich finde es einen absoluten Skandal, Herr Minister Habeck, dass Sie hier im

Schleswig-Holsteinischen Landtag solche Unwahrheiten erzählen.

(Beifall CDU und FDP)

Bisher war es nur eine Behauptung. Heute hat der Ministerpräsident den Beweis angetreten. Gestern sagt der Kollege Harms in der Talkrunde noch, es bedeute 0,8 %. Heute sagt der Ministerpräsident, es seien 1,1 %. Werden diese Vorwürfe an die CDU in Ihren Ministerien ausgewürfelt? Es kann doch nicht angehen, dass solche Zahlen hier herumgeistern und wir keine ernsthafte, seriöse Debatte darüber führen können, weil Sie nicht in der Lage sind, diese Zahl einigermaßen vernünftig zu berechnen. Herr Ministerpräsident, vielleicht wollen Sie es aber auch nicht, um sich über dieser Debatte nicht stellen zu müssen.

Das Einzige, was Sie sagen, ist - das bestreite ich auch nicht -: Wenn man die Abstände von Windkraftanlagen zu den Menschen erhöhen will, bedeutet das, dass es auf Kosten anderer Schutzziele geht. Diese Erkenntnis ist doch nicht neu. Wenn Sie daraus ableiten, dass die Abstände zu den Menschen nicht erhöht werden dürfen, weil Sie **andere Schutzziele** nicht absenken wollen, sagen Sie damit automatisch, dass Ihnen alles andere wichtiger ist als die Menschen in Schleswig-Holstein. Den Weg halten wir für falsch, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und FDP)

Was ich wirklich für eine grobe Täuschung der Öffentlichkeit halte, ist, dass Sie im Manuskript und in der Rede eine **offene Debatte** über harte und weiche **Kriterien** anregen und sagen, wir müssten das gemeinsam austarieren. Am 30. April 2016 hat das Kabinett doch darüber entschieden. Am 17. Mai ist ein Erlass in Kraft getreten, in dem die Kriterien alle schon durchdekliniert worden sind. Das ist schon Gesetzeslage. Das ist schon Regierungspolitik der Landesregierung. Gaukeln Sie den Menschen doch nicht vor, dass Sie irgendwo offen seien. Sie haben Ihre Entscheidung schon vor einem Monat getroffen. Warum stehen Sie denn nicht dazu, wenn wir hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag darüber sprechen?

(Beifall CDU und FDP)

Ich finde Ihren demokratischen Führungsstil im Kabinett, dass jeder seine Auffassung in der Öffentlichkeit vertreten darf, auch wenn sie noch so abweichend ist, durchaus modern, aber ich hätte mir schon einmal gewünscht zu erfahren, was das eigentlich bedeutet, was Frau Nestle gesagt hat. Wir diskutieren hier ein Jahr lang darüber, dass es für

(Daniel Günther)

uns alle wünschenswert wäre, wenn die **Kommunen** ein **Mitspracherecht** bei den Abstandsregelungen und beim Ausbau der Windkraft hätten. Ihre Juristen sagen in allen Gesprächen, die wir geführt haben, das sei rechtlich überhaupt nicht möglich. Frau Nestle sagt eine Woche vor dieser Landtagstagung: Wir als Landesregierung werden ein Mitspracherecht der Kommunen einführen. - Der Ministerpräsident sagt eine Woche später kein einziges Wort dazu. Was ist jetzt Ihre Auffassung dazu? Wollen Sie das Mitspracherecht der Kommunen durchsetzen, oder wollen Sie es nicht? Darauf hätten Sie hier doch eine Antwort geben müssen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und FDP)

Bei all den Themen, über die wie hier miteinander diskutieren, fallen mir an konkreten Punkten, die Sie energiepolitisch umgesetzt haben - das mag auch daran liegen, dass in Ihrer Regierung eigentlich nicht so ganz klar ist, wer wirklich für Energie zuständig ist -, außer den **Initiativen von CDU und FDP** der letzten Regierung keine Punkte ein. Sie haben von den neu dazugekommenen konkreten Punkten nicht einen einzigen aufgegriffen. Dass alles sind Maßnahmen, ob das denn Netzausbau ist, ob das überhaupt die Regelung zur Windkraft ist, die von den Amtsvorgängern von Herrn Habeck - das hat er im Landtag mehrfach gesagt - eingeführt worden sind.

Wo sind Ihre Impulse gewesen dafür, dass sich in unserem Land etwas ändert? Wo sind Ihre **Ankündigungen** nachher in **Regierungspolitik** umgesetzt worden? Sie haben den Menschen vor der letzten Landtagswahl noch gesagt, für Sie wäre es sinnvoller, nicht die Netze auszubauen, sondern die Industrie aus dem Süden in den Norden zu holen. Dann könnt man den Strom hier sozusagen direkt verkaufen. Das haben Sie im Originalton im Landtag den Menschen versprochen. Was haben Sie denn dafür getan, dass wir in unserm Land Industrieansiedlungen bekommen? - Nichts, Herr Ministerpräsident, haben Sie in diesen Bereichen gesagt.

(Beifall CDU und FDP)

Es kann doch auch nicht angehen, dass Sie vor der Landtagssitzung hier groß erklären lassen, dass Sie jetzt Konzepte dafür entwickeln wollen, wie Sie den überflüssigen Strom, der entsteht, wenn wir die Netze nicht schnell genug ausbauen, sinnvoll verwenden. Wo sind Ihre Konzepte in diesem Bereich, um hier etwas umzusetzen?

Herr Ministerpräsident, es tut mir leid, aber das muss man bei dieser Regierungserklärung einmal

deutlich sagen: Es hilft einfach nichts, wenn man am Ende der Wahlperiode, weil man keine Ideen mehr hat, nur noch eine **Landesentwicklungsstrategie** vorlegt, um mit den Leuten einmal ein bisschen darüber zu diskutieren, was es für neue Megathemen in Schleswig-Holstein gibt. Es kann doch nicht sein, dass man das am Ende der Wahlperiode macht. Solche eine Diskussion hätte an den Anfang der Wahlperiode gehört, Herr Ministerpräsident. Dann hätten wir bei den vielen Themen, über die wir heute gesprochen haben, über die Umsetzung und die Bilanz der Landesregierung reden können und darüber, was Sie in diesen Bereichen gemacht haben. Herr Ministerpräsident, das haben Sie alles versäumt. Deshalb sage ich Ihnen: Ihre Ideensammlung, die Sie hier heute präsentiert haben, in allen Ehren, aber für mich war das heute keine Regierungserklärung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler aus dem Schulzentrum Sylt, der Beruflichen Schule Elmshorn und Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer der Volkshochschule Kiel. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung zu Recht davon gesprochen, dass die **Energiewende** ein Jahrhundertprojekt ist: Raus aus dem Atomstrom, weg von den fossilen Energieträgern hin zu den erneuerbaren Energien, und das in einer Industriegesellschaft, die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz verbinden muss. Das hat es in dieser Form auf der Welt noch nie gegeben. Das ist mit vielen Herausforderungen verbunden und mit enormen Chancen für dieses Land Schleswig-Holstein auf Wertschöpfungen, für Zukunftsorientierung und etwas, das den Wohlstand unserer Kinder und Enkel sichern kann, und zwar auf eine bessere Art und Weise, als dies mit diesen herkömmlichen Energieformen geschehen

(Dr. Ralf Stegner)

ist. Lieber Herr Ministerpräsident, deswegen: Herzlichen Dank für diese Regierungserklärung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn man das daran misst, was die beiden Oppositionsredner hier vorgetragen haben, dann muss ich sagen: Das hatte weniger etwas mit einem Jahrhundertprojekt zu tun. Wenn ich ein Tier wählen sollte, um dies zu beschreiben, was Sie gesagt haben, dann würde mir die Eintagsfliege einfallen. Maximal so viel Aufmerksamkeit hat das verdient, was Sie hier vorgetragen haben. Es war nämlich weitgehend Polemik und ohne jegliche Substanz.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU und FDP)

Es gab überhaupt keine Idee. Auf die Widersprüche komme ich nachher noch zu sprechen, wenn ich zu dem energiepolitischen Teil komme. Herr Kollege, ich muss aber sagen: Wenn Sie so humorvoll sind, hier allen Ernstes zu behaupten, diese Regierungskoalition kopiere das, was Sie uns vorschlagen, dann muss ich Ihnen sagen: Wir haben eine ganze Broschüre darüber, was wir bei den Themen Arbeit, Soziales, Minderheitenpolitik, Bildungspolitik und Energiepolitik anders machen als Sie. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie wollen. Dafür sind Sie abgewählt worden. Wir machen genau das Gegenteil, meine sehr verehrten Damen und Herren. Schmücken Sie sich hier nicht mit fremden Federn.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU)

Also, Herr Kollege Günther, Herr Kollege Kumbartzky, **Regierungsfähigkeit** sieht wirklich anders aus. Da muss man schon mehr drauf haben, als sich mit fremden Federn zu schmücken oder das Gegenteil dessen zu behaupten, was alle Bürgerinnen und Bürger sehen können.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie haben im Gegenteil noch einmal deutlich gemacht, wie Sie sich Regieren vorstellen. Sie stellen sich nämlich vor, dass man nicht mit den Menschen redet. Sie kritisieren es immer wieder, wenn wir den **Dialog** führen. Sie kritisieren, es gebe hier keine abgeschlossene Meinung. Wenn man aber einen Vorschlag hat und diesen diskutiert, dann kritisieren Sie wiederum, dass es eine Haltung gibt, die die Regierung hat. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie richtig finden; das eine oder das andere.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Nein, ich glaube wirklich, guter Dialog gehört zum guten Regieren dazu. Das haben Sie noch nie so gehalten, das ist wahr in der Tradition Ihrer Regierungszeiten. Wir machen das anders. Ich glaube, dass es wichtig ist, bei der Landesplanung und dem Ausbau der Windkraftanlagen ein gutes Beispiel dafür zu geben, dass wir es wirklich ernst damit meinen, sehr wohl mit Vorstellungen darüber mit den Menschen zu reden, aber zu hören, was sie dazu sagen.

Von Ihnen lassen wir uns da im Übrigen nicht treiben, denn ich muss Ihnen ehrlich sagen: Der Ministerpräsident und für die Regierungskoalition, wir vertreten die **Interessen des Landes**. Diese Interessen stimmen nicht immer mit den **Beschlüssen auf Bundesebene** überein. Es ist aber auch vorrangig so, dass Schleswig-Holstein seiner Verantwortung für die Energiewende gerecht werden muss.

Ich habe gerade beschrieben, wo die **Herausforderungen** liegen. Ein solcher Dialog fällt übrigens mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht immer leicht. Aber Leichtigkeit ist auch nicht das Ziel eines Austausches von Argumenten, besonders dann nicht, wenn man einander ernst nehmen möchte. Das habe ich komplett vermisst. Ich möchte meinen Dank ausdrücklich nicht nur an den Ministerpräsidenten und sein Team, sondern auch an den Energieminister Robert Habeck richten, die beide nicht müde werden, genau dies landesweit überall zu praktizieren. Wo sind Sie eigentlich, dass Sie das gar nicht registrieren und hier kritisieren, dies finde gar nicht statt?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist landesweit so. In dieser Form gibt es das nirgendwo so in der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben gerade in Lübeck zusammengesessen. Fragen Sie einmal Ihre Kollegen von der CSU, wie die das machen. Da erzählt denen der Ministerpräsident, der Strom komme aus der Steckdose, man brauche gar keine Anlagen. So sieht der Dialog aus, den die dort führen. Das hat mit modernem Regieren wirklich nichts zu tun.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was wir feststellen können, ist: **Schleswig-Holstein** ist das **Energiewendeland**. Wir sind und bleiben bundesweit Spitze beim Ausbau der Windkraft und bei der Versorgungsquote mit Strom aus erneuerbaren Energien. Das können Sie nicht schlechtreden, auch wenn Sie sich hier noch so aufplustern mit Ihren

(Dr. Ralf Stegner)

Versatzbausteinen, die wir zum hundertsten Mal gehört haben.

Das ist wichtig, denn wenn man den Dreiklang zwischen Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit ernst nehmen will, dann muss man genau damit umgehen. Das ist übrigens auch ein wichtiger Antriebsmotor für unsere Wirtschaft und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein und für Wertschöpfung in diesem Land.

Die Balance zwischen den Interessen von Umwelt und Wirtschaft einerseits, aber auch die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für den Ausbau der Windenergie ist und bleibt unsere Grundlage für eine erfolgreiche Energiewende. Dabei sollte man nicht vergessen, dass Windenergie dem Beobachter natürlich ins Auge springt, wohingegen die Folgen von Atomkraft und fossilen Energieträgern oft nicht sichtbar sind, was aber mit der Schädlichkeit für die Umwelt und den Folgen für die Gesundheit von Menschen und Tieren sowie dem Gefahrenpotenzial überhaupt nicht im Einklang steht. Man muss sich daher davor hüten, diese Debatte mit populistischen Argumenten zu führen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW)

Mit der Herausforderung des **Urteils des Oberverwaltungsgerichts Schleswig** sind wir im vergangenen Jahr gemeinsam gut umgegangen. Wir haben feststellen können, was wir übrigens immer gesagt haben: Energiewende geht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht gegen sie. Die Energiewende muss konsequent umgesetzt werden, aber im Dialog mit allen Beteiligten, um Akzeptanz zu sichern. Ein Wildwuchs und eine kompletteerspargelung unserer Landschaft kommen für uns nicht in Betracht. Es braucht entsprechende landesplanerische Regelungen, und im Zuge des laufenden Verfahrens sind wir bereit, einen gemeinsamen Weg zu entwickeln und eben nicht starrköpfig zu sagen: Da sind sie nun und keine anderen. Es ist aber auch nicht so, dass wir ohne Vorstellungen darüber sind, über die man diskutieren kann, oder dass es windige Zahlenspielerien gibt, auf die ich noch komme.

In den nächsten zehn Jahren kann Schleswig-Holstein den **Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch** auf mindestens 300 % steigern. Das war die Ausgangslage. Ob dieses Ziel weiterhin sinnvoll ist, haben wir infrage gestellt. Ja, es stimmt, wir haben - wie übrigens auch CDU und FDP - lange das Jahr 2020 angestrebt. Wir haben

dann darauf gesetzt, das Jahr 2025 zu erreichen, und wir glauben jetzt, dass das Jahr **2030** realistisch ist, wenn man sowohl die Ziele der Energiewende erreichen als auch den Ausbau der erneuerbaren Energien behutsam und im größtmöglichen Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben will.

Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen: Dass Sie das kritisieren, Herr Oppositionsführer, zeigt doch nur, dass Ihnen genau dieses fehlt, nämlich die Balance zwischen dem, zu sagen, was man politisch will, und dem, was man im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben will. Das ist das, was Sie nicht verstehen. Deswegen kritisieren Sie das hier. Insoweit ist die Koalition ganz anderer Meinung.

(Beifall SPD und SSW)

Ich sage Ihnen auch: Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin gut zuhören - das ist übrigens auch interessanter, als Ihnen zuzuhören bei dem, was Sie hier vorgetragen haben -; denn wir wollen auf der einen Seite die **Energiewende** und auf der anderen Seite eine behutsame **Gestaltung unserer Umwelt**. Wir wollen Hightech und Natur- und Artenschutz. Wir wollen wirtschaftlichen Erfolg und Akzeptanz durch die Menschen in unserem Land. Wenn man das will, dann muss man ein bisschen differenzierter an die Dinge herangehen, als das in Ihren Reden heute zum Ausdruck gekommen ist. Zur Regierungsfähigkeit gehört ein bisschen mehr, als nur ein paar polemische Reden zu halten und die anderen zu beschimpfen bar jeden Sachverstandes oder gar bar aller Argumente, wie Sie es hier vorgetragen haben.

Deswegen glaube ich auch, dass die anderen, die davon wirklich betroffen sind, auch gar nicht so sehr zu Ihnen schauen, sondern eher von uns wissen wollen, wie wir die enormen Chancen für die Industrie und das größte **industriepolitische Projekt Schleswig-Holsteins** umsetzen. Chemieunternehmen profitieren beispielsweise vom Ausbau von Solarzellen, Kabelunternehmen sind stärker gefragt, und auch die Baubranche kann von einem Nachfrageimpuls bei der Umsetzung der Energiewende profitieren.

Torsten Albig hat mit Recht darauf hingewiesen, dass das Projekt „NEW 4.0 - Norddeutsche Energiewende“, das wir in Schleswig-Holstein gemeinsam mit Hamburg umsetzen, die **Zukunftsfähigkeit unserer Region** stärkt. Wir sind im Übrigen dafür verantwortlich, über die Zukunftsfähigkeit zu reden. Das heißt, Energiewende und Industrie leben

(Dr. Ralf Stegner)

von Innovation. Übrigens wird auch der Hochschulstandort Schleswig-Holstein dadurch gestärkt. Solche Beiträge habe ich in Ihren Reden auch nicht gehört. Es lohnt schon, auch einmal über die Sachverhalte zu reden und hier nicht nur Polemik zu verbreiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Energiewende bleibt eine große, aber auch notwendige Herausforderung für unsere Gesellschaft. Das ist eine **gesellschaftliche Aufgabe**, für die es keine Blaupausen gibt, sodass man dabei in der Tat auch Fehler macht; das will ich überhaupt nicht bestreiten. Es geht hier um eine gesellschaftliche Aufgabe, die es in drei Aspekten umzusetzen gilt: durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, durch mehr Energieeffizienz und Einsparung - die ja die größte Energiequelle ist, wie wir wissen - sowie durch Fortschritte bei den Energiespeichern.

Fast drei Jahre Schwarz-Gelb sind natürlich auch nicht spurlos vorübergegangen, weil wir Zeit verloren haben durch die Debatten über Brokdorf, Krümmel, Brunsbüttel, Kohlekraftwerksneubau oder nicht CCS, und Kohlendioxid-Verpressung und anderes mehr. Die Politik der Vorgängerregierung hat uns natürlich den Streit auch über solche Themen aufgezwungen. Dass sich am Ende unsere Positionen durchgesetzt haben, ist erfreulich. Aber es ist auch nicht zu bestreiten, dass uns dies viel Zeit gekostet hat; das ist einfach so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Energiewende - da sind wir uns vollständig einig in unserer Koalition mit dem Energieminister und mit dem Herrn Ministerpräsidenten - bedeutet am Ende **Fortschritt** für unser Land. Sie bietet eine Perspektive für Schleswig-Holstein, die Ökologie, die Ökonomie und die soziokulturellen Aspekte in Einklang zu bringen. Genau dieses müssen wir auch tun. Wir müssen Vorzeigeland dafür sein. Und diese Koalition bewegt genau dies in diese Richtung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Energiewende und der insoweit von uns erreichte Fortschritt sind umfassend. Die Energiewende meint viel mehr als nur den Umbau des Stromsektors. Natürlich geht es auch um Wohnen, Heizen und Mobilität. Sie bezieht den **Wärme-, Transport- und Verkehrssektor** mit ein, alle

Wirtschaftsbranchen, unseren Alltag, unsere Gebäude.

Deswegen hat die Landesregierung auch **Sanierungsprogramme**, etwa bei den Gebäuden zur Senkung von Nebenkosten, EU-Förderungen, Bildungsangebote und Verbraucherpreise im Blick. Habe ich dazu irgendetwas von Ihnen gehört, irgendeinen sachlichen Beitrag? - Null, gar nichts! Damit beschäftigen Sie sich gar nicht, weil Sie damit beschäftigt sind, Ihre Polemik zu verbreiten. Auch das muss ich immer wieder sagen.

Dazu gehören übrigens auch **dezentrale Energieerzeugung** und Verteilung, um nicht mehr so sehr von irgendwelchen fremddefinierten Konzernzielen größerer Energieunternehmen abhängig zu sein. Es ist ja auch ein Problem unserer Zeit, dass wir diese Energieriesen haben, die nicht wirklich schauen, was in den Regionen eigentlich wichtig und notwendig ist, sodass die soziale Marktwirtschaft dadurch fast völlig außer Kraft gesetzt gewesen ist. Deswegen sage ich Ihnen, dass wir die Speichertechnologie und den Netzausbau als Schlüssel der Energiewende betrachten mit großen Chancen für unsere kleinen und mittelständischen Firmen in Schleswig-Holstein, für Wertschöpfung in unserem Lande, für Arbeitsplätze und damit auch für Wohlstand in Schleswig-Holstein.

Überhaupt sind **Forschung und Technologietransfer** wichtige Bestandteile all dessen, was wir zu tun haben; denn wir müssen natürlich auch lernen, was in der Zukunft geht. Vieles wissen wir noch nicht. Aber wir haben kluge Menschen, die an solchen Dingen forschen, die Probleme lösen wollen und die Wege suchen. Auch dazu habe ich von Ihnen nicht ein einziges Wort in keiner der Reden der beiden großen Männer der Opposition gehört, die sich hier aufgeplustert haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein zentraler Eckpfeiler für die Energiewende ist und bleibt die **Erzeugung von Strom mit regenerativen Energien**. Wir haben von 1988 bis 2005 Großes geleistet. Ich erinnere mich noch genau: Wir fingen bei der Erzeugung erneuerbarer Energien bei 0,05 % an und haben gesagt, wir wollten auf 25 % kommen. Damals hat die Opposition gesagt: „Dann gehen die Lichter in Schleswig-Holstein aus.“ Sie haben schwarzgemalt; das ist ja auch Ihre Parteifarbe. Wo aber sind wir unter kluger sozialdemokratischer Führung von 1988 bis 2005 gelandet? Wir sind bei fast 40 % in dieser Zeit gelandet. Das ist übrigens eine Rekordleistung in Deutschland, die uns erst einmal jemand nachmachen muss. So sieht gute Politik aus: nicht wilde Reden halten, sondern etwas

(Dr. Ralf Stegner)

machen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das müssen Sie mal leisten, haben Sie aber nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für 2015 sind wir davon ausgegangen, dass wir unseren Strombedarf rechnerisch zu 100 % aus erneuerbaren Trägern decken können. 2013 haben fast 16.000 Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien gearbeitet, also in dem Sektor, von dem ich gerade beschrieben habe, wer ihn in Schleswig-Holstein ausgebaut hat. Das ist **Wertschöpfung**, und das ist übrigens Wirtschaftskompetenz, lieber Herr Kollege Vogt, der gerade so fassungslos guckt. Das ist praktizierte Wirtschaftskompetenz in Schleswig-Holstein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Schleswig-Holstein kann und muss von der Energiewende profitieren. Wir sollten als Land zwischen den Meeren das Vorzeigeland, das Musterland, das Vorbild für die Energiewende werden. Wir sind doch, wenn wir es richtig anfangen, der **Energieversorger** der Bundesrepublik Deutschland. Das sind wir, und das werden wir auch in der Zukunft sein. Das, was das Ruhrgebiet mit der Kohle mal gewesen ist, das wird der Norden in Zukunft mit erneuerbarer Energie sein, wenn wir es klug machen - nur deutlich umweltverträglicher und besser für die Menschen in Deutschland.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Mit sauberer erneuerbarer Energie, mit Wertschöpfung vor Ort, mit innovativen kleinen Unternehmen, die übrigens prima sind, wobei ich mir als Sozialdemokrat wünsche, dass da noch ein bisschen mehr geht in Sachen Mitarbeiter und Mitbestimmung auf der anderen Seite, aber auch durchaus mit neuen Chancen für unsere Werften und ihre hochqualifizierten Belegschaften, zu all dem sage ich Ihnen: Hier sind die Chancen wesentlich besser, als - jedenfalls auf Dauer - auf **Militärtechnologie** zu setzen. Das wird die Zukunft aus vielerlei Gründen allein nicht sein können.

(Beifall SPD - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Sagen Sie das mal den Betriebsräten!)

- Das erzähle ich denen, auch weil ich mit denen rede, anders als Sie, Herr Kollege Arp. Das wissen die Betriebsräte dort übrigens auch. Ich wiederhole das noch einmal, damit Sie das nicht denunzieren

können: Auf Dauer wird es nicht allein mit Militärtechnologie gehen, sondern wir müssen auch in diesen Bereichen die innovativen Fähigkeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der klugen Ingenieure und Arbeiter bei den Werften einbeziehen. Dass Sie davon nichts wissen wollen, spricht gegen Sie und nicht gegen die Mitarbeiter der Werften in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD)

Es geht um **Speichertechnik** auf Weltklasseniveau, es geht um Bürgerbeteiligung. Vorschläge und Kriterien sind zur Diskussion gestellt. Manche müssen sich erst noch daran gewöhnen, dass es gut ist, wenn wir zwar mit einem Vorschlag in den Dialog gehen, aber tatsächlich auch offen für Argumente sind. Warum Sie das kritisieren, Herr Kollege Günther, verstehe ich nicht. Sie sind doch in einem ständigen Dialog mit Ihrem Landesvorsitzenden. Wir können das sogar in den Zeitungen ständig nachlesen. Was haben Sie also eigentlich gegen Dialog? Ich weiß das gar nicht. Bei uns gibt es Dialog in der Energiewende. Das unterscheidet uns vielleicht von dem Dialog, von dem ich gerade gesprochen habe. Aber Sie sollten das hier nicht kritisieren, sondern ich glaube, dass Dialog gut ist. Das hat übrigens nichts mit „Zurückrudern“ zu tun. Sie mögen über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden wollen, Herr Kollege Günther: wir wollen das nicht.

Lassen Sie mich ein paar Aspekte herausarbeiten, was die Themen angeht, die mir besonders wichtig sind:

Erstens. Wir dürfen gegenüber dem Bund nicht müde werden, darauf hinzuweisen, dass **Effizienz** eine wichtige Frage bleibt. Im Norden weht der Wind. Hier ist der Ausbau wirklich sinnvoll, jedenfalls sinnvoller als anderswo. Wer über Kosten redet, muss darauf immer wieder hinweisen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage das übrigens auch als geborener Süddeutscher. Ich weiß, dass dieses Thema dort teilweise anders betrachtet wird. Aber da ist für mich schon ein gewisses Maß an norddeutscher Gesinnung erforderlich, um darauf hinzuweisen. Das, was wir besonders gut können, das sollten wir auch tun dürfen.

Wenn man sich die Debatte in Berlin und die dort gehaltenen Beiträge betrachtet, dann muss ich sagen: Ja, das war ein **Kompromiss**. Die Beiträge der CSU waren jedoch jenseits von Gut und Böse; es

(Dr. Ralf Stegner)

lohnt sich gar nicht, darauf einzugehen. Es ist eigentlich nicht zu glauben, dass man dort auf Verhinderung setzt. Da geht Herr Seehofer einfach mal vor die Tür, und am Ende muss ein Kompromiss gemacht werden zulasten der Menschen in Deutschland. Es ist, glaube ich, keine gute Art und Weise, solche Zukunftsfragen so zu regeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Am Ende der Diskussion standen jedoch 2.800 MW brutto. Das ist auch ein Erfolg unseres Ministerpräsidenten Torsten Albig. Wir wollten zwar 3.000 MW; aber herausgekommen ist etwas, was deutlich mehr ist als die 1.500 MW, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefordert hat, was faktisch den **Rückbau der Windenergie** in Deutschland bedeutet hätte. Das war die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn ich Sie darauf hinweisen darf: Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gehört übrigens jemand an - dort gibt es auch Abgeordnete aus Schleswig-Holstein -, der gleichzeitig Landesvorsitzender der CDU ist. Er erzeugt zwar viel Wind, indem er seine Backen aufbläst; aber das ist nicht sehr nachhaltig. Zu dem Thema, um das es heute geht, haben wir von ihm überhaupt nichts gehört.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Günther, angesichts dessen reden Sie ernsthaft von „mehr Schleswig-Holstein-Politik“? Die Haltung Ihres Landesvorsitzenden ist gegen die Interessen der Menschen in Schleswig-Holstein gerichtet, um es einmal klipp und klar auszudrücken.

(Beifall SPD - Widerspruch CDU)

- Es ist das Gegenteil. - Herr Günther, wenn Sie sich dann hier hinstellen und den Kompromiss kritisieren, dann ist das schon ein dicker Hund. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

Lieber Herr Kollege Kumbartzky, ich habe Ihrem Beitrag entnommen, wie schade Sie es finden, dass niemand von Ihrer Partei bei den Ministerpräsidenten dabei ist; ich fürchte, das wird sich so bald nicht ändern. Aber das allein ist kein Kriterium, wenn es darum geht, über Kompromisse zu urteilen.

Wir haben in der Tat nicht „Schleswig-Holstein pur“ bekommen; das hat der Ministerpräsident schon gesagt. Aber gemessen an der Ausgangslage - 16 Länder und der Bund haben miteinander ver-

handelt; Schleswig-Holstein ist zudem nicht das größte Land - haben wir relativ viel für Schleswig-Holstein herausgeholt. Ich finde, das darf man auch hier durchaus feststellen. Insoweit kann ich auch keinen Widerspruch erkennen zu dem, was Umweltminister Habeck in Schleswig-Holstein sagt. Auch er vertritt engagiert unsere Ziele - wie wir alle das tun. Er muss Einigungen auch nicht besser finden, als sie es sind. Aber auch er hat gesagt, dass wir bedenken sollten, wer dort mit wem verhandelt hat und wie die Ausgangslage war. Für Schleswig-Holstein ist jedenfalls etwas herausgekommen, was mutmaßlich besser ist, als wenn der genannte Herr aus Schleswig-Holstein, der der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angehört, die Verhandlungsführung innegehabt hätte. Dann wären wir bei einem Zubau von nur 1.500 MW gelandet, und zusätzliche Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein wäre die Konsequenz gewesen. Dafür stehen Sie offenkundig neuerdings auch, Herr Kollege Günther.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen die unterschiedlichen Kriterien sorgfältig abwägen und miteinander in Einklang bringen. Natürlich geht es oftmals auch um den Abstand; das kann niemand bestreiten. Dass die Bürgerinnen und Bürger, die betroffen sind, dieses Kriterium wichtig nehmen, kann niemanden wundern.

Ich sage Ihnen aber auch: Eine Debatte allein über **Abstandsregelungen** - die Anträge der Fraktionen von CDU und FDP legen dies nahe - halte ich nicht für sinnvoll. Das wäre nämlich die Absage an alle anderen Kriterien. Sie von CDU und FDP müssen unter anderem die Frage beantworten, wie Sie zu der besonderen Situation an den Küsten und in Naturschutzgebieten stehen. Dazu müssen Sie sich einmal äußern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Zu Ihnen komme ich gleich.

Es kommt hinzu, dass sich der CDU-Vorschlag selbst widerspricht. Komischerweise hat Kollege Arp geklatscht, als Kollege Kumbartzky dies kritisiert hat. Das habe ich nicht so richtig verstanden. Aber ich freue mich, dass Sie heute Morgen fröhlich sind, Herr Kollege Arp.

Der CDU-Vorschlag ist vor allem deshalb widersprüchlich, weil einerseits an dem 300%-Ziel festgehalten und andererseits durch eine massive Erhöhung der Abstände zur Wohnbebauung de facto ein **Rückbau von Anlagen** eingeleitet werden soll. Ich

(Dr. Ralf Stegner)

kann nur sagen: Das ist kein Konzept. Das ist das Gegenteil von verantwortlicher Politik. Wenn man Ihren Antrag liest, kann man nur sagen: Gott sei Dank sind Sie nicht verantwortlich für die Politik unseres Landes.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Um diesen offensichtlichen Schwachpunkt auszugleichen, soll nach Auffassung der CDU auf andere Kriterien verzichtet werden. Sagen Sie uns bitte, auf welche: Naturschutz? Artenschutz? Landschaftsschutz? Denkmalschutz?

Ich sage Ihnen: Mehr blanker Populismus geht gar nicht! Gute Führung heißt, dass man auch einmal gegen den Wind kreuzen muss. Man darf sich nicht immer nur im Wind wiegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun bin ich bei der FDP.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Oh! - Christopher Vogt [FDP]: Donnerwetter!)

In der Regel ist es so, dass die FDP mehr Substanz zu bieten hat als ihr etwas größerer Nachbar. Aber schon in den ersten Sätzen Ihrer Rede, lieber Herr Kollege Kumbartzky, haben Sie von „Offenbarungseid“ und „Bankrotterklärung“ gesprochen. Geht es nicht ein bisschen kleiner? Wäre es nicht auch für Sie angebracht, wenn Sie ein bisschen mehr zur Sache geredet hätten? Ich dachte, Sie verstünden etwas von Energiepolitik. Sie kommen doch aus einer Region, wo das wichtig ist.

Vor allem aber müssen an den FDP-Vorschlag die Mathematiker noch einmal heran. Wie Sie Ihre Pläne auf der Landesfläche Schleswig-Holsteins umsetzen wollen, erschließt sich nämlich nicht. Ob es nun 0,8 % oder 1,1 % sind - Sie haben den armen Kollegen Harms angegriffen -: Beide Werte liegen jedenfalls deutlich unter 2 %, wenn ich das einmal sagen darf. So viel Mathematik versteht sicherlich jeder. 0,8 und 1,1 sind deutlich unter 2.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe FDP)

- 0,8 und 1,1 sind deutlich unter 2. Können wir uns darauf verständigen? So viel Einigkeit bekommen wir in diesem Hause sicherlich hin. Bei „deutlich unter 2“ schauen die PIRATEN ein bisschen sauer; das verstehe ich. Aber so ist das Leben.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit dem allergrößten Vergnügen.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Dr. Stegner! Zum einen freue ich mich - ich glaube, gemeinsam mit Ihnen -, dass Ihr Heimatland Rheinland-Pfalz wieder einen ordentlichen Wirtschaftsminister hat, der auch für die Energiepolitik zuständig ist.

(Beifall FDP)

Da Sie so in die Details gehen und uns kritisieren, erinnere ich daran, dass Ihr Ministerpräsident heute behauptet hat, 1,6 % der Landesfläche seien notwendig, jedenfalls nicht 0,8 % oder was Sie sonst gerade aufgezählt haben. Ich glaube, insoweit haben Sie sich mit den Anträgen etwas vertan. Angesichts der Dynamik, was die Schätzungen der Landesregierung zu den Abständen betrifft, wage ich zu behaupten, dass die Landesregierung in der nächsten Woche schon von 2,5 % sprechen wird. 1,6 % sind jedenfalls schon sehr nahe an 2 % dran.

Jetzt würde mich interessieren: Was ist eigentlich Ihr Vorschlag? Was schlagen Sie als Vorsitzender der SPD-Fraktion vor?

- Lieber Herr Kollege Vogt, zunächst einmal finde ich Ihre Freude darüber, dass die FDP wieder in eine Landesregierung der Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt ist, sehr angemessen. Das ist eine gut geführte Regierung aus SPD, Grünen und Ihnen. Insofern teile ich die Freude. Alles ist in Ordnung. Dazu sei Ihnen hier auch gratuliert. Ich finde, man muss zu Erfolgen beglückwünschen, auch wenn es kleine Erfolge sind.

(Volker Dornquast [CDU]: So eine Arranz!)

- Nein, das ist so. Ich meine das ganz ernst. Er erwähnt das extra für das Protokoll, und ich gebe ihm auch noch recht. Das ist auch nicht in Ordnung? Was denn nun? Ein bisschen recht geben muss ich Herrn Kollegen Vogt schon dürfen.

Was das Zweite angeht: Ich war zunächst bei den Zahlen, die die Union in ihrem Antrag genannt hat. Aber es ist nett, dass Sie sich wacker für die schwächeren Kollegen ins Zeug werfen.

(Dr. Ralf Stegner)

Was Sie von der FDP angeht, so bleibt auch Ihr Vorschlag unter 2 % beziehungsweise 3 %; denn der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, dass man anders ansetzen muss, wenn man am Ende bei 2 % landen will. Es sind nämlich die Flächen, wo das nicht geht, auszuschließen. Wenn wir bei 2,0 % beginnen würden, lägen wir am Ende logischerweise unter diesem Wert. Es ist übrigens egal, Herr Kollege Vogt, ob es am Ende 0,8 %, 1,1 % oder 1,6 % sein werden; es sind jedenfalls zu wenig.

Herr Kollege Vogt, ich habe übrigens den Eindruck, dass Sie gar nicht sagen wollen, welche **Kriterien** nach Ihrer Auffassung nicht mehr gelten sollen. Dann allerdings entsteht der Verdacht, dass Sie die **Ausweitung der Landesfläche** erwägen. Ich frage Sie: Müssen die Nachbarn in Mecklenburg Vorpommern oder in Niedersachsen Angst haben? Sie müssen uns endlich einmal erklären, wie Sie das Problem lösen wollen. Mit der Landesfläche Schleswig-Holsteins ist Ihr Vorschlag jedenfalls nicht umsetzbar. Da wir gänzlich friedliebend sind, stelle ich fest, dass wir unser Landesgebiet nicht erweitern wollen. Wir müssen das Problem schon in Schleswig-Holstein lösen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber furchtbar gern.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Dr. Stegner, das, was Sie erzählt haben, war hoch interessant. Aber die Frage, was Sie eigentlich vorschlagen, bleibt offen. Wie wollen Sie das Problem lösen, dass es große Konflikte im Land gibt, dass Dörfer entzweit werden? Einige Landwirte profitieren, gerade im Südosten; dort gibt es fast keine **Bürgerwindparks**. Investoren kommen und stellen große Windräder hin. Aber viele Einwohner haben Angst um den Wert ihrer Immobilie und um ihre Gesundheit. Das Problem hat auch der Ministerpräsident angesprochen. Was also schlagen Sie konkret vor? Wenn Sie unsere Vorschläge so umfangreich kritisieren, dann müssen Sie doch auch einmal sagen, was Sie vorschlagen. Das fehlt mir bisher in der Debatte.

- Herr Kollege Vogt, Sie machen ja gar keine Vorschläge. Sie haben vielmehr pauschale Behauptungen aufgestellt und pauschale Berechnungen ange-

stellt. Sie fragen danach, was wir tun. Wir versuchen, in einem umfangreichen **Dialogverfahren**, über das ich seit 15 Minuten spreche, diese Kriterien mit den Bürgerinnen und Bürgern landesweit zu erörtern - so, wie der Umweltminister es tut, was den Netzausbau angeht. Wir sind landesweit unterwegs. Die Schwierigkeiten, die mit dem Prozess verbunden sind, habe ich beschrieben. Was dabei herauskommt, sagen wir Ihnen am Ende des Prozesses. Alles andere wäre doch überhaupt nicht sinnvoll. Den Dialog nähme doch sonst niemand ernst. Eine genaue Lösung erst zu finden, ist doch der Sinn des Dialogs, Herr Kollege Vogt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber Vorfreude ist ja bekanntlich die schönste Freude, Herr Kollege Vogt. Deswegen verspreche ich Ihnen: Es wird noch im Laufe dieser Legislaturperiode - der nächste Vorschlag wird nach der Sommerpause vorliegen - eine Antwort erfolgen. Dann werden wir Gelegenheit haben, darüber mit Ihnen zu debattieren. Es wäre mir eine sehr große Freude, wenn Sie an dieser Debatte wieder so qualifiziert teilnehmen würden wie gerade eben.

Ich will noch auf etwas hinweisen: Wenn wir von 2 % der Landesfläche reden, heißt das im Umkehrschluss, dass 98 % der Landesfläche nicht betroffen sein werden. So viel Mathematik muss sein. Das sage ich vor allem deswegen, weil wir die Dimension unserer Debatten richtig justieren sollten. Sonst liegen wir daneben, wenn wir die Lage insgesamt betrachten.

(Beifall SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben mit der direkten **Beteiligung der Menschen an Bürgerwindparks** außerordentlich gute Erfahrungen gemacht. Das will ich ausdrücklich herausstellen. Die anstehenden Ausschreibungen werden es uns nicht leichter machen. Das war ein schwieriger Punkt in den Berliner Gesprächen. Wir hätten uns insoweit mehr gewünscht; das will ich deutlich sagen. Ein paar Schutzmechanismen sind eingebaut worden. Man wird sehen müssen, wie sich das mit dem Wettbewerb entwickelt.

Für die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses will ich deutlich sagen: Wir sollten prüfen, wie wir die Chancen auf Bürgerbeteiligung besonders hoch halten und wie wir die Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern einbeziehen können, wo es eine aus meiner Sicht sehr interessante gesetzliche Vorgabe zur **Beteiligung an Windkraftanlagen** gibt.

(Dr. Ralf Stegner)

Das Gesetz wurde dort im Frühjahr beschlossen und ist vor Kurzem in Kraft getreten. Die Sozialdemokratie in diesem Hause ist sehr offen für ein solches Gesetz. Wir glauben, dass es wirklich gut ist, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen und nicht Abstimmungen zu haben nach dem Motto: Alle, die davon profitieren, sind dafür, und alle anderen sind dagegen. Sankt Florian ist kein gutes Prinzip. Beteiligung ist ein gutes Prinzip.

Ich habe vorhin mit dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern gesprochen. Die Erfahrungen, die man dort am Anfang gemacht hat, sind positiv. Wir sollten sie prüfen. Wenn das passt, sollten wir das in der nächsten Legislaturperiode auch hier beschließen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Unruhe)

- Sie sind schon lustig. Wir arbeiten hier vier Jahre all das ab und räumen mit dem auf, was Sie alles angerichtet haben, beschließen das Gegenteil,

(Lachen CDU und FDP)

führen umfassende **Anhörungen der Bürgerinnen und Bürger** durch und sagen: Ja, natürlich geht nicht alles von heute auf morgen. Wenn es solche Gesetze gibt wie zum Beispiel das mit der Beteiligung an Bürgerwindparks, sich erst einmal die Folgen anguckt und nicht gleich sagt, wir machen das im Hopplahoppverfahren, ist das seriöse Regierungspraxis und seriöses politisches Handeln. Das sollten Sie uns nicht vorhalten. Seien Sie sicher: Wenn wir sagen, in der nächsten Legislaturperiode, dann zeigt das die Zuversicht, die wir haben, dass wir als Küstenkoalition die Regierungsverantwortung in der nächsten Legislaturperiode behalten werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Insofern haben Sie mich richtig verstanden. - Herr Kollege, Sie schaffen das mit Ihren Zwischenrufen.

Wir müssen darüber hinaus Fragen des **Repowering** einbeziehen. Auch hier schreitet die Forschung ständig voran und gibt uns neue Möglichkeiten einer effizienteren Nutzung.

(Christopher Vogt [FDP]: Das steht in unserem Antrag!)

- Herr Kollege Vogt, das steht in der Tat in Ihrem Antrag drin, das hat Herr Kumbartzky in seiner Rede hier nicht so erwähnt, macht aber nichts.

(Christopher Vogt [FDP]: Doch, hat er!)

- Ich habe davon in seiner Rede nicht viel gehört, egal. - Auch da gibt es technische Möglichkeiten. Vielleicht liegt ja beim nächsten Innovationsprung beim Thema Repowering die Chance, einen Teil der negativen Folgen, die wir durch viele Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein für die Betroffenen haben, ein bisschen stärker minimieren zu können. Ich weiß es nicht, aber ich habe da durchaus Vertrauen in die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung. Wir werden das sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, übrigens sind auch die Kosten der Energiewende ein Beispiel für die **Solidarität zwischen den Generationen**. Auch darüber müssen wir reden. Denn Energiewende heißt natürlich auch, nicht mehr das zu tun, was wir bei atomaren und fossilen Energieträgern gemacht haben, unseren nachfolgenden Generationen zum Teil Lasten zu hinterlassen, mit denen die sich Aberjahrtausende zu befassen haben, was das alles kostet, was da bewacht werden muss - von anderen Folgen ganz zu schweigen. Das ist bei den erneuerbaren Energien nicht der Fall. Auch deswegen darf man davon meiner Meinung nach nicht abgehen.

Wir müssen heute in Teilen für die **Einführung der erneuerbaren Energien** ein bisschen mehr zahlen, damit künftige Generationen günstig leben können, weil sie von der Energiewende profitieren werden, wenn wir sie richtig machen.

Dadurch wird die Energiewende aber auch zu einer stärkeren politischen Herausforderung. Ich habe es schon oft gesagt, und es bleibt meine Überzeugung: Die **Energiewende** ist eine Jahrhundertchance für Schleswig-Holstein, wir sollten sie beherzt ergreifen. Das ist die Verantwortung, die wir übernehmen wollen und müssen. Das geht mit Standfestigkeit und Dialogbereitschaft, das geht nur mit klarem Kurs und nicht mit der Oppositionshaltung, die Sie hier an den Tag gelegt haben, jedem recht zu geben, der gerade bei Ihnen ist, und gleichzeitig Unvereinbares zu fordern.

Oder um es etwas poetischer auszudrücken, lassen Sie mich mit einem Zitat aus Wilhelm Müllers Gedichten zu Schuberts Winterreise schließen, weil das so wunderschön passt:

„Die kalten Winde bliesen
Mir grad' ins Angesicht,
Der Hut flog mir vom Kopfe,
Ich wendete mich nicht.“

Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

(Zurufe)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Klima steckt in der Krise. Kein Mensch bezweifelt das auch angesichts zunehmender Unwetter, ausgenommen vielleicht die AfD und Donald Trump. Was wir zurzeit beobachten, lässt sich nur schwer mit dem Wort „Klimawandel“ beschreiben. Das klingt so harmlos und gottgegeben. Mein Gott, dann wird's halt ein bisschen wärmer im Sommer.

Das ist Quatsch. Die **Veränderung des Klimas**, das Abschmelzen des Eises, der Anstieg des Meeresspiegels führen uns in eine Krise, eine Krise, in der wir schon mitten drinstecken. Dieser Verantwortung müssen wir uns stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Wir drohen sehenden Auges in Horrorszenarien von massiver Flucht und Vertreibung, Kriegen um Wasser, Verwüstung von Lebensräumen, Überschwemmungen und Dürren zu laufen. Diese Horrorszenarien sind und werden Realität, vielleicht nicht für uns hier, aber mindestens für unsere Kinder und Enkel. Es ist jetzt die Zeit, dem entschlossen entgegenzutreten. Ein Energiewendegesetz, das diesen Namen verdient, wäre ein wichtiger Schritt dahin gewesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SSW)

Noch besser wäre zeitgleich ein **Klimaschutzgesetz** mit Kohleausstieg und verbindlicher CO₂-Minderung, aber auch das weigert sich die Bundesregierung vorzulegen.

Ich frage mich wirklich, wo der konservative Ansatz des Erhaltens, was gut ist, liegt, wenn das Klima weiter mutwillig geändert wird. Ich frage mich wirklich, wo der Ansatz der **Gerechtigkeit** liegt, wenn wir auf Kosten anderer Regionen dieser Erde und auf Kosten unserer Kinder und Enkel leben.

Ich frage mich auch, ob es kluge Politik für Deutschland ist, wenn wir die Technologieführerschaft bei den Erneuerbaren anderen Teilen der Welt überlassen. Ich möchte, dass hier zukünftig Windmühlen gebaut werden statt U-Boote. Das wären die richtige Antwort und eine kluge Wirt-

schaftspolitik, um das Thema **Rüstungsindustrie** noch einmal aufzugreifen.

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir alle erinnern uns noch an den Titel der Klimakanzlerin Merkel. Davon sind heute nur noch Rhetorik und PR geblieben. Vor Kurzem ließ man sich noch für den Weltklimavertrag in Paris feiern, und jetzt wird das EEG verkorkst. Lippenbekenntnisse reichen nicht. Merkel wird erst dann zur Klimakanzlerin, wenn es uns gelingt, die heiße Luft von Sonntagsreden zur Stromerzeugung zu nutzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es reicht ja nicht, dass der Großen Koalition offensichtlich der Wille und die Ideen für eine **klimagerechte Transformation** fehlen, nein, sie legt auch noch denen aktiv Steine in den Weg, die die Probleme anpacken wollen wie dieser Regierung. Auf dem sogenannten Energiewendegipfel hagelte es Rückschläge für Windkraft, Solarenergie und Bürgergenossenschaften.

Die **Klimaschutzziele von Paris** verlangen, dass unser **Ökostromanteil** 2025 etwa 60 % beträgt. Die Bundesregierung plant bis 2025 maximal 40 bis 45 %. Es hat weniger als sechs Monate gedauert, um die Ziele von Paris zu vergessen. Diese klimapolitische Demenz wird uns noch teuer zu stehen kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Was hat der Energiewendegipfel gebracht? - Eine Wende ja, aber nicht für die Energiewende. Der Ökostromdeckel bleibt unverändert, Windkraft an Land wird gebremst, der Norden wird zum Netzengpassgebiet erklärt, neue Vergütungskürzungen bei Windkraftprojekten, Bürgerwindparks bleiben weiter bedroht. Kurz: Die Bundesregierung kann und will die Energiewende einfach nicht umsetzen, die Küstenkoalition schon.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben die Windenergie in Schleswig-Holstein ausgebaut. Als Land zwischen den Meeren müssen wir dieses Potenzial nutzen. Das ist logisch und sinnvoll, weil hier der Wind weht.

Das tun wir bereits. Mehr als 6,5 GW installierte **Leistung aus Windenergie** sind an das Netz angeschlossen. Natürlich brauchen wir auch mehr Netze, das ist gar keine Frage. Wir brauchen aber auch Forschung zu **Speichermöglichkeiten**, und wir

(Eka von Kalben)

brauchen die Möglichkeit, Strom vor Ort nutzen zu können. Wir haben bereits heute die 100 % aus erneuerbaren Energien erreicht. Unser Ziel bleibt, die gesamte Stromerzeugung aus Kohle und Atom von 42 TWh aus Erneuerbaren zu erzeugen. Daran hat sich nichts geändert. Was sich geändert hat, ist der Zeitkorridor, in dem wir dieses Ziel erreichen werden. Wir passen den Weg unter anderem auch deshalb an, weil uns das **Urteil aus Schleswig** drei Jahre Zeitverzug eingehandelt hat, weil sich Offshore langsamer und weniger kostengünstig als 2011 angenommen entwickelt hat.

Wenn wir die 42 TWh bis 2020 erreichen wollten, hätte das in den nächsten drei Jahren bedeutet, doppelt so viele Windkraftanlagen zu bauen wie in den letzten drei Jahren. Das wäre weder vernünftig noch realistisch. Die Gefahr wäre groß gewesen, auf diesem Weg die wichtigsten Partnerinnen und Partner, nämlich die Bürgerinnen und Bürger, zu verlieren.

Wir wollen die Energiewende, aber keine Wende gelingt ohne den **Rückhalt in der Gesellschaft**. Die jüngsten Entwicklungen vom OVG-Urteil bis zum Energiegipfel haben das Thema ordentlich aufgewirbelt. Jetzt gilt es, bei aller Aufgeregtheit die Energiewende geordnet weiter voranzubringen.

Liebe Opposition, lieber Herr Günther, lieber Herr Kumbartzky, wenn auch Sie die Energiewende wollen - was Sie ja behaupten -, dann müssen Sie doch Teil derer sein, die die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass es sinnvoll und richtig ist, und nicht diejenigen, die hier nur populistisch gegenanreden, sondern Sie müssen mit Teil derjenigen sein, die sich dafür verantwortlich fühlen, dass die Energiewende in Schleswig-Holstein gut gelingt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Flemming Meyer [SSW])

Wenn ich sage, dass wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen wollen, spreche ich von Bürgerinnen und Bürgern mit unterschiedlichen Interessen; auf der einen Seite stehen natürlich die, die sich durch Windkraftanlagen gestört fühlen, die sich Sorgen um ihre Gesundheit machen, um die Natur, um das Landschaftsbild und vielleicht auch um ihre Existenz. Natürlich gibt es da eine Diskussion um **Forschungsergebnisse** und um das, was nicht oder noch nicht bewiesen ist. Wer will das nicht besser verstehen als wir? Wir haben oft über Forschungsergebnisse gestritten, wenn es zum Beispiel um Krebserkrankungen und Atomkraftwerke ging.

Trotzdem müssen wir doch weiter planen - und das ist genau das, was diese Landesregierung macht - und aufklären. Wir haben gerade jetzt einen Workshop zum Infraschall und den Auswirkungen gehabt. Natürlich müssen wir dann auch irgendwann auf wissenschaftliche Ergebnisse und auf das Bundesimmissionsschutzgesetz zurückgreifen. Das ist doch völlig logisch. Wie soll man denn sonst Politik machen? - Wir können es ja nicht nur nach gefühlten Risiken machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir müssen versuchen, neue Antworten auf die Probleme zu finden, ohne uns von der Windenergie zu verabschieden. Ein Beispiel auf diesem Weg ist, das nächtliche Blinken der Anlagen nur noch bedarfsgerecht auszulösen. Ich begrüße sehr, dass das Ministerium dafür nun einen Weg gefunden hat, und zwar einen, der es auch attraktiv macht, bestehende Parks umzubefeuern.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Bürgerinnen und Bürger, die sich einen **Ausbau der Windkraft** wünschen, die der Anblick von Windrädern in der Landschaft vielleicht weniger stört; denn wer findet, dass ein Windpark die Landschaft versandelt, dem empfehle ich dringend eine Reise in die Lausitz, wo Kohle abgebaut wurde, und einen Blick darauf, was für eine Landschaft der Abbau fossiler Brennstoffe hinterlässt, und zwar irreversibel. Windräder lassen sich - sollte sich die Technologie weiterentwickeln, und das tut sie ja ständig - auch wieder abbauen. Das ist, wie wir alle wissen, zum Beispiel bei Atomkraftwerken und deren Rückbau deutlich schwieriger.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, es gibt nicht den einen Bürgerwillen. Liebe CDU und FDP, Sie fordern größere Abstände zu Bewohnung - höhenabhängig oder nicht. - Das kann man machen, und das trifft auch bestimmt den Nerv von ganz vielen Menschen in der Bevölkerung heute. Es ist sehr beliebt, das zu fordern. Aber dann muss man auch so ehrlich sein zu sagen, wo man denn stattdessen bauen will.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

(Eka von Kalben)

Oder man muss sich von den 2 % Fläche und dem Ausbauziel 300 % verabschieden. Das ist doch erst einmal völlig logisch, unabhängig davon, wie die Zahlen ganz konkret sind. Kollege Stegner hat es gesagt: Es ist auf jeden Fall so, dass, wenn an einer Stelle ein Rad gedreht wird, an einer anderen Stelle sich das Rad in einer anderen Weise dreht.

Was nicht geht, ist zu sagen: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! Sie sagen: Mit uns gibt es auch einen Atomausstieg, und wir wollen auch, dass der Klimawandel begrenzt wird. Aber niemand soll dadurch eingeschränkt werden. Wir wollen jetzt auch nicht zu sehr an unseren Lebensstil rumrödeln. Wenn wir ein paar Energiesparlampen kaufen, dann muss das aber auch mal reichen. - Und zu teuer darf es auch auf keinen Fall werden, weil dann sofort die Frage kommt: Was ist denn jetzt eigentlich mit den Strompreisen, wieso steigen die denn schon wieder, was habt ihr da für Antworten?

Das geht nicht. Sie können nicht dies alles fordern und gleichzeitig sagen: Wir erhöhen die Abstandsflächen und bitte, wenn irgendjemand sagt, er wolle keine Windenergie, dann lassen wir es. - Sie müssen sich entscheiden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Günther, Sie werfen uns vor, die Regierung sei nicht konkret genug. Das ist übrigens auch ein beliebter Widerspruch, dass wir auf der einen Seite nicht transparent genug seien, wenn wir dann aber die Sachen vorlegen, dann wird uns vorgeworfen, wir machten die Bevölkerung verrückt, weil wir 7 % Flächen schon mal zur Diskussion ins Netz gestellt haben. Wenn wir sagen: Das ist jetzt hier unser Erlass, unser Vorschlag, über den wir konkret diskutieren, dann ist das schon zu festgelegt, aber auf der anderen Seite ist auch das wieder nicht konkret genug. - Das ist so unlogisch und so ein Wirrwarr in dem, was Sie uns vorwerfen, dass nicht wirklich deutlich wird, was die echte Kritik von Ihnen an uns ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Der inhaltliche Unterschied, lieber Herr Günther, den ich bei Ihnen sehe und aus Ihrer Rede herausgehört habe, ist, dass Sie sagen: Die Abstände zur Bebauung könnten zulasten des **Naturschutzes** und des Landschaftsschutzes gehen. - Das ist einer der wenigen Unterschiede, bei denen Sie gesagt haben: Für uns ist der Mensch wichtiger als die Natur. - Darüber können wir streiten. Wir sehen es komplett anders, wir finden beides wichtig, aber okay.

(Christopher Vogt [FDP]: Ihr Minister will auch größere Abstände!)

- Der andere Unterschied, den Sie von der FDP deutlich gemacht haben, ist, dass Sie sagen: Das Ausbauziel ist zu groß, wir müssen auf die Bremse treten. - Gut, dann muss man aber auch so ehrlich sein zu sagen: Dann wird das mit dem Atomausstieg und mit dem **Klimaschutz** eine schwierige Geschichte.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

Das sind die beiden einzigen deutlichen Unterschiede, die ich hier heute gehört habe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Fraktionsvorsitzenden Daniel Günther?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Daniel Günther [CDU]: Frau Kollegin von Kalben, in dem Artikel aus der „sh:z“, den ich vorhin zitiert habe, in dem der Herr Energiewendeminister ja das Verschieben der Energiewende auf 2030 angekündigt hat, was Sie jetzt so massiv kritisieren, hat Herr Habeck gleichzeitig gefordert: Der Abstand zu Siedlungen soll erhöht werden. - Darf ich Ihre Rede jetzt so verstehen, dass Sie das Ansinnen des Ministers nicht mittragen?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich verstehe das Ansinnen des Ministers so, dass wir natürlich **Abstandsflächen** diskutieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Aha!)

- Ja, das ist ja gar keine Frage, das war aber auch vorher schon so.

(Daniel Günther [CDU]: Nein! - Christopher Vogt [FDP]: Wenn wir Vorschläge machen, ist das Populismus!)

- Sie können Vorschläge machen, es ist nur so: Jeder Abstand, egal ob wir den vorschlagen oder Sie

(Eka von Kalben)

den vorschlagen, muss immer deutlich machen, an welcher Stelle man denn dann bitte schön stattdessen etwas verändern will. Natürlich muss man das. Das ist doch eine Logik. Wenn ich sage, ich habe soundsoviel Prozent Fläche und erhöhe da den Abstand, dann muss natürlich ein Gegenvorschlag kommen. Entweder haben wir dann weniger als 2 % Fläche, oder es gibt andere Abstände. Das ist ein Zahlenwerk. Wenn Ihnen da die Zahlen fehlen - wir werden Überweisung beantragen -, dann können Sie sich das gern im Ausschuss noch einmal genau darlegen lassen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Ja, ich wünsche es mir sogar. Das ist keine Gnade oder so etwas, sondern ich möchte, dass Ihre Vorschläge im Ausschuss gestellt und debattiert werden und dass Sie dann deutlich sagen, an welchen Tabukriterien Sie denn drehen wollen, um das zu verändern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Da ich der Meinung bin, dass wir sehr gute Politik machen, habe ich auch überhaupt keine Sorge, das im Ausschuss mit Ihnen zu diskutieren.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine zweite Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Frau Kollegin, das finde ich hoch interessant. Noch einmal: Wir haben im Dezember bereits Vorschläge gemacht, ein Vier-Punkte-Papier vorgelegt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nee!)

- Doch, Herr Kollege. Dazu wurde im Ausschuss sogar eine schriftliche Anhörung mit der Begründung abgelehnt, wir würden Populisten hinterherlaufen, es sei unseriös, daran zu rütteln, dass man die Abstände irgendwie verändert.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr habt keine Vorschläge ge-

macht! Wir haben ja gefragt: Was wollt ihr denn?)

- Contenance, Herr Kollege!

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich hätte ganz gern, dass Sie mir die Frage stellen, weil ich gerade hier vorne bin.

- Genau, das würde ich auch befürworten. Frau von Kalben, Sie haben ja gesagt, man dürfe von dem 300%-Ziel nicht abweichen, wenn man die Energiewende nicht gefährden wolle. Und bei den Abständen muss man sagen, wo man sonst etwas verändern will. - Noch einmal: Wir warten wirklich mit Hochspannung auf Ihr Konzept. Bisher gibt es nur Andeutungen. Der Minister hat auch am letzten Mittwoch im Wirtschaftsausschuss noch einmal gesagt: Ja, man muss über die Abstände reden. - Da freuen wir uns dann auf Ihre Vorschläge. Auch zu dem 300%-Ziel - der Kollege Kumbartzky hat das vorhin angesprochen - hat er gesagt: Na, die 300 % sind eine Zahl - ob das am Ende 270 % werden oder sonst etwas -, da muss man mal gucken. - Da haben Sie eben auch gesagt: Wer davon abweicht, der gefährde die Energiewende. - Frau Kollegin, noch einmal, wenn man das 300%-Ziel im Jahre 2016 mal eben vom Jahr 2020 auf das Jahr 2030 hinausschieben kann, dann ist das vielleicht ein Anzeichen dafür, dass das jetzt nicht so hundertprozentig seriös ist, dass davon jetzt das Gelingen oder Nicht-Gelingen der Energiewende abhängt. Oder sehe ich das falsch?

(Beifall FDP)

- Das sehen Sie falsch. Es ist so, dass wir in Schleswig-Holstein natürlich an dem 300%-Ziel festhalten. Und 300 % bedeuten zu dem Zeitpunkt, als das festgelegt wurde, 42 TWh, und genau daran halten wir fest. 300 % von irgendwas ist natürlich immer ein schwieriges Ziel, weil man sagt, wenn der Energieverbrauch steigt, dann wären es viel mehr als 42 TWh, wenn der **Energieverbrauch** sinkt, wäre es viel weniger. Wir haben gesagt: Wir wollen diese 42 TWh erreichen. Das bleibt unser Ziel. Wir sind in Schleswig-Holstein weiter als in anderen Ländern. Deshalb brauchen wir auch dieses Ziel, weil die anderen Länder nicht hinterherkommen und nur Schleswig-Holstein überhaupt noch dafür sorgen kann, den **Klimawandel** einigermaßen aufzuhalten.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Die **Energiewende** ist nicht alternativlos. Wir können auch weitermachen und im wahrsten Sinne des Wortes auf die Sintflut nach uns warten. Wir können bei fossiler Energie bleiben, also bei Kohle und Öl, bis wir die Erde bis in den letzten Winkel ausgeraubt haben.

Und wir können auch bei der Atomenergie bleiben - die neue Partei will das ja, glaube ich - und mit dem Einzigen, was an ihr sicher ist, leben: der Unsicherheit. Wir können auch weiter Atommüll auf Vorrat für eure Generationen produzieren, ohne zu wissen, wohin damit. All das ist theoretisch und praktisch möglich. Aber gerecht ist das nicht,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

weder für den Rest der Welt, noch wäre das enkelgerecht. Die Energiewende kommt, weil sie moralisch geboten ist, nicht weil technisch kein Weg an ihr vorbeiführt. Deswegen braucht es auch eine aktive Anstrengung, damit sie gelingt. Die Landesregierung hat sich in Berlin für dieses Ziel stark gemacht und viel erreicht. Ohne das Einwirken unseres Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein wären die Einschnitte der Union noch fieser gewesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wo waren denn Ihre Vertreter in der Debatte? Wo war denn Ihr Spitzenkandidat, Herr Liebing? Wo ist der Einsatz der CDU-Fraktion für die Interessen des Nordens?

Diese Landesregierung hat für unseren Standort gekämpft. Herzlichen Dank für diesen Erfolg, lieber Torsten Albig!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Energiewende ist der Kern grüner Politik. Ohne Grüne gelingt die energiepolitische Transformation nicht.

(Heiner Rickers [CDU]: Da klatschen nicht mal Sie selbst! - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volker Dornquast [CDU]: Das dauert ein bisschen!)

- Es ist vielleicht mittlerweile so klar für uns, dass es eine Selbstverständlichkeit ist.

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich schließe mit einem Satz, den US-Präsident Barack Obama vor Kurzem gesagt hat:

„Wir sind die erste Generation, die die Folgen des Klimawandels spürt, und wir sind die letzte, die etwas dagegen tun kann.“

Also: Tun wir es jetzt! - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Spaßvogel sagte einmal: Wenn es keinen Strom gäbe, müssten wir bei Kerzenlicht fernsehen.

Eines ist klar: Ohne Energie ist unser modernes Leben nicht denkbar. Wir wissen aber auch alle, und ich glaube, die Bürger sind sich da einig: Die Energieerzeugung aus Kohle, Erdöl oder sonstigen fossilen Energiequellen muss drastisch eingeschränkt werden, um den **Klimawandel** zu begrenzen.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Dass jetzt der SPD-Chef Sigmar Gabriel Milliarden von Steuergeldern in neue Kohlekraftwerke stecken will, ist deshalb genauso falsch wie die Tatsache, dass unser Umweltminister Habeck neue Ölbohrungen im Land verteidigt.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Quatsch!)

Zugleich wollen die Menschen die Hochrisikotechnologie der Atomenergie nicht. Auch da besteht Eignigkeit und lassen wir uns nicht auseinanderdividieren. Ohne Frage liegt die Zukunft in den **erneuerbaren Energien**. Um aber die Ziele zu erreichen, ist noch eine Reihe von Problemen zu überwinden.

Das erste Problem ist das Problem der **Grundlastfähigkeit**: Wie können wir sicherstellen, dass trotz schwankender Stromerzeugung aus Sonne und Wind immer die benötigte Energie zur Verfügung steht? Nur wenn das gelingt, können auch genügend Kraftwerke abgeschaltet werden, deren Strom zurzeit die Netze verstopft.

Ein weiteres Problem ist: Wohin mit dem Strom aus den Spitzenzeiten, zu denen mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird, als gebraucht

(Dr. Patrick Breyer)

wird? In Schleswig-Holstein lagen die Abschaltungen im letzten Jahr auf einem Rekordwert. Ich kann nachvollziehen, dass man auf Bundesebene entschieden hat, die Stromverbraucher nicht für immer mehr Abschaltungen in Engpassgebieten bezahlen zu lassen und dieses Problem jetzt auch zu lösen.

Wichtig ist: Die Energiewende ist kein Selbstzweck. Sie ist auch keine Ideologie, und auch Zahlenvorgaben dürfen nie zur Ideologie erhoben werden. Die Energiewende ist für uns auch kein Industrieprojekt, unser Land ist ja kein Industriegebiet. Sie muss ihren eigentlichen Zweck erreichen, nämlich den Klimawandel zu stoppen.

(Uli König [PIRATEN]: Genau! - Beifall Uli König [PIRATEN])

Solange die CO₂-Emissionen in Deutschland sogar wie im letzten Jahr ansteigen, erreicht sie dieses Ziel eben nicht, auch das muss man ganz klar sagen. Es ist nichts für den Klimaschutz gewonnen, wenn zum Beispiel CO₂-Zertifikate aus der Abschaltung alter Kraftwerke von Industriebetrieben gekauft und zusätzlich verfeuert werden. Es nutzt nichts, wenn wir in Deutschland weniger emittieren, weil Betriebe nach China verlagert werden und dort vielleicht noch größere Mengen ausstoßen.

Auch die Bereiche Landwirtschaft und Forstwirtschaft sowie der Verkehrsbereich haben im vergangenen Jahrzehnt nahezu überhaupt nichts zum Klimaschutz beigetragen. Deswegen sage ich: Die **Energiewende** wird ohne eine **Verkehrswende** und ohne eine **Wärmewende** nicht funktionieren. Wir brauchen ein Gesamtkonzept für alle Produzenten von Treibhausgasen, und zwar eines, das auch auf internationaler Ebene funktioniert und abgestimmt ist.

(Beifall PIRATEN)

Dazu brauchen wir endlich auch einen funktionierenden Zertifikatehandel, nicht das bisherige System, das überhaupt nicht die Ziele erreicht, die damit verbunden sind. Wir brauchen auch keinen SPD-Vorsitzenden Gabriel, dem der Schutz des Geschäftsklimas wichtiger ist als der Schutz des Weltklimas und dem nicht zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Kohlebranche wichtiger sind als der notwendige Strukturwandel und Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

In Bezug auf Herrn Gabriel will ich gar nicht auf die Themen Vorratsdatenspeicherung oder TTIP zu reden kommen, sonst würde ich hier gar nicht mehr mit meiner Rede zu Ende kommen.

(Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Peter Eichstädt [SPD])

- Fakt ist aber, Herr Kollege Eichstädt: Solange es kein zielführendes und abgestimmtes Gesamtkonzept gibt, so lange werden ehrgeizige Einzelmaßnahmen von Schleswig-Holstein auf Bundesebene oder international konterkariert werden und verpuffen, und so lange werden unsere Bürger nicht bereit sein, große Opfer zu bringen, um diese Einzelmaßnahmen umzusetzen.

Deswegen sagen wir PIRATEN seit Jahren - und ich freue mich, dass es auch unser Energiewendeminister Robert Habeck nun verstanden hat -: Die Energiewende geht nicht mit der Brechstange oder der Planierraupe, sondern nur zusammen mit den Bürgern. Versuchen Sie es deswegen nicht mit dem Kopf durch die Wand. Laut „Kieler Nachrichten“ soll das ja mein Metier sein, wobei es manchmal erstaunlich ist, wie schnell die Wand in sich zusammenfällt, wenn man es denn versucht.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Herr Ministerpräsident: Richtig ist, dass es uns nicht wirklich weiterbringt, wenn 3.000 Bürger auf Regionalkonferenzen sind und gegen die transparente Windenergiepolitik der Landesregierung stehen. Die Frage ist doch eher: Wurden die dort geäußerten Bedenken, Anmerkungen und Befürchtungen wirklich in die Planung mit aufgenommen? Oder dienen diese Regionalkonferenzen nur als Einwegkanal zu den Bürgern, ohne die Rückmeldung dann auch ernst zu nehmen? Dazu wünsche ich mir Aussagen, wenn diese Regionalkonferenzen hier als Beispiele für Beteiligung angeführt werden.

Echte Mitbestimmung ist etwas anderes, als eine vorgefasste Entscheidung nur zu erklären, so wie ich es aus Ihrer Rede verstanden habe. Das ist der Unterschied zwischen der Koalition und uns PIRATEN: Die Koalition will einen Dialog, sie will reden. Wir wollen Mitbestimmung, das heißt: Wir wollen die Bürger entscheiden lassen.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Herr Dr. Stegner: Bürgerbeteiligung bedeutet bei uns nicht wie in Mecklenburg-Vorpommern eine finanzielle Beteiligung der Bürger an Projekten, die diese vielleicht gar nicht wollen. Wenn die Menschen oder eine ganze Gemeinde ein Windparkprojekt nicht haben wollen, ist es doch keine Antwort, ihnen zu sagen: Ihr könnt dieses Projekt, das Ihr nicht haben wollt, finanziell auch noch unterstützen. Das ist doch wirklich ein Hohn, wenn man so auf Kritik antwortet! Natürlich ist ein solches Betei-

(Dr. Patrick Breyer)

ligungsgesetz, wie es es in Mecklenburg-Vorpommern gibt, nicht falsch, aber es ersetzt keine **Mitbestimmung der Bürger**.

Der Energiewendeminister Robert Habeck hat richtig erkannt: Es ist die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom Januar 2015 gewesen, die den Windenergiekonsens in unserem Land zerstört hat. Das Gericht hat nämlich entschieden, dass nach dem bisher geltenden Recht bei der Planung des Windenergieausbaus Gemeinderatsbeschlüsse und Bürgerentscheide nicht verbindlich berücksichtigt werden dürfen. Deshalb gehen auch alle Lösungsvorschläge, die nicht an diesem Punkt ansetzen, am Kern des Problems vorbei, wie es etwa bei den Anträgen von CDU und FDP der Fall ist.

Es ist Fakt, dass man nicht alle Gemeinden und Regionen über einen Kamm scheren kann, sondern dass man unterschiedliche Entscheidungen, Meinungen und Wünsche vor Ort akzeptieren muss. Deswegen fordern wir, dass der Landtag alle gesetzgeberischen Möglichkeiten ausschöpfen muss, um die Planung von Windenergieflächen wieder in Einklang mit dem Gemeinde- und Bürgerwillen zu bringen.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Wir haben einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Wir werben weiterhin um Ihre Zustimmung, auch weil Sie ansonsten solche Umgehungsversuche beobachten können, wie etwa den des Kreises Nordfriesland, der jetzt über Landschaftsschutzgebiete, die nur für Windenergieanlagen gelten sollen, versucht, doch noch Einfluss zu nehmen. So kann es nicht funktionieren. Wir müssen da zu einer echten Mitbestimmung kommen.

Ich bedaure sehr, dass unser Gesetzentwurf im Umweltausschuss erst einmal ausgebremst worden ist, weil er dann für die erste Anhörungsrunde, die jetzt ansteht, noch nicht gelten kann und die Stellungnahmen noch nicht verbindlich zu berücksichtigen sein werden. Dennoch freut es mich, dass die Staatskanzlei versichert hat, dass auch nach der Sommerpause dieses Gesetz noch rechtzeitig wäre, um dann entsprechend in der zweiten Anhörungsrunde noch Stellungnahmen verbindlich einbeziehen zu können. Deshalb danke ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, für Ihre Worte zu unserem Gesetzentwurf. Sie hatten ja in der ersten Lesung schon den richtigen Maßstab gesetzt, nämlich - ich möchte Sie hier zitieren; mit Erlaubnis des Präsidenten -:

„Wenn er sinnvoll und rechtlich praktikabel und nicht offensichtlich rechtswidrig oder

angreifbar ist, dann werden wir ihn umsetzen und ihn uns zu eigen machen.“

Damit können wir gut leben.

Ich sage Ihnen aber auch eins, meine sehr verehrten Damen und Herren, juristische Bedenkenträger werden sich natürlich immer finden. Wenn Sie aber neue Wege bei der Energiewende gehen wollen, dann müssen Sie auch den Mut haben, neue Wege bei den Mitentscheidungsrechten der Bürger und der Gemeinden zu gehen und eben auch rechtlich neue Wege, wie es sie bisher in der Bundesrepublik noch nicht gibt.

Wenn jetzt von der Staatssekretärin Frau Nestle angekündigt wird, man prüfe, **Mindestabstände** vor Ort festlegen zu lassen, ist das schon ein Minischritt auf uns zu, aber noch bei Weitem nicht ausreichend, um die Akzeptanz zu sichern. Denn wie schon mehrfach zitiert gibt es Studien, die auch belegen, dass die Zustimmung oder Ablehnung von **Windkraftanlagen** nicht entscheidend davon abhängt, welcher Abstand da eingehalten wird oder auch nicht. Erst wenn auch ein Nein akzeptiert wird und es dadurch überhaupt erst erforderlich wird, die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen und darum zu werben, können wir in unserem Land wieder einen weitgehenden Konsens herstellen. Auch eine zeitliche Streckung, die ohnehin nicht in der Hand des Landes liegt - das ist schon gesagt worden -, hilft uns dann nicht weiter.

Deshalb liegt der Schlüssel eben nicht in starren Abstandsregelungen, die das ganze Land über einen Kamm scheren.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Der nächste Punkt ist: Wer die Gesundheit der Menschen schützen will, der muss doch damit anfangen, die geltenden Grenzwerte für den **Lärm-schutz** einzuhalten. Das bedeutet im ersten Schritt: Wir brauchen erst einmal korrekte Lärmprognosen. Fakt ist doch, dass Studien eindeutig belegen - und das bestätigt auch die Landesregierung auf meine Anfrage -, dass das bisherige Verfahren zu einer systematischen Unterschätzung der Lärmbelastung bei hohen Windkraftanlagen führt. Deshalb ist es mir auch völlig unverständlich, dass bis heute daran festgehalten wird und nicht sofort die Empfehlungen des entsprechenden Fachgremiums umgesetzt werden. Wir brauchen dann auch konkrete Lärm-messungen mit einem ausreichenden Frequenzspektrum. Es ist gut, dass jetzt ein entsprechendes Messprogramm angekündigt worden ist.

(Dr. Patrick Breyer)

Die Gesundheit der Menschen muss aber auch beim Netzausbau geschützt werden. Denn das Bundesamt für Strahlenschutz berichtet, dass man etwa bei Kindern ein erhöhtes Leukämierisiko ab einer dauerhaften **Strahlenbelastung** von 0,3 bis 0,4 μT im Hinblick auf Starkstromleitungen beobachtet hat. Auch wenn das noch nicht epidemiologisch bestätigt werden konnte, gilt das Vorsorgeprinzip. Deshalb empfiehlt das Bundesamt für Strahlenschutz, neue Stromtrassen so zu planen, dass sie möglichst nicht zu einer zusätzlichen Belastung der Bevölkerung mit elektrischen oder magnetischen Feldern führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, allermindestens muss jedoch der in der Schweiz schon heute geltende Grenzwert von 1 μT beachtet werden. Das fordern wir mit unserem Antrag ein. Und man sollte es auch nicht - wie es der Energiewendeminister tut - noch kritisieren, wenn zur Strahlenminderung Erdkabel verlegt werden und das dann vielleicht etwas länger dauert. Das ist entscheidend für die **Akzeptanz der Bevölkerung** und auch dafür, dass der **Netzausbau** in einem solchen Maß überhaupt umsetzbar ist.

(Beifall Uli König [PIRATEN] - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann strahlt ein Erdkabel nicht? Das ist doch physikalischer Quatsch!)

- Die strahlen nur direkt darüber, Herr Kollege.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, natürlich!)

- Wenn Sie sich damit beschäftigt hätten, wüssten Sie das auch. Wir haben dazu Veranstaltungen gehabt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich muss nicht zu einer Veranstaltung gehen, um das zu wissen! - Zurufe SPD)

- Ich meinte die Veranstaltung der Landesregierung, Herr Kollege. Ich hoffe, Sie waren auch da.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen will, muss auch die Karten auf den Tisch legen. Solange nicht einmal mehr die Genehmigungsanträge für Windkraftanlagen veröffentlicht werden oder immer nur auf unsere Anfragen hin und solange über 80 % der Genehmigungsanträge ohne Öffentlichkeitsbeteiligung entschieden werden, sodass die Bürger quasi davon überrascht werden, dass in ihrer Nachbarschaft plötzlich so eine Anlage genehmigt wird, so lange wird auch der Protest nicht nachlas-

sen. Geheimhaltung und der Eindruck, es würden hier vollendete Tatsachen geschaffen, das zerstört Vertrauen und schürt völlig unnötig den Widerstand der Bürger. Deshalb fordern wir den Umweltminister und Energiewendeminister, Herrn Habeck, mit unserem Antrag auch auf, endlich für eine fortlaufende Veröffentlichung und **Transparenz** der Genehmigungsanträge und ihres Status zu sorgen.

(Beifall PIRATEN)

Dann müssen Sie auch nicht so viele Anfragen beantworten, Herr Ministerpräsident, das ist ja vielleicht auch in Ihrem Interesse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der bekannte Regisseur Woody Allen sagte einmal: Die Zeit ist das Mittel, mit dem die Natur verhindert, dass alles gleichzeitig passiert. Lassen Sie uns deswegen die Energiewende mit Zeit und mit Verstand, vor allem aber mit den Bürgern zusammen angehen. Denn nur so wird sie funktionieren können. Ein simples „Wir schaffen das!“ wird dafür nicht reichen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Als der Atomausstieg in Deutschland parteiübergreifend beschlossen und die Energiewende damit ernsthaft eingeleitet wurde, war klar, dass dies kein Selbstgänger wird. Niemand konnte wirklich erwarten, dass die Umstellung der Energieproduktion von heute auf morgen und reibungslos verlaufen würde.

Die **Energiewende** ist eine politische und gesellschaftliche Mammutaufgabe, deren Herausforderung wir uns immer wieder stellen müssen. Ich möchte aber deutlich sagen, dass wir als Politik diesen Schritt nicht ohne Grund unternommen haben. Klimaforscher und -wissenschaftler warnen seit Jahrzehnten vor den Auswirkungen des Klimawandels und haben immer wieder auf den Treibhauseffekt und die Erderwärmung hingewiesen. Der Klimawandel hat globale Auswirkungen, die nicht endgültig abschätzbar sind. Er wirkt sich auf die Nahrungsmittelproduktion, auf die Wasserverfügbarkeit, den Meeresspiegel, die Gesundheit, auf Tier- und Pflanzenarten sowie auf die Ökosysteme aus. Die globale Veränderung des Klimas hat Aus-

(Flemming Meyer)

wirkungen bis in die kleinsten lokalen Bereiche, und daher verteilt sich die Verantwortung hierfür eben auch auf alle Ebenen.

Seit dem Gipfel in Kyoto wissen wir, dass der Klimawandel nicht vollständig aufzuhalten ist - trotz aller internationalen Bemühungen. Wir müssen dabei erkennen, dass die gesetzten Ziele bisher mehr oder weniger intensiv angegangen wurden. Doch mit dem Klimagipfel in Paris im letzten Jahr hat sich die gesamte Weltgemeinschaft auf einen **Klimavertrag** geeinigt, der erstmals alle Teilnehmerländer zum Handeln verpflichtet. Das neue Abkommen soll 2020 in Kraft treten und enthält Verpflichtungen für alle Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer. Das heißt, um die Erderwärmung zu begrenzen, müssen die Treibhausgasemissionen weltweit zurückgefahren werden. Die dort getroffenen internationalen Verpflichtungen wurden auch von Deutschland unterschrieben, und damit haben wir eine nationale und internationale Verantwortung, der wir auch gerecht werden müssen.

Jetzt hat die Kollegin Eka von Kalben vorhin schon einmal gesagt, dass im Grunde alle bis auf vielleicht die AfD und Donald Trump den Klimawandel nicht bezweifeln. Ich möchte deshalb hier noch einmal aus dem Grundsatzprogramm der AfD zitieren, in dem ein Bild gezeichnet wird, als sei der Klimawandel das Natürlichste der Welt und es nicht erwiesen sei, dass der Mensch darauf Einfluss habe. Wörtlich ist da zum Beispiel nachzulesen:

„IPCC (Weltklimarat) und deutsche Regierung unterschlagen die positive Wirkung des CO₂ auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.“

Also wer mit solchen politischen Botschaften in die Öffentlichkeit geht, der hat den Schuss wirklich nicht gehört.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die AfD streut den Menschen Sand in die Augen, sie macht sich die Welt ganz einfach und weist damit jede Verantwortung von sich.

Die Auswirkungen des Klimawandels auf das **Wetter** sehen wir immer öfter und bekommen es langsam direkt zu spüren. Die jüngsten Unwettergeschehnisse aus Bayern und Baden-Württemberg machen dies wieder deutlich. Kleine Bäche werden zu Wasser- und Schlammlawinen, die alles mitreißen, was im Weg steht. Aber auch die Windhosen

in Schuby oder das, was gestern Abend in Hamburg passiert ist, zeigen mit aller Deutlichkeit, dass die Auswirkungen auch bei uns zu spüren sind.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Uli König [PIRATEN])

Darum sage ich: Auch wir in Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren haben ein ureigenes Interesse daran, die Treibhausgase zu reduzieren und die globale Erwärmung zu begrenzen. Daher müssen wir unseren Teil dazu beitragen, dass dies gelingt.

Öl, Kohle oder Gas sind auf Dauer keine Lösung. Deshalb führt kein Weg daran vorbei: Wir müssen weg von nicht nachhaltigen Energieträgern. Dazu gehört nebenbei gesagt auch ganz klar die Atomenergie. Die Produktion von Atom-Strom ist bei Weitem nicht sauber. Sie ist nicht einmal CO₂-neutral. Sie ist eine risikobehaftete Energieform, die wir nicht kontrollieren können. Dazu kommt das Problem des Abfalls. Wir wissen immer noch nicht, wie wir diesen Müll loswerden. Die Atomenergie schafft Probleme für viele nachfolgende Generationen. Dies müssen wir uns immer vor Augen führen, wenn wir über die Energiepolitik von morgen reden.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt **keine Alternative zur Energiewende**. Daher müssen weiter Anstrengungen unternommen werden, den Mix aus Energieeinsparung, Erhöhung der Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen. Die Energiewende ist die einzig wirkliche Antwort auf diese Probleme.

Das Tempo, in dem die Energiewende umgesetzt werden kann, hängt von den **politischen Rahmenbedingungen** ab. Das EEG ist die rechtliche Grundlage, um den Ausbau der erneuerbaren Energieformen zu ermöglichen und zu steuern. Die technische Entwicklung im Bereich der Erneuerbaren ist immer weiter fortgeschritten. Dies hat auch immer wieder zu Anpassungen des EEG geführt mit dem Ziel, den erneuerbaren Energien den Eintritt in den Strommarkt zu ermöglichen und dabei konkurrenzfähig zu sein.

Zu Recht können wir hier sagen, dass Schleswig-Holstein und insbesondere die hier ansässigen Unternehmen über Jahre vom EEG profitiert haben. Wir haben bei uns im Land schnell verstanden, den geografisch hervorragenden Windstandort zu nutzen, um Strom, insbesondere aus Wind, zu produ-

(Flemming Meyer)

zieren. Die Windbranche in Schleswig-Holstein ist wirklich ein Erfolgsmodell - wirtschaftlich und energiepolitisch. Sie findet auch in der Bevölkerung bei uns im Land immer noch eine breite Unterstützung, denn es ist uns über Jahre gelungen, den Ausbau der Windenergie so zu gestalten, dass sie von den Menschen im Land mitgetragen wurde. Daher wollen wir den Ausbau weiter planvoll steuern.

Die nächste **EEG-Novelle** steht nun an. Die Bundesregierung hatte hierzu einen ersten Vorschlag in den Ring geworfen, der auf dem Energiegipfel im Bundeskanzleramt mit den Ministerpräsidenten diskutiert wurde. Es wurde hart gerungen, denn im dem vorliegenden **Eckpunktepapier** wurden Ziele formuliert, die massive negative Auswirkungen auf unsere Windbranche hätten. Insbesondere ist dabei die erhebliche Drosselung der Ausbauziele zu nennen. Das dort formulierte Ausbauziel von jährlich 2.000 MW - inklusive Repowering - würde die Windbranche enorm treffen. Um es einmal ganz deutlich zu sagen: Die dort formulierten Eckpunkte reichen nicht, um die klimapolitischen Verpflichtungen zu erfüllen, die wir eingegangen sind.

Das war die Ausgangslage für den **Energiegipfel**. Damit war von vornherein klar, dass es äußerst schwierig werden würde, das Maximale für Schleswig-Holstein herauszuholen. Natürlich hätten wir als SSW es sehr gern gesehen, wenn der im Jahr 2014 beschlossene Ausbaukorridor weiter im EEG geblieben wäre. Doch wir müssen erkennen, dass der politische Druck auf die windstarken Länder einfach viel zu groß ist.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist eine bundesweit geltende Mindestausschreibungsmenge von 2.800 MW. Das sind rund 1.000 Windkraftanlagen. Für Schleswig-Holstein bedeutet das, dass wir mit den Standorten Niedersachsen und Nordhessen künftig einen Ausbaukorridor von rund 900 MW haben. Damit wird das Ausbauziel nicht nur bei uns, sondern bundesweit gebremst.

Immer wieder wird in dem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die **Netzkapazitäten** nicht ausreichen und dadurch jährlich Kosten in Höhe von rund 1 Milliarde € entstehen - mit wachsender Tendenz. Daher müsse der Ausbau der Netze mit dem Ausbau der Energieproduktion besser verzahnt werden. Dazu kann ich nur sagen: Die Netzkapazitäten reichen nicht aus, weil sie voll sind mit Strom aus fossilen Kraftwerken.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch!)

Die Netzkapazitäten reichen nicht aus, weil nicht alle Länder den Ausbau der Netze mit gleichem

Elan vorangebracht haben. Im Gegenteil, der Ausbau wurde teilweise sogar blockiert. Wir haben hier unsere Hausaufgaben gemacht, und trotzdem zahlen wir die Rechnung für diese Fehlentwicklung. Vielmehr sehe ich jetzt die Gefahr, dass mit der Drosselung des Ökostromausbaus künftig der Druck auf den Netzausbau genommen wird. Soweit darf es eben nicht kommen. Der Bund muss jetzt dafür sorgen, dass der Leitungsausbau nach Süden endlich besser vorangetrieben wird. Dies wurde bisher kläglich vernachlässigt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bürgerbeteiligung abschaffen!)

Aus schleswig-holsteinischer Sicht sollten wir daher vermehrt ein Augenmerk darauf richten, den bei uns im Land produzierten Strom stärker bei uns zu nutzen.

Aufgrund des Drängens vonseiten der EU-Kommission wird es ein **Systemwechsel** im EEG geben. Künftig ist vorgesehen, von dem bisherigen Förder-system für Windkraftanlagen abzurücken und bei dem größten Teil der Neuanlagen keine **Festpreise** mehr zu zahlen. Stattdessen sollen Neuanlagen nur noch über ein **Bieterverfahren** zugelassen werden. Der Investor soll den Zuschlag erhalten, der das billigste Angebot abgibt. Auch wenn man sich davon verspricht, dass der Strom dadurch billiger wird, sehe ich die Gefahr, dass künftig nur noch große Investoren solche Bieterverfahren gewinnen können. Die Möglichkeit, Bürgerwindparks zu errichten, wird geringer. Damit geht ein wichtiger Baustein zur Wertschöpfung verloren.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Stattdessen sehe ich die Gefahr eines Oligopols in der Windenergie.

Wir müssen erkennen, dass die gefundenen Kompromisse für das EEG und speziell für den Ausbau der Windenergie und damit auch für Schleswig-Holstein suboptimal sind. Ich möchte aber deutlich sagen: Das, was beim Gipfel anfangs auf den Tisch gelegt wurde, ging gar nicht. Die Eckpunkte, die von der Bundesregierung vorgelegt wurden, wären für die Windbranche wesentlich verheerender gewesen als das, was die Ministerpräsidenten herausgeholt haben.

Wir wissen: Schlimmer geht immer. Das wäre auch der Fall gewesen, wenn sich die Vorschläge der CDU-Bundestagsfraktion durchgesetzt hätten. Vonseiten der CDU war vorgesehen, das Volumen von Windstromleistung an Land auf maximal 51 GW

(Flemming Meyer)

bis 2020 zu begrenzen. Für die Windbranche wäre das der Super-GAU gewesen. Soweit ist es Gott sei Dank nicht gekommen. Es wird aber deutlich, dass die CDU hauptverantwortlich ist für die schlechten Konditionen der Windbranche.

(Lachen Wolfgang Kubicki [FDP] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer hat Ihnen so einen Schwachsinn aufgeschrieben?)

Den Ministerpräsidenten der Länder ist es zu verdanken, dass es letztendlich nicht so weit gekommen ist. Mit ihrem Einsatz haben sie unter den gegebenen Umständen erreicht, dass die Energiewende fortgesetzt werden kann.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Windbranche mit den dazugehörigen 150.000 Arbeitsplätzen bekommt damit Planungssicherheit und kann ihre sehr gute Arbeit fortsetzen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, falls einige von Ihnen über diese fliegende Drohne ein wenig irritiert sein sollten: Die ist von dpa und bei der Landtagsverwaltung angemeldet. Sie erfüllt Auflagen, das ist also alles in Ordnung.

Wir fahren fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist keine Kampfdrohne, Herr Präsident!)

- Das ist eine Videodrohne, das ist keine Kampfdrohne.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Kollegen! Wir in Schleswig-Holstein haben uns vorgenommen, so viel Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen wie 2006. 2006 war der Zenit der Stromproduktion in Schleswig-Holstein.

Alle drei Atomkraftwerke liefen in Vollast bis zum Sommer 2007. Das ist auch eine Story der Verfügbarkeit von alten Energiesystemen. Den erneuerbaren Energien wird immer wieder vorgeworfen, sie seien nicht verfügbar, aber im Sommer 2007 fielen in Schleswig-Holstein innerhalb eines Monats das Atomkraftwerk Krümmel durch einen Maschinen-

trafobrand mit Raucheintrag in die Steuerungswarte und das Atomkraftwerk in Brunsbüttel aus. Dort gab es Unwuchten bei einem Generator nach einer Schnellabschaltung, die durch Netzfriktionen von außerhalb bedingt waren und zu einer Schnellabschaltung führten. Danach fing der gesamte Generator an zu zittern. Die Folge war, dass der Betrieb in beiden Atomkraftwerken aus technischen Gründen nach diesen Vorfällen nicht wieder aufgenommen werden konnte.

Von den verbauten 15.000 falschen Dübeln im Atomkraftwerk Krümmel will ich gar nicht reden; vielleicht jedoch noch der Hinweis, dass im gesamten Atomkraftwerk alle Leitungen, Gänge und so weiter an diesen Dübeln hängen. Das haben wir in Schleswig-Holstein erlebt.

Meine Damen und Herren, ich würde nach den Anträgen von der CDU und der FDP schon gern wissen: Wollen Sie das noch? Stehen Sie noch zu dem Ziel, diese Strommenge, die Schleswig-Holstein einmal aus harten Energieträgern erzeugt hat, in Zukunft aus erneuerbaren Energieträgern zu erzeugen? - Wir wollen das.

(Daniel Günther [CDU]: Wann denn?)

Dafür haben wir einen Ablaufplan. Wir wollen die Flächen dafür zur Verfügung stellen, und wir wollen insbesondere der Windenergie die Möglichkeiten geben. Ich frage mich, ob die CDU das noch will, ob sie noch dazu steht. Insbesondere frage ich das auch die FDP.

Meine Damen und Herren, das ist natürlich ein **ökologischer Zielkonflikt**. Jede Windenergieanlage ist ein Eingriff gegenüber Menschen, gegenüber der Natur und in das Landschaftsbild. Wenn man das so will, so berührt ein neuer Windpark, der gebaut wird, natürlich so etwas wie das Heimatgefühl. Das ist eine Veränderung in der Umgebung. Insofern sagen wir: Es ist richtig, dass die Landesplanung, dass die Landesregierung durch Veranstaltungen darauf hinweist, was auf die Menschen und auf die Regionen zukommt. Ich habe an einigen Veranstaltungen teilgenommen. Sie sind sehr gut besucht. Dort wird sehr sachlich diskutiert. Das freut mich. Ich gratuliere Ihnen und der Landesplanung ausdrücklich zu der Durchführung dieser Veranstaltung, Herr Ministerpräsident. Das läuft so, wie ich es mir idealtypisch eigentlich gar nicht besser vorstellen kann, denn es ist natürlich ein Konflikt zu bewältigen.

Meine Damen und Herren, der Atomausstieg ist beschlossen. Der Vertrag von Paris zum Schutz des Klimas ist völkerrechtlich von Deutschland mitent-

(Detlef Matthiessen)

wickelt und beschlossen worden. Das Ziel der maximalen Erderwärmung von 1,5 °C Grad bedeutet einiges. Nach diesen **Pariser Beschlüssen** war eigentlich eine ambitionierte Energiepolitik zu erwarten, es war ein Aufbruch zu erwarten, schließlich ist die Folge der Pariser Beschlüsse: Keine CO₂-Emissionen in Deutschland mehr im Jahr 2040, null Emissionen durch die Stromerzeugung, null Emissionen beim Heizen, null Emissionen beim Verkehr, und was kommt aus Berlin? - Statt eines Aufbruchs Rückwärtsgang. Es stand in den Zielsetzungen des EEG das Wort „mindestens“. Dann kam der Korridor. Nach Paris wird aus dem Korridor nun plötzlich eine Obergrenze.

Jetzt hört man, dass diese Strommengen, die **Schleswig-Holstein** und der Norden produzieren, möglicherweise noch einmal halbiert werden. Und wie wird das begründet? - Mit dem sogenannten Netzengpass. Schleswig-Holstein sei ein **Netzengpassgebiet**. Tatsächlich ist es so, dass Schleswig-Holstein das Land ist, das die meisten Stromabschaltungen aus Netzüberlastungsgründen hat, die sogenannten EisMan-Schaltungen. Fakt ist aber auch, dass Schleswig-Holstein mit dem Netzausbau und der vorgezogenen Bürgerbeteiligung am schnellsten die Planungen zum Ausbau der Leitungen erfüllt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SSW)

Fakt ist, dass die **Westküstenleitung** das Baurecht hat. Ich glaube, die Leitung ist bereits bis Bark gebaut und wird gerade beseilt. Bis Heide besteht jetzt das Baurecht, und die nächsten Abschnitte bis Husum und dann bis Niebüll sind im Verfahren. Die Mittelachse wird zurzeit zwischen Hamburg-Nord und Dollern gebaut. Zur Ostküste war gerade gestern die abschließende Bürgerversammlung. Herr Minister Habeck, für mich war das gestern Abend ein Fest der Demokratie.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war keine leichte Sache. Die Bürgermeister, die sich durch die Verlagerung der Trasse stärker belastet fühlten als vorher, haben natürlich nicht geb jubelt, aber letztlich ist das unter dem Strich ein so partizipativer Vorgang, dass die Region letztendlich den Netzausbau akzeptiert. Wir müssen nämlich von A nach B kommen. Wir haben die vorgezogene Bürgerbeteiligung einmal aus demokratietheoretischen Gründen gewollt, aber Fakt ist: Die Planung wird billiger, weil wir für die Planung Wissen generieren, und es geht auch schneller. Die Planungen

gehen schneller, weil die Bürger weniger klagen, da sie ihre Anliegen schon bearbeitet gefunden haben.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein wird dadurch nicht ein Netzengpassgebiet, sondern wir werden unsere Leistungsabführung aus den künftigen Windenergiegebieten vollumfänglich leisten können; zunächst einmal nach Hamburg. Irgendwann in der Zukunft, sagen wir einmal ab Ende der 2020er-Jahre, kann es vielleicht einmal wieder zu einer Überproduktion kommen, wenn die Ausbauziele so erfüllt werden, aber bis dahin wird Schleswig-Holstein kein Netzengpassgebiet werden. Ich fordere die Landesregierung auf, dies bei den zukünftigen Verhandlungen in Berlin noch einmal zu verdeutlichen.

Schleswig-Holstein jedenfalls organisiert die Leistungsabführung. Verstopft werden die Netze - das wird häufig vergessen - durch große Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke, die noch in Betrieb sind, nicht etwa durch erneuerbare Energien.

Meine Damen und Herren, die weitere Begründung für die Einengung der Windenergie ist die sogenannte **Strompreisbremse**. Das ist ein ganz absurder Vorgang. Die günstigste und wirtschaftlichste Erzeugung wird ausgebremst. Das machen nur Leute, die die Energiewende nicht wollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sigmar Gabriel!)

- Herr Kubicki, seien Sie in dieser Debatte ruhig. Die FDP stellt sich bei „Gegenwind“ hin. Dort stehen große Plakate, die besagen, es sei Gier, in erneuerbare Energien zu investieren. Dort werden gierige finstere Gestalten gezeigt, die dort investieren, und die FDP lässt sich vor diesen Plakaten von „Gegenwind“ beklatschen. Meine Damen und Herren, Bürger und Bauern, Planer und Betreiber vor Ort machen Gewinn, und das ist doch gut so, dass mit der Energiewende und mit erneuerbaren Energien Geld verdient wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur weil Sie daran beteiligt sind, ist das gut?)

- Herr Kubicki, wollen wir hier über persönliche Beteiligungen diskutieren? Sind Sie da der Erste, der sich hinstellt?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So eine Chuzpe. Das muss man sich erst einmal vergegenwärtigen, dass von dem das mit Beteiligungen kommt. Also wirklich.

(Zurufe FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort, nur Sie.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke. - Dass mein Nachbar angesichts der Milchpreise Photovoltaikanlagen auf seinen Gebäuden hat und dass Bauern in Dithmarschen und Nordfriesland Windbeteiligungen haben, ist gut. Nicht ohne Grund hat der Deutsche Bauernverband am letzten Donnerstag die Demo zur Fortsetzung des EEG und zur Fortsetzung der Energiewende in Deutschland in Berlin mit angemeldet.

Aber offenbar verdienen die Falschen. Stromgeld soll aus meiner Sicht auf Fehmarn bleiben und nicht nach Düsseldorf oder Bayreuth gehen. Die Unternehmen hier in Schleswig-Holstein engagieren sich in ihrer Region, sie bauen Breitbandnetze in jedes Haus in Sprakebüll, sie unterstützen die Feuerwehren im Dithmarscher Dorf. Es gibt ein Dorfmobil in Klixbüll.

Meine Damen und Herren, wenn man sich anguckt, dass wir als Markenzeichen von Schleswig-Holstein Bürger-Solarparks, Bürger-Windparks und breite Beteiligung vor Ort haben, dann ist es erstaunlich, dass es eine De-minimis-Regelung gibt, von der ich einmal erklären muss, was das ist: Die EU erlaubt, von Ausschreibungen abzuweichen bis zu sechs Windmühlen. Das entspricht 30 MW. Daraufhin hat dann die Berliner Regierung in ihrem Entwurf zur Änderung des EEG, in ihrem Energiewendegesetz festgelegt, die De-minimis-Regelung in Deutschland soll nur 1 MW sein, nach den neuesten Verhandlungen sogar nur 0,75 MW. Was ist das gaga! Es gibt keine Windmühle am Markt von einem Megawatt. Das geht heutzutage bei 2 oder 3 MW Größe los. Ich weiß gar nicht, ob irgendjemand noch solche kleinen Windmühlen baut. Ich muss hier leider parlamentarisch reden. Aber was ist das, wenn man eine solche De-minimis-Regelung anführt, die am Markt gar nicht realisiert werden kann?

Es ist jedenfalls nicht egal, meine Damen und Herren, wer die Projekte voranbringt, wer das Stromgeld verdient. Unser Markenzeichen sind die **Bürger-Windparks**, die **Bürger-Solaranlagen**. Und wo bleibt die CDU? Was treibt der Landesvorsitzende in Berlin? Was macht er für die Westküste in Schleswig-Holstein? Hat er kein Rückgrat? Er muss sich doch mit breiter Brust vor seine nordfriesischen Bauern und Bürger stellen und nicht abtauchen. Er sieht aber schweigend zu, wie seine Frakti-

on in Berlin die Energiewende an die Wand führt. Schweigen, abtauchen, durchlavieren statt zu kämpfen. Und so einen Laschi wollen Sie am Wochenende zum Spitzenkandidaten küren, meine Damen und Herren? Armes Schleswig-Holstein!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen bei der Energiewende von der Bremse steigen und wieder Gas geben. Schleswig-Holstein jedenfalls wird seinen Beitrag dazu leisten. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich erkläre zunächst den Tagesordnungspunkt 1 A - Regierungserklärung - für beendet; wir kommen aber jetzt noch zu den Abstimmungen über die Sachanträge zu den Tagesordnungspunkten 29 und 37.

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist beantragt worden, die Anträge in der Drucksache 18/4249 (neu) und in der Drucksache 18/4271 (neu) und schließlich den Änderungsantrag in der Drucksache 18/4297 federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Umwelt- und Agrar-ausschuss sowie dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt noch den Tagesordnungspunkt 14 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Schaffung eines Prüfungsrechtes des Landesrechnungshofes im Rahmen der Eingliederungshilfe

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4218

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Finanzausschuss hat sich im Vorwege im Rahmen des Selbstbefassungsrechts mit dem Gesetzentwurf befasst und mit der Drucksache 18/4293 dem Plenum eine Beschlussempfehlung vorgelegt. Einer Ausschussüberweisung bedarf es daher nicht und daher auch keiner Abstimmung darüber.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Die zweite Lesung des Gesetzentwurfes wird dann am Freitag aufgerufen werden. Somit ist das jetzt formal aufgerufen, und ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 12:54 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich rufe die Tagesordnungspunkte 40 und 59 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Dem Strukturbruch in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum entgegenzutreten**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/4275

Krise am Milchmarkt wirksam begegnen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/4300

b) Bericht zur Gemeinschaftsaufgabe der „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); Mittelanmeldungen zum Rahmenplan 2016

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4068

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich zunächst dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Es sind zwei Debattepunkte, die miteinander verknüpft, aber nicht unmittelbar aufeinander bezogen sind. Ich versuche dennoch, sie gemeinsam darzustellen. Beide Punkte haben etwas mit „Struktur“ zu tun. Das ist das verbindende - auch das politische - Element. Lassen Sie mich mit dem Bericht Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ beginnen.

Die **GAK** ist kein Kriseninstrument, sondern ein dauerhaftes Instrument, das bereits vor vielen Jahren eingeführt worden ist, um den ländlichen Raum zu stärken, etwa durch die Unterstützung von verarbeitenden Betrieben und von deren Vermarktung. In Schleswig-Holstein gewähren wir seit vier Jahren eine verstärkte Förderung der Umstellung auf den Ökolandbau. Ferner unterstützen wir die Dorferneuerung, zum Beispiel durch eine Verbesserung der Breitbandversorgung, und natürlich den großen Bereich des Küstenschutzes. Dafür geben wir in Schleswig-Holstein im Rahmen der GAK 41 Millionen € Bundesmittel aus.

(Unruhe - Glocke Präsident)

- Jetzt habe ich mich aber erschrocken.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Tut mir leid.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Okay. - Die 41 Millionen € Bundesmittel ergänzen wir mit Landesmitteln, sodass es insgesamt 62 Millionen € sind, die wir im Rahmen der GAK im Land ausschütten. Das ist eine Menge Holz, eine Menge Geld. Wir folgen dabei einer politischen Zielrichtung und hoffen, dass sich unsere Vorhaben im Rahmen der Förderrichtlinien einlösen lassen. Das ist beim **Küstenschutz** schwerer möglich als beispielsweise beim **ökologischen Landbau**. Es geht darum, die Extensivierung zu fördern, das heißt, Alternativen zu schaffen, um auch im ländlichen Raum von dem Prinzip „Wachse oder weiche!“ wegzukommen, da wir schon heute - Stichwort Dorferneuerung - Strukturbrüche erleben. Es gibt bereits Dörfer ohne Bauern, einfach deshalb, weil die Betriebszahlen immer mehr zurückgehen.

Wir wollen dem etwas entgegensetzen. Der Umweltausschuss und der Agrarausschuss des Bundesrates haben dem Antrag zugestimmt, dass die GAK-Gelder zukünftig auch für die **Naturschutzförderung** eingesetzt werden können. Wenn der Beschluss endgültig gefasst würde, bedeutete dies, dass der Vertragsnaturschutz nicht allein aus Landesgeldern finanziert werden müsste, sondern dass dafür auch Bundesmittel zur Verfügung stünden. Der Landeshaushalt würde entlastet, und wir könnten die GAK noch breiter aufstellen. Die Förderung einer nachhaltigen Struktur ist der Sinn der GAK. Wir folgen diesem Grundsatz in den genannten Schwerpunkten.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Der nächste Aspekt des **Strukturwandels**, über den wir heute verhandeln, betrifft einen politischeren Punkt. Ich meine die **Milchkrise**, die wir hier schon mehrfach besprochen haben. Seitdem hat sich die Situation nicht gebessert. Immer wieder hörten wir die Aufforderung: Noch ein bisschen durchhalten! Das wird schon alles wieder! - Es ist nicht wieder geworden. Licht am Ende des Tunnels ist auch nicht zu sehen. Nach Auslaufen der Quote wurde ein „Soft-Landing“ angepeilt, ja, geradezu versprochen. Auch aus der Wissenschaft konnten wir das hören. Faktisch haben wir eine Bruchlandung erlebt, die auch zu einem Strukturbruch führen wird. Dieser wird - denken Sie an die GAK - eine dramatische Veränderung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur und des ländlichen Raumes insgesamt bewirken.

Ich möchte mit Zahlen unterlegen, woher wir kommen und wo wir stehen: Im Jahre 1960 hatten wir in Schleswig-Holstein 48.000 Milchviehbetriebe; heute sind es 4.300. Wir haben in unserem Bundesland 16 Meiereien. Ein Drittel der von den Kühen in unserem Land produzierten Milch verbrauchen wir, zwei Drittel werden exportiert. Wir sind ein starkes **Milchviehland**, das auf den **Export**, jedenfalls über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus, angewiesen ist.

Wir hatten im Jahr 1980 570.000 Milchkühe in Schleswig-Holstein. Heute sind es 400.000, und das bei gesteigerter Leistung der Kühe beziehungsweise gesteigerter Menge.

Interessant ist, dass heute jeder Betrieb im Durchschnitt 92 Kühe hat. Das ist deutlich höher als der Bundesdurchschnitt. Vor wenigen Jahren lag dieser Wert noch deutlich geringer. Das heißt, auch die schleswig-holsteinischen Betriebe haben nach Auslaufen der Quote dramatisch aufgestockt. Um eine weitere Zahl zu nennen: Im Jahr 1960 hatte jeder Betrieb im Durchschnitt sieben Kühe. Daran sehen Sie, wie groß der Wandel hin zu immer größeren landwirtschaftlichen Betrieben war. Deshalb haben wir intensiv wirtschaftende und gut aufgestellte Betriebe.

Das ist so gewollt worden, und das hat uns allen ökonomische Vorteile gebracht - nur den Betrieben seit einiger Zeit nicht mehr. Die Bauern produzieren ungefähr für die Hälfte dessen, was sie bekommen müssten, um wirtschaftlich produzieren zu können. Die politische Antwort, wie sie im offiziellen Berlin und in Brüssel gegeben wird, lautet: Haltet durch!

Die **CDU-Fraktion** verstärkt mit ihrem neu eingereichten Antrag diese Tendenz. Wenn ich es auf einen Begriff bringen darf: Er verschlimmert sie sogar, weil nun sogar eine **Abwrackprämie für Milchviehbetriebe** vorgeschlagen wird.

Die Position der Landesregierung ist genau Gegenteil. Wir suchen nach Lösungen, um die Überförderung einzudämmen. Wir haben am Markt ein **Mengenproblem**. Das ist inzwischen von allen Seiten so beschrieben worden, selbst von der Bundesregierung, wenngleich sie bei aller rhetorischen Aufgeschlossenheit noch immer die politisch notwendigen Schritte verweigert. Die Agrarminister - ob sie von der Linkspartei, den Grünen, der SPD oder der CSU gestellt werden - waren auf ihrer Konferenz in Göhren-Lebbin einhellig der Meinung, dass wir ein Mengenproblem haben und **Schritte zur Mengenreduzierung** gegangen werden müssen. Das habe ich nur dargelegt, um zu verdeutlichen, wovon wir eigentlich reden.

Die Bundesregierung hat zur Unterstützung der Landwirte drei Maßnahmen vorgeschlagen, die sich auf insgesamt 100 Millionen € belaufen. Um es mit einem Wort zu sagen: Wenn beabsichtigt ist, damit die Krise zu beheben, dann ist das Geld verplempert. Die **Unfallversicherung** soll mit 80 Millionen € unterstützt werden. Das bedeutet, bezogen auf alle Betriebe in Deutschland, eine Entlastung um 360 € pro Jahr. Das ist die Summe, die ein durchschnittlicher Betrieb gegenwärtig am Tag verliert! Das ist das politische Angebot. Wenn man den Gesamtbetrag nur auf die Milchviehbetriebe beziehen würde, käme man auf eine jährliche Entlastung zwischen 1.200 und 1.300 € pro Betrieb. Das entspräche dem Ausfall von drei Tagen.

Ferner ist eine **steuerliche Glättung** vorgesehen für Betriebe, die investieren. Das sind aber die Betriebe, die noch Geld verdienen beziehungsweise glauben, Geld verdienen zu können. Im Ergebnis wird jedenfalls nicht den Betrieben geholfen, die in Bedrängnis geraten sind.

Zudem ist die **steuerliche Befreiung** des Verkaufs von Betrieben vorgesehen. Der Gedanke lautet: Wenn ihr aufgeben wollt, dann soll es wenigstens leichter sein, aufzugeben.

Das hilft aus meiner Sicht alles nicht, und vor allem verkennt es die Existenznot der wirtschaftenden Bauern und Bäuerinnen in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Minister Dr. Robert Habeck)

Ich will es einmal persönlich sagen, und die Agrarpolitikerinnen und Agrarpolitiker werden ähnliche Beispiele nennen können: Wenn Bäuerinnen und Bauern einem sagen, sie hätten kein Geld mehr für die Veterinäre auf ihrem Hof, wenn Bäuerinnen und Bauern einem sagen, die Kinder, die ihre Ausbildung abgeschlossen hätten, könnten den Betrieb nicht übernehmen, weil man ihnen nicht mehr raten könne, das zu tun, weil die Verschuldung so groß werde, es sei falsch, Bauer zu werden, wenn Leute sagen, sie wüssten nicht mehr ein noch aus, sie würden psychisch krank, weil sie mit jedem Handschlag, den sie täten, ärmer würden, dann ist es nicht mehr erträglich, wenn die Politik sagt: Ach, Leute, wir haben uns zwar darauf eingestellt, dass der Markt es richten wird, das haben wir uns vor 30 Jahren so ausgedacht, das ist unsere politische Weltlehre, ihr müsst euch schon dieser politischen Weltlehre anpassen. Das ist nicht mehr zu ertragen. Das ist falsch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen von der Menge runter. Jede Politik, die das nicht anerkennt, verweigert sich der Realität. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Was in den Nachrichten seit Monaten als **Milchkrise** überschrieben wird, ist ein drohender **tiefgreifender Strukturbruch** in der Landwirtschaft und im ländlichen Räumen. Die Milchkrise bedeutet in vielen Fällen - der Minister hat darauf hingewiesen - eine existenzielle Krise für alle Beteiligten. Familien, Mitarbeiter und die Tierbestände sind betroffen. Praktisch jeder Betrieb, der aufgeben muss, scheidet endgültig aus. Für uns ist aber klar, dass eine in die Dörfer und Regionen eingebundene nachhaltige Landwirtschaft die ländlichen Räume stärkt.

„Wachsen oder Weichen“ war lange die Parole des Bauernverbands, die Agrarlobby beschwor den Weltmarkt. Viele Betriebe haben in den letzten Jahren deutlich in **Leistungssteigerung** investiert. Man wollte auf das Ende der Milchquote vorberei-

tet sein. Endlich konnte ohne Regulierung produziert werden. Jetzt sehen wir, dass selbst die hochspezialisierten Milchviehbetriebe dem Preisverfall infolge der Überproduktion nicht mehr standhalten. Das betrifft alle, große und kleine.

Miserable Milchauszahlungspreise treiben die Betriebe in eine fatale Situation: Wenn die Milchpreise die variablen Kosten nicht mehr decken, versucht der Betrieb, durch eine höhere Produktion zumindest einen Teil der Festkosten zu erwirtschaften.

Die Agrarministerkonferenz hat den Bund im April aufgefordert - der Minister hat es erwähnt -, endlich die rechtlichen Möglichkeiten zu einer **obligatorischen Mengengrenzung** auf europäischer Ebene wahrzunehmen. Ende Mai hat der Bundesagrarminister 100 Millionen € plus X in Aussicht gestellt, aber ohne eine Mengenreduzierung damit zu verbinden. Ohne Auflagen zur Mengenreduzierung bleiben Liquiditätsprogramme reine Symptombekämpfung. Die hilft den Landwirten nicht weiter.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gestern ist endlich eine Einigung in Sicht gekommen. Bis zum 15. Juli 2016 soll ein Programm von finanziellen Unterstützungen und konkreten Maßnahmen zur Mengenreduzierung vorgelegt werden. Hoffen wir, dass da endlich ein deutlicher Schritt nach vorn getan wird!

Natürlich brauchen die **Betriebe** jetzt **Unterstützung**, um die tiefsten Preistäler zu überstehen, aber wir brauchen vor allen Dingen Alternativen zum „Wachsen oder Weichen“. Dieser Kurs ist für viele Betriebe ohne Perspektive, dieser Kurs geht am Ende auf Kosten der bäuerlichen Familienbetriebe, unserer Umwelt, der Kulturlandschaft und auf Kosten der ländlichen Räume.

Die Krise lässt sich mit Geld allein nicht lösen. Wir brauchen nachhaltige und konkrete Strategien, auch auf europäischer Ebene.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Verhandlungsposition der Landwirte muss gestärkt werden. Wir brauchen freie und faire Vertragsgestaltungen entlang der Produktionskette, und das selbstverständlich auch im Lebensmitteleinzelhandel. Die vorgeschriebene **Andienungspflicht** in Erzeugerorganisationen muss abgeschafft werden. Die Milchviehhalter brauchen in Zukunft Verträge, in denen Menge, Preis, Dauer und Kündigungsfristen geregelt werden.

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Ein Grundproblem ist die Ausrichtung auf die **Massenproduktion** überwiegend für den **Export** und damit die Abhängigkeit vom globalen Milchmarkt. Was wir brauchen, ist nicht Masse, wir brauchen Klasse, wir brauchen eine Qualitätsoffensive, mehr Veredelung und eine höhere Wertschöpfung im Land. Ein Bundesprogramm zur Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen wäre ein nachhaltiger Ansatz.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Angleichung von Steuern für Gas und Öl in Europa, wie die CDU es verlangt, hilft uns bei der Milchkrise nicht wirklich zukunftsorientiert weiter.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gar nicht! So ist es!)

Der Bericht der Landesregierung zur Rahmenplanung der **Gemeinschaftsaufgabe** „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für das Jahr 2016 - Minister Habeck, Ihnen und Ihrem Haus herzlichen Dank - zeigt: In Schleswig-Holstein ist die Weichenstellung genau richtig. Dorferneuerung und Dorfentwicklung sind aufgrund der demografischen Entwicklung und der Sicherung der Daseinsvorsorge von besonderer Bedeutung. Hierfür ist Geld da. Für lebenswerte Orte im ländlichen Raum brauchen wir Nachnutzungsmöglichkeiten. Da muss geplant werden, da muss unterstützt werden, damit für leerstehende landwirtschaftliche Betriebe Alternativen geschaffen werden. Wir brauchen auch im **ländlichen Raum** barrierefreien sozialen Wohnungsbau, und wir brauchen eine Sicherung der Bildungsangebote.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei der **Breitbandversorgung** stehen Mittel zur Unterstützung der Kommunen zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücken bereit. Wir haben es dem Bericht entnommen. Das ist wichtig für die Menschen und für die Wirtschaft im ländlichen Raum.

Auch die **Rahmenplanung** - das ist der große Teil des Programms - für den landwirtschaftlichen Bereich geht genau in die richtige Richtung, hin zu einer in die ländlichen Räume eingebundenen, nachhaltigen, ressourcenschonenden Landwirtschaft, die artgerechte Tierhaltung, Maßnahmen zum Klima- und Gewässerschutz, Verbesserung der Vermarktungsstrukturen ebenso fördert wie den Ökolandbau und die Anwendung von Produktionsweisen, die den Belangen des Schutzes der Umwelt und der Erhaltung eines natürlichen Lebensraums dienen.

Dieses Programm wird in Schleswig-Holstein angenommen. Es gibt große Teile der Landwirtschaft, die mit Interesse und Begeisterung in diese Programme einsteigen und in dieser Art der Ausrichtung ihre Zukunft sehen.

(Beifall SPD)

Die Umsetzung der **Novelle des GAK-Gesetzes** im Bundestag mit dem Ziel, die Möglichkeiten der Länder zur Entwicklung der ländlichen Räume zu erweitern, ist gut und richtig. Die GAK muss sich breiter aufstellen, dann haben wir auf Landesebene auch mehr Mittel und Möglichkeiten, dem drohenden Strukturbruch sowohl in der Landwirtschaft wie in den ländlichen Räumen entgegenzutreten.

Diversifikation ist für viele landwirtschaftliche Betriebe eine Voraussetzung für ihre Zukunftsfähigkeit. Mir sind bei den Gesprächen im ländlichen Raum viele Ideen begegnet: Direktvermarktung, Urlaub auf dem Bauernhof, Lernen auf den Höfen. Oft sind es Frauen, die hier kreative Ideen haben, aber noch fehlen die Möglichkeiten, die nötige Startförderung zu geben.

Der Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ muss weiter gefasst werden. Mit den Geldern aus einer erweiterten GAK müssen wir stärker in die soziale, wirtschaftliche und ökologische Infrastruktur der ländlichen Räume investieren. Genug Geld dafür ist im System der Agrarförderung enthalten.

Neue Handlungsspielräume bietet eine weitere Umschichtung aus dem Topf der pauschalen Direktzahlungen in den Topf für konkrete gesellschaftliche Leistungen für den ländlichen Raum.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. Den Antrag der CDU möchten wir ablehnen. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Schulzentrums Sylt und weitere Gäste. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, es gibt schöne T-Shirts - die kennen Sie -, auf denen steht: Steh auf, wenn du Bauer bist. Nun würde ich sagen: Steh auf, wenn du Landwirtschaftsminister bist, und tu mal etwas für deine Bauern!

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh!)

90 Kühe im Durchschnitt mag aus bayerischer Sicht ein Riesenbestand sein. Sie halten sich ja viel beim BDM auf, sind auf deren Veranstaltungen und sagen: Es kann doch nicht so weitergehen. Die Kuh gibt heute 9.000 l im Jahr und morgen 10.000 l. Können wir immer weiter wachsen? - Natürlich können wir das nicht!

Es gibt überall Grenzen, und das wissen Sie auch. Aber warum sage ich: Steh auf, wenn du **Minister** bist? - Weil wir Sie da nicht gesehen haben, wo dann wirklich die **betroffenen Bauern** schmerzlich dargestellt haben, wie schlecht es ihnen geht. Sie erklären dann - erkläre ich gleich -: Ist mir persönlich unangenehm, dass die nicht mehr in Urlaub fahren können, dass sie ihre Altersversorgung dafür opfern müssen, dass heute der Hof überlebt. Sie brauchen also Liquidität auf den Höfen.

Wir haben Sie aber nicht gesehen, wenn 4.000 Besucher bei der Rinderschau in Neumünster auftreten und genau das ein Punkt war: Wie machen wir weiter? Wie entwickeln wir unsere Viehbestände nachhaltig und auch mit Akzeptanz in der Öffentlichkeit? - Kein Minister zu sehen, irgendwo ein anderer Termin! Das können Sie begründen. Sie waren nicht da.

Verelendung von Kälbern, Herr Voß - eine Riesentitelseite in der „Landeszeitung“.

(Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darin stand, die männlichen Kälber würden alle in irgendeiner Form in Schleswig-Holstein nicht vernünftig aufgezogen, weil die Bauern so viele Sorgen hätten und sie nichts wert seien, es sich nicht lohne, sie aufzuziehen, und am Ende müssten sie elendig verrecken. Wir haben das im Agrarausschuss mit Unterstützung des Ministeriums aufgeklärt. Siehe da: Es gibt überhaupt keine Beweise, nicht mal Anschuldigungen, nicht einmal Verdächtigungen in diese Richtung. Gibt es da in irgendeiner Form eine Richtigstellung durch den **Minister**? Klopft er da den Bauern auf die Schultern und sagt:

Ihr macht doch alles richtig, ihr seid bemüht, ihr seid gut, ich will euch auch in der Menge noch unterstützen? - Nein, nein. Er tritt beim BDM auf, woanders ward er nicht gesehen.

Sie waren bei der Demo „Wir haben es satt“, und, und, und. Ich könnte das jetzt alles so herunterbeten. Am Schluss sagen Sie immer: Wachse oder weiche - so kann es nicht weitergehen! Sie zeigen immer wieder schön auf den Bund, auf die EU,

(Minister Dr. Robert Habeck: Auf den Bauernverband!)

- auf den Bauernverband, auf die CDU und auf die FDP, ist egal. Ihr seid die Bösen, und da seht ihr, wo ihr gelandet seid.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Stimmt ja auch!)

Jetzt frage ich: Hat in der **Rede** eben irgendjemand etwas vom **Minister** vernommen, außer dass die **Menge** herunter muss? Wie sie herunter muss, wann sie herunter muss? Mit welchen Mitteln? Gibt er etwas? - Nichts vernommen!

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD und CDU)

- Nichts vernommen - reine Sonntagsrede, genau erkannt.

Mut! Steh auf, wenn du Bauer bist, oder steh auf, wenn du Minister bist für deine Bauern.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Setzt dich wieder hin, wenn du keine Ideen hast! - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Jetzt kommen meine Ideen: Dann musst du auch mal Farbe bekennen und nicht nur auf den Minister im Bund zeigen, sondern wirklich auch einmal mit einem Modell aufwarten, das die Menge reduziert.

Ja, jetzt kommt der Beste. Das finde ich gar nicht schlecht. Das könnte einer von Habeck sein: Menge runter mit Anreizsystem. Da gibt es Denkmodelle. Geben Sie den Bauern Liquidität - Überbrückungskredit kann man das auch nennen -, binden Sie diesen **Überbrückungskredit**, der durchaus zur Liquiditätsstabilisierung und zum Überleben beiträgt, an irgendeine **Mengenbegrenzung**. Ist technisch realistisch machbar, könnte man auch im Land machen. Nimmt man 20 Millionen € bei 4.000 Milcherzeugern, von denen die Hälfte es in Anspruch nimmt, ist das schon eine ganze Menge Geld pro Betrieb.

Die sagen: 5 % Menge herunter, wenn ich dann tatsächlich diesen Liquiditätskredit bekomme. Sie sagen: Der Schmidt soll es machen. - Warum soll

(Heiner Rickers)

Schmidt das machen? Der sagt: Die EU muss das machen, weil ich das nicht darf; die Länder sind zuständig, die müssen es administrieren. - Wir drehen uns im Kreis, es gibt keine Lösung. Meine haben Sie gehört, ich finde die nicht so ganz schlecht.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abgeordneter von Kalben?

Heiner Rickers [CDU]:

Ja, Entschuldigung.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Habe ich Sie richtig verstanden, dass wir davon ausgehen können, dass die CDU einen gegenfinanzierten Haushaltsantrag über 20 Millionen € stellen wird? Oder ist das nur ein Vorschlag, der nicht umsetzbar ist?

Heiner Rickers [CDU]:

Ich hatte gehofft, dass der Vorschlag aus dem Haus kommt, weil der immer mit dem Finger auf andere zeigt.

(Zuruf Lars Harms [SSW] - Weitere Zurufe)

- Es ist üblich, dass das Parlament den Haushalt beschließt, und das sind wir hier alle!

- Ja, Sie wissen doch - das ist auch bei GAK und zweiter Säule dargestellt worden -, wie viel Geld im System ist.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD] - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke Präsident)

- Darf ich antworten?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie haben einen Anspruch auf die Antwort, und die bekommen Sie jetzt von dem Abgeordneten und nicht vom gesamten Parlament.

Heiner Rickers [CDU]:

Jetzt noch einmal: Aus meiner Sicht ist so viel Geld im System, was Landwirtschaft angeht. GAK ist gerade angesprochen worden. Es gibt die zweite

Säule. Wenn man will und wenn man mit gutem Beispiel vorangehen und aus Schleswig-Holstein heraus zeigen will, dass so ein Modell zum Beispiel auch bundesweit greifen könnte, dann muss man es irgendwie angehen. - Nein, man macht es nicht, man zeigt nach Berlin oder nach Brüssel und macht es nicht.

(Sandra Redmann [SPD]: Also, Sie stellen einen Haushaltsantrag?)

- Nein, mache ich nicht, mache ich hier nicht spontan! Ich unterbreite nur den Vorschlag, und ich habe ja noch mehr! Also, beantwortet?

(Beate Raudies [SPD]: Und dann kommt morgen Herr Koch und kassiert ihn wieder ein! - Zuruf Christopher Vogt [FDP] - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie noch eine weitere Frage oder Anmerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

Heiner Rickers [CDU]:

Sie dürfen gern weiter fragen, natürlich.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe nur die Antwort nicht hundertprozentig verstanden, deshalb nur noch einmal die Nachfrage: Wir werden nach dem Sommer in die Haushaltsberatungen eintreten. Wird die CDU gegenfinanziert 20 Millionen € zur Förderung der Bauern in den Haushalt einbringen?

- Ja,

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

die CDU wird das wahrscheinlich in Schleswig-Holstein nicht machen, weil sie weiß, dass das auf wenig Gegenliebe stößt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ach so!)

Das ist ein Vorschlag. Passen Sie auf. Ich sehe den Bundesminister nach wie vor als meinen Minister an, obwohl er aus Bayern kommt. Das ist in Ordnung.

(Beifall und Heiterkeit - Christopher Vogt [FDP]: Das musstest du jetzt sagen!)

Gestern hat er überlegt - das ist ein Zitat -: Wir koppeln, bis sich der Markt erholt, die **zeitweiligen Hilfen** an die Bedingung, die **Milchmenge** herun-

(Heiner Rickers)

terzufahren. Das ist ja eine neue Denkweise. Das scheint auch nicht überall angekommen zu sein. Aber es ist administrativ relativ leicht, und am leichtesten ist es auf Landesebene umzusetzen. Also muss man sich etwas einfallen lassen. Mit diesem Vorschlag ist der Minister aber nicht nach Berlin gefahren. Er hat immer nur gesagt: Machen Sie mal, Herr Schmidt, ich bin fein raus, aber die Menge muss herunter. Wie, hat er nicht begründet.

(Zuruf)

- Noch mehr? - Ja, gern. Also, den internationalen Markt kennen wir. Wir sind mit dem **internationalen Markt** verflochten und wissen, dass wir alle aus dem Dilemma der Quote - über 30 Jahre, seit 1984 - mit all dem, was sich verändert hat, entlassen wurden, angeblich mit einer weichen Landung, die jetzt hart geworden ist, weil die Märkte sind, wie sie sind. Da gibt es nur zwei Möglichkeiten. Die erste ist: Absatz rauf, dadurch wird auch der Preis irgendwann steigen. Das sieht im Moment nicht so aus, obwohl es schon Licht am Ende des Tunnels gibt. Die Warenterminbörse für nächstes Jahr sagt durchaus schon Preise um die 30 ct je Liter Ablieferungsmilch ab Hof voraus. Da könnte man Kontrakte abschließen. Die zweite ist: Menge runter und so drastisch senken, dass irgendwann dann auch der Preis steigt, weil die Nachfrage nicht mehr gedeckt wird. Das sind nur die zwei Modelle. Bei der Menge herunter - das habe ich gesagt - wird es keine Quote mit uns geben, sondern wenn nur ein Modell für eine Krisenzeit. Das habe ich erläutert.

All die anderen Dinge, die meine Kollegin Frau Eickhoff-Weber angesprochen hat, sind nur Dinge, die die Symptome lindern, aber nicht die Ursachen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie von eben dieser noch einmal eine Nachfrage oder eine Ergänzung? - Bitte schön.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Herr Rickers, Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass der Minister in Schleswig-Holstein mehr tun muss. Gleichzeitig beschreiben Sie die Zusammenhänge des europäischen und globalen Milchmarktes. Wir wissen, dass die Niederlande um 7 % gesteigert haben, Irland um 13 % oder 14 %. Wie stellen Sie sich denn vor, dass Schleswig-Holstein als Insel des Glückseligen eigene Lösungen findet, unabhängig von all den europäischen Zusammenhängen? Es ist doch nur klug,

(Unruhe)

- kann ich jetzt mal? -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie müssen ein klein wenig näher ans Mikrofon gehen, weil es technisch schwierig zu sein scheint.

wenn eben keine einzelnen Lösungen für jedes Bundesland gefunden werden, wenn eben solche Lösungen wie gestern gefunden werden. Gestern haben ja die Länderminister mit dem Bundeslandwirtschaftsminister zusammengesessen und haben das, was Sie gerade gefordert haben, beschlossen. Es ist doch auf dem Weg. Was ist also der Kern Ihres Vorwurfs? Dass der Weg richtig ist, den wir zurzeit beschreiten?

Heiner Rickers [CDU]:

Ich kann Ihnen eine treffliche Antwort geben. Der Kern des Ganzen ist: Der Minister weiß um den Termin in Nordfriesland vor wenigen Tagen bei einer Rundreise des BDM. Meine Frage war, warum so etwas zum Beispiel nicht in der Schweiz umgesetzt wird, in einer Urdemokratie. Das wäre doch ein Leichtes. Es ist ein kleines Land mit abgeschotteten Grenzen, tollen Agrarmärkten. Alle verdienen eine Menge Geld. Die haben ähnliche Modelle im Kopf. Ich fand das Modell auch gar nicht unsympathisch. Meine Frage war: Warum wird es dort nicht umgesetzt? - Mit einem Mal kam dann wieder die Antwort: Ach, das geht nicht, die Agrarlobby, die Bösen, und die Bauernverbände wollen alle nicht und blockieren.

(Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Das ist ja nicht in Europa!)

Also kriegt man nicht einmal in der **Schweiz** dafür eine Mehrheit. Wenn man es denn als grüner Minister in Schleswig-Holstein wollte, müsste man mit einem guten Beispiel vorangehen, um zu beweisen, dass es nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf EU-Ebene vielleicht ein vernünftiges Modell wäre. Wenn es hier scheitert - er versucht es ja gar nicht erst -, dann wird es auf Bundesebene garantiert nicht gehen.

Ich kann Ihnen auch die Antwort darauf geben, warum ich Zweifel daran habe, dass das alle mitmachen werden: Weil genau das passiert, was bei der Milchkrise 2009 der Fall war. irgendwann gibt es eine Erholung in den Märkten, weil der Export wieder anspringt und - schwuppdiwupp! - ist keiner mehr mit im Boot, und alle entscheiden anders und

(Heiner Rickers)

wollen wieder den freien Markt. Das ist die Marktwirtschaft.

(Beifall CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Es ist schade, wenn Sie es nicht verstehen.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Aber jetzt offensichtlich erlaubt er Ihnen noch einmal eine Nachfrage. Bitte schön.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Der große Haken an dem Schweizer Beispiel ist, dass die Schweiz nicht in der EU ist und das große Boot, von dem Sie gerade gesprochen haben, auf das alle aufspringen und -schwuppdwupp! - wieder herausspringen, kann nur das europäische Boot sein, weil wir alle wissen, dass die großen Finanzströme, die letztendlich dazu dienen können, Entwicklungen nach vorne zu bringen, europäische Finanzströme sind. Das können wir als Schleswig-Holstein nicht, und wir wären schlecht beraten, wenn wir plötzlich eigene Lösungen auf den Weg brächten.

Heiner Rickers [CDU]:

- Die Lösung muss eine sein, die abfährt. Deswegen soll es keine eigene Lösung sein, sondern nur ein Anfang. Ich will den Minister nur auffordern, weil er es anders nicht schafft.

(Zurufe Sandra Redmann [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Er fordert ja nur von anderen etwas und weiß selbst genau, dass die Wahrscheinlichkeit, dass sie es umsetzen, relativ gering ist. Also muss er mit gutem Beispiel vorangehen. Er tut für seine Bauern, die hier betroffen sind, direkt überhaupt nichts, außer dass er sie mit Bürokratie und mit Kontrollverfahren überfrachtet.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er sagt nur: Ihr seid nicht in der Lage, ihr habt es alle so gewollt. Am Ende seid ihr selber schuld, wenn ihr nicht mehr da seid.

Das ist aus meiner Sicht für einen Landwirtschaftsminister bei den Strukturen, die wir haben, eine ganz schwache Aussage.

(Beifall CDU und FDP - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mindestlohn!)

Abschließend: Egal, was Sie tun, wir stehen im internationalen Wettbewerb. Viele wollen diesen internationalen Wettbewerb. Wir wollen Anteile am Welthandel zu definierten Produktionsbedingungen auf keinen Fall verlieren. Wir wollen die Wertschöpfung bei uns behalten und gemeinsam Wege für eine Landwirtschaft finden, die in der Gesellschaft anerkannt wird und Zukunft hat.

Alles das kann Schleswig-Holstein auf jeden Fall bieten. Ich fordere Sie auf: Lassen Sie unsere betroffenen Landwirte nicht im Stich! Lassen Sie sie nicht im Regen stehen, überfrachten Sie sie nicht. Nennen Sie wirklich einmal realistisch eine Alternative zu dem, was Sie bisher angeboten haben. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

(Zuruf SPD: Was war das?)

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um gleich vorweg erst einmal eine kleine Belehrung einzufügen, aber das müssten Sie eigentlich wissen: Die **Agrarpolitik** ist der Politikbereich, der mit als einer der Ersten europäisiert worden ist und der maßgeblich auf europäischer Ebene bestimmt wird. Von daher ist es gut und richtig, wie der Landwirtschaftsminister deutschland- und europaweit Bündnispartner sucht, um unsere Forderungen durchzusetzen. Es ist ein Riesenerfolg, dass die Agrarministerkonferenz der Länder mit dem EU-Kommissar und verschiedenen europäischen Kommissaren am 15. Juli 2016 in Brüssel tagen wird, um das voranzubringen, was Ihre Partei nicht hinbekommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn Sie hier immer mit Ihren Haushaltszahlen rumwedeln und vielleicht 20 Millionen € in den Haushalt einstellen wollen, muss ich als Nächstes einmal klarstellen: Wir wissen alle, wie hoch die Summe der **Agrarmittel in Schleswig-Holstein** ist. Sie liegt nicht weit von der halben Milliarde Euro entfernt. Es sind ungefähr 400 Millionen €. Ich nen-

(Bernd Voß)

ne diese Zahl, weil diese Summe allein die ist, die die Branche der Milcherzeuger in den letzten beiden Jahren jährlich verloren hat. Diese Summe ist dem ländlichen Raum, dem Land jedes Jahr verloren gegangen.

Sie müssten einen Finanzantrag in dieser Höhe stellen, wenn es irgendwie sinnvoll sein soll. Daran erkennen Sie schon, dass es gaga ist, wie Sie hier argumentieren.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Man muss sich wirklich einmal die Zahlen vor Augen halten und sich fragen: Wo wollen Sie hin? Wo sollen Ihre Vorschläge hinführen?

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, das wir jetzt haben. Es ist ja etwas unüblich, aber wenn ich jetzt gleich zu Ihrem Antrag komme, den Sie uns hier präsentieren, dann heißt der für mich in Kurzform: Die CDU bedankt sich für die Krise. Sie treibt den **Strukturwandel** voran. Die **CDU** schlägt die Instrumente vor, die diese Entwicklung noch einmal so richtig voranbringen: staatliche Entschuldungsmaßnahmen, staatliche Programme zur Schließung von Milchbetrieben, Maßnahmen, damit andere Betriebe übernommen werden können. Das ist ein zweiter Turbomotor, um ein Wachsen und Weichen hier im Land wirklich umzusetzen. Das machen wir nicht mit, und vor allem machen das breite Teile der Gesellschaft nicht mit.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sozialismus! - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Rickers, vielleicht hören Sie noch einmal zu: Vor einem Jahr habe ich Ihr Agrarpapier sogar gelobt. Wir stellen ja immer wieder fest, dass Sie weibliche, urbane Kreise erschließen wollen. So wird das nichts! So gehen Sie gnadenlos unter, so wird die CDU im ländlichen Raum untergehen. Das kann so nicht laufen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Lars Harms [SSW])

Jetzt vielleicht noch einmal zu meiner eigentlichen Rede: Vielen Dank an die Landesregierung und das MELUR für den Bericht, den es zu der Gemeinschaftsausgabe der „Verbesserung der Agrarstruktur des Küstenschutzes“ vorgelegt hat.

Mit hoher Effizienz werden **Kofinanzierungsmittel** eingesetzt, um eine maximale Hebelwirkung der Mittel im Land zu erreichen. Der Minister und auch Frau Eickhoff-Weber haben bereits dargestellt, wie gut und wichtig das ist. Ich bin zutiefst der Auffassung, dass die begrenzten Mittel nicht verwendet

werden sollten, um Reparaturbetrieb für die fatalen Folgen der Agrarpolitik zu sein.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Kirsten Eickhoff-Weber [SPD])

Sie wissen, wohin die Politik zu **Überproduktion** geführt hat. Sie wissen, wie es um die Nachfrageelastizität steht: Satt ist nun einmal satt. Die Erzeugungskosten bei der Milch liegen bei ungefähr 40 ct/l. Wenn die Kosten, die durch Investitionen in Umwelt, Tierwohl, Lebensmittelqualität und Arbeitsplatzqualität entstehen, durch Preise am Markt erwirtschaftet werden sollen, dann braucht man ein entsprechendes Preisniveau. Daran kann man überhaupt nicht vorbeidiskutieren.

Ich denke: Wenn nicht zügig eingegriffen wird, dann werden wir einen Verlust an Betrieben haben, der oberhalb der Größenordnung von 10 % oder 20 % liegt. Wir werden einen **Strukturbruch** mit schwerwiegenden Folgen für den gesamten **ländlichen Raum** bekommen.

Wir wissen, was von Ihnen, von der Wissenschaft, von der Beratung und vom Bauernverband über Jahre erzählt worden ist. Viele Betriebe haben daran geglaubt, auf Wachstum gesetzt und sich verschuldet. Niemand bestreitet mehr, dass der Boom nicht so schnell kommen wird. Wir können das auch an den Zahlen sehen, wie die Milcherzeugung in Europa gewachsen ist. Um nur ein paar Zahlen zu nennen: Wir haben 2011 bis 2015 ein Wachstum von 8 % in der EU und von 10 % in Deutschland gehabt.

Das, was letztlich den Weltmarkt kaputtmacht, ist zu 50 % Milch, die aus der Europäischen Union, die selber einen Außenschutz hat, stammt und die exportiert wird. Ich sage das deswegen, weil es eine gepuschte, eine vorhersehbare und eine gewollte Politik ist.

Die **Ausweitung dieser Milchmengen** hat auf den Weltmärkten letztlich dazu geführt, dass die Preise kaputtgemacht worden und zusammengebrochen sind. Wenn ich mit Entwicklungspolitikern spreche, wird mir immer wieder ganz klar vor Augen geführt, wie sich das auf die Märkte weltweit auswirkt.

Nicht nur bäuerliche Strukturen bei uns werden zerstört, nein, sie werden weltweit zerstört. Und wenn wir - das haben wir im letzten halben Jahr sehr häufig hier im Landtag gemacht - über Flucht und Vertreibung reden, müssen wir auch erkennen, dass das

(Bernd Voß)

mit eine Ursache darin hat, wie hier in den letzten Jahrzehnten die Agrarpolitik gelaufen ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Auf der Agrarministerkonferenz in Mecklenburg wurden ganz klare Forderungen formuliert, auch von den Politikern Ihrer Partei. Die haben gesagt: Die Branche muss handeln und die Menge an die Bedürfnisse des Marktes anpassen. Sie hat es nicht gemacht.

Als nächster Schritt wird jetzt anstehen, dass auf EU-Ebene entsprechend gehandelt werden muss. Wenn ich es richtig sehe, ist das, was Minister Schmidt gestern vorgeschlagen hat, noch nicht viel weiter gegangen: Es sind die klassischen Programme, die Sie auch hier in Ihrem Antrag fordern. **Li-
quiditätshilfen** jagen die Bauern weiter in die Verschuldung. Wenn ich das höre, muss ich zugleich feststellen, dass das auch ein Bankensicherheitsprogramm ist, das Sie hier auflegen. Da frage ich mich immer, für wen Sie hier überhaupt stehen.

(Sandra Redmann [SPD]: Das fragen wir uns auch!)

Wir brauchen eine **Produktion**, die sich an der **realen Nachfrage** auf realen, möglichst europäischen und regionalen Märkten orientiert. Wir brauchen keine Spekulation darauf, was sich in China oder sonst irgendwo auf der Welt bewegen wird. Wir brauchen möglichst viele, möglichst vielfältig aufgestellte bäuerliche Betriebe, landwirtschaftliche mittelständische Unternehmen, im Land.

Dafür stehen wir. Wir stehen für eine breite Eigentumsstreuung im ländlichen Raum und für viele Betriebe und nicht dafür, dass sich Eigentum und Betriebe im ländlichen Raum in den Händen von Banken und Kapitalgesellschaften befinden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

(Rainer Wiegard [CDU]: Das war ein richtiger Lösungsansatz!)

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es wirklich bemerkenswert, dass sich jetzt

ausgerechnet die Redner von SPD, GRÜNEN und SSW mit diesem wirklich nichtssagenden Antrag hinstellen und die Lage der Landwirtschaft beklagen.

(Beifall FDP und CDU)

Das ist wirklich ein Treppwitz. Gerade Sie haben in den letzten vier Jahren durch Ihre Gesetze und Verordnungen dazu beigetragen, dass die **Wettbewerbsfähigkeit** unserer **Betriebe in Schleswig-Holstein** geschwächt wird.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir haben die Milchkrise ausgelöst! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Ich sage doch nicht, dass Sie die Milchkrise ausgelöst hätten. Sie hören auch nur das, was Sie hören wollen! Natürlich haben Sie die Milchkrise nicht ausgelöst, aber Sie haben mit Ihren Gesetzen dazu beigetragen, dass es für die schleswig-holsteinischen Betriebe schlimmer ist als für die in anderen Bundesländern. Das ist der Punkt!

(Beifall FDP und CDU - Unruhe - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist nicht zu glauben!)

- Sie sind so scheinheilig, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Es ist so scheinheilig, hier zu sagen: Ja, wir sorgen uns um die Landwirte. Was machen Sie denn in der Praxis? Da machen Sie genau das Gegenteil. Hier spielen Sie mit Ihren komischen Anträgen Weltpolitik. Aber was machen Sie mit Ihren Gesetzen in der Praxis? Da schaden Sie der Landwirtschaft! Die bedanken sich bei Ihnen, ja, gerade bei Ihnen, Herr Dr. Stegner. Die finden Sie alle ganz toll.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Sie gaukeln hier ein Engagement für die Landwirte vor, und hinterrücks kommen die großen Kosten auf sie zu.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbst wenn die Preise irgendwann wieder steigen, werden sie nachher mit finanziellen Belastungen zu kämpfen haben - dieser Koalition sei Dank.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Voß?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Herr Kumbartzky, Sie haben uns eben gerade in Aufregung mitgeteilt, wie sehr die **Verwaltung** die **Landwirtschaft** belastet. Können Sie ungefähr einmal eine Zahl nennen, wenn die Verwaltung in Schleswig-Holstein komplett wegfiel, wie viel das für die Wirtschaft und die landwirtschaftlichen Betriebe ausmacht? Ich habe den Eindruck, Sie setzen auf massiven Qualitätsabbau, Standardabbau. Das kann doch wohl so überhaupt nicht sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Voß, ich habe nicht von Verwaltung gesprochen, ich habe von **Gesetzen und Verordnungen** gesprochen. Schauen wir allein, was wir im letzten Plenum beschlossen haben,

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

das Landesnaturschutzgesetz mit dem Vorkaufsrecht, mit der Gewässerrandstreifenbürokratie, mit dem Biotopverbund und so weiter. Das sind die Punkte, die der Landwirtschaft schaden. Das haben Sie gemacht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Widerspruch SPD - Wortmeldung Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Erlauben Sie eine weitere Anmerkung des Abgeordneten - -

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Nein, ach nein.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt mit meiner vorbereiteten Rede beginnen. Ich möchte zunächst wirklich einmal bedauern, dass das gestrige **Treffen der Agrarminister** von Bund und Ländern zur **Milchkrise** leider ohne konkretes Ergebnis zu Ende gegangen ist. Diese ganze „Milchgipflei“ der letzten Wochen dient nur der politischen Selbst-

darstellung. - Jetzt kommt hier wieder: Das stimmt ja nicht! Minister Habeck hat gestern noch erklärt: Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt ist zwar rhetorisch aufgeschlossen, „aber politisch bleibt es bei der alten Verhaltensstarre“. - Also selbst Minister Habeck sagt, dass da keine konkreten Beschlüsse gefasst worden sind. Ich teile diese Meinung. Ich meine nun wirklich, dass die „Milchgipflei“ der letzten Wochen nur der politischen Selbstdarstellung einiger Protagonisten diene.

(Beifall FDP)

Was wir wirklich brauchen - jetzt kommt eine Forderung -, ist eine **nachhaltige marktwirtschaftliche Lösung**, die es den Betrieben ermöglicht, mit ihren Produkten faire Preise am Markt zu erzielen.

Die beim ersten Berliner Milchgipfel zugesagten 100 Millionen € Unterstützung für die Bauern sind lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein und belegen, wie wenig produktiv all die Gipfel sind.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hilfreiche Ergebnisse hat bislang kein Milchgipfel hervorgebracht. Im Übrigen hat auch der Landwirtschaftsminister Dr. Robert Habeck noch keine konkreten Vorschläge gemacht. Auch in Ihrem Antrag steht nur drin: „Der Landtag erkennt“, „der Landtag stellt fest“, „der Landtag begrüßt“, „der Landtag bittet, Maßnahmen zu ergreifen“. Hier steht aber gar nicht drin, um welche Maßnahmen es sich handelt. Wahrscheinlich waren Sie sich intern wieder nicht einig, was Sie das schreiben sollten. Aber wenn Sie schon Anträge formulieren, dann sagen Sie doch auch konkret, was Sie wollen.

(Beifall FDP - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Jetzt tun Sie nicht schon wieder so empört!

Meine Damen und Herren, mehr Engagement der Politik zur **Erschließung neuer Absatzmärkte** für deutsche Milchbauern wäre ein wirklich guter Weg. Die deutschen Milchbauern brauchen Hilfe dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. China beispielsweise hat sein zurückhaltendes Kaufverhalten abgelegt und tritt nun wieder verstärkt als Käufer am Markt auf. Auch hier liegt eine Chance.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Leiter des Instituts für Agrarökonomie an der CAU, Professor Hess, hat beispielsweise vorgeschlagen, unternehmerische Initiativen entlang der Wertschöpfungskette zu fördern. Langfristig könne sich dabei die **Qualität** deutscher Milch- und Mol-

(**Oliver Kumbartzky**)

kereiprodukte zu einem **Alleinstellungsmerkmal** entwickeln. - Das ist doch einmal wirklich ein konkreter Vorschlag, den wir unterstützen.

Ein großes Problem, was von meinen Vorrednern noch gar nicht angesprochen worden ist, ist das **Russlandembargo**. Mit diesem Embargo trägt doch gerade die Politik zentrale Verantwortung für die Preiskrise auf dem Milchmarkt.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Da muss Politik dann auch wirklich Gegenmaßnahmen ergreifen beziehungsweise Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Wie wäre es denn beispielsweise mit einem Bürgschaftsprogramm gerade in Höhe dieses Geldes, dass das Russlandembargo ausmacht? So ein Programm könnte dazu beitragen, dass zukunftsfähige Betriebe, die gerade investiert haben, am Milchmarkt bleiben.

Meine Damen und Herren, das Letzte, was die Landwirte jetzt brauchen, ist die rot-grün-blaue Gängelung gepaart mit Politikrezepten von vorgestern. - Und damit übergebe ich an Frau Abgeordnete von Kalben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, Sie haben offenbar direkt jetzt den Zugang zu einer Frage.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke, Herr Kumbartzky. - Ich habe tatsächlich nur eine Nachfrage. Wenn Sie sagen, wir bräuchten ein Wirtschaftsprogramm, um das Delta aufzufangen, das durch das Russlandembargo entsteht, stellen Sie sich dann ein Landesprogramm vor? Oder spekulieren Sie auf den Bund, dass er dazu ein Wirtschaftsprogramm auflegt?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich habe vor Kurzem, vor etwa zwei Wochen, gerade eine Kleine Anfrage dazu gestellt. Das könnte ein Landesprogramm sein, aber natürlich wäre ein Bundesprogramm deutlich sinnvoller.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut. - Wenn Sie ein Landesprogramm vorschlagen, werden Sie dann einen gegenfinanzierten Haushaltsantrag vorlegen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, machen wir!)

um zu sagen, in welcher Form das Delta, das durch das Russlandembargo entsteht, aufgefangen werden kann? Wie Sie wissen, betrifft

das nicht nur die Landwirtschaft, sondern sehr viele Betriebe in Schleswig-Holstein. Werden Sie beantragen, das mit Landesmitteln aufzufangen?

- Ich werde das in meinem Herzen bewegen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Voß?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr gern.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, dass ich auch noch eine Frage stellen darf. - Mich würde einmal interessieren, wie hoch denn diese **Ausfallbürgschaft** sein müsste? Sie müssen dazu doch eine ungefähre Zahlenvorstellung haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

Oder wollen wir das gemeinsam rechnerisch ermitteln? Das ist der eine Teil, meine Frage.

Der anderer Teil, meine Anmerkung, ist: Ja, Sie haben eine Kleine Anfrage gestellt, aber die Anfrage bezog sich, wenn ich das richtig sehe, allgemein auf Bürgschaften, nicht gezielt auf Bürgschaften infolge des Russlandembargos.

- Na ja, meine Frage bezog sich auf Bürgschaften, die Antwort war - wie immer - sehr allgemein gehalten. Das ist schon richtig, das haben Sie richtig erkannt.

(Heiterkeit Tobias Koch [CDU])

Ganz ehrlich, genaue Zahlen kann ich Ihnen jetzt nicht nennen. Gerade bei Bürgschaften gibt es ja auch schon ein paar Programme. Das streite ich nicht ab. Aber konkrete Zahlen - das ist wieder ein schöner rhetorischer Trick von Ihnen - kann ich Ihnen natürlich nicht geben, sorry.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Jetzt eine Frage, Anmerkung des Abgeordneten Kubicki, Ihres Fraktionsvorsitzenden? - Bitte schön, Herr Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber Kollege Kumbartzky, würden Sie mir nach den vielen Nachfragen dieser rot-grün-blauen Koalition nach der Finanzierung zustimmen, dass man auch darüber nachdenken könnte, dass man,

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

wenn man 5 Milliarden € Steuermittel in die Hand nimmt, um die HSH Nordbank wieder auf Vordermann zu bringen, vielleicht auch 50 oder 100 Millionen € in die Hand nehmen könnte, um die Bauern zu unterstützen?

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Das ist wie immer ein sehr, sehr guter Vorschlag von Ihnen.

Meine Damen und Herren, **Agrarpolitik** darf nicht bevormunden, sondern muss **Freiräume für unternehmerisches Handeln** eröffnen. Was die Politik auch nicht kann, ist, Einfluss auf Kreise zu nehmen. Was sie aber kann und unbedingt auch tun muss, ist, dafür zu sorgen, dass die Betriebe eine Atempause, die sie brauchen, von dem gigantischen Veränderungsdruck, dem sie seit Jahren unterliegen, erhalten.

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort, Sie dürfen gern weitersprechen.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Dann rede ich einfach weiter.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die anderen bitte ich, so lange zuzuhören.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Also ich war noch einmal bei den - - Nein, ich kürze das jetzt ab.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, **bürokratische Belastungen** zu überprüfen und überflüssige oder unnötig komplizierte Vorschriften abzuschaffen oder zu vereinfachen. Wir fordern deshalb auch von der Landesregierung, sich des Problems anzunehmen und bürokratische Doppelbelastungen unverzüglich abzubauen. Wir hatten ja vor zwei Wochen eine große Pressekonferenz des Bauernverbandes, auf der ein ganzer Katalog von Maßnahmen vorgestellt worden ist. Schauen Sie sich den einmal gründlich und intensiv an. Da sind wirklich sehr gute Beispiele aufgeführt, wie man Bürokratie,

wie man Doppelstrukturen, wie man Kosten abbauen kann. Nehmen Sie sich das bitte wirklich zu Herzen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tun wir!)

Aber es gibt noch weitere Baustellen. Die sozio-ökonomische Beratung sollte beispielsweise weiter ausgebaut werden. Außerdem sollte man als Politik auch jetzt schon für bessere Zeiten vorsorgen, beispielsweise mit einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage für land- und forwirtschaftliche Betriebe. Das wäre ein klassisches Mittel im Sinne der Eigenvorsorge. Das wäre ein guter Weg.

Den Antrag der Koalition - das wird Sie nicht überraschen - werden wir ablehnen. Bei dem Antrag der CDU sind viele, viele gute Ansätze dabei.

(Beifall Heiner Rickers [CDU])

Aber wir haben da noch ein paar Bedenken, gerade bei der Finanzierung, deshalb werden wir uns da enthalten.

Ich werde jetzt noch kurz zum **Bericht der GAK-Mittel** kommen. Etwas mehr als 6 % der Bundesmittel in Höhe von 585 Millionen € entfallen auf Schleswig-Holstein. Das ist definitiv eine gute Grundlage, um die wirtschaftlichen, ökologischen und demografischen Herausforderungen der ländlichen Räume zu bewältigen und dessen Leistungsfähigkeit zu stärken. Aber wir müssen natürlich auch schauen, welche Schwerpunkte gesetzt werden. Da ist geschrieben: Vermarktung und Verarbeitung innerhalb regionaler Strukturen. Das kann man natürlich fördern, gar keine Frage. Aber das ist ein einseitiger Schwerpunkt.

Ich habe mir noch einmal die Große Anfrage der SPD zum Thema Ernährungswirtschaft und die Antwort des MELUR darauf durchgelesen. Auch da wird auf das Thema Export eingegangen. Ich zitiere:

„... die Ausweitung des überregionalen Exports (ist) ein wichtiger Bestandteil zukünftiger Entwicklungsstrategien.“

Deshalb sehe ich das MELUR klar mit auf unserer Linie, dass der Export ein wichtiger Punkt ist. Über weitere Punkte, wie die Breitbandförderung, die Marktstrukturverbesserung, sollten wir uns noch einmal im Ausschuss Unterhalten. - Vielen Dank für die freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine allgemeine Empfehlung: Scheinheiligkeit sollte man nicht Personen, sondern vielleicht eher Gruppen aussprechen. Das gehört zum guten Stil des Hauses!

(Zurufe Daniel Günther [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das war eine allgemeine Anmerkung!

Jetzt freue ich mich auf den nächsten Redner von der Piratenfraktion. Der Abgeordnete Sven Krumbeck hat jetzt das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte die Rede für meine erkrankte Kollegin Angelika Beer und wünsche ihr auf diesem Weg erst einmal gute Besserung.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Sandra Redmann [SPD]: Da darf man auch mal klatschen!)

Schleswig-Holsteins Landwirte durchleben schwierige Zeiten. Die desaströsen Erzeugerpreise für Milch und Schweinefleisch treiben viele Landwirte in den Ruin. Statt eines tiefgreifenden **Strukturwandels**, der die Zukunftsperspektiven unserer Landwirtschaft gestärkt hätte, haben viele Agrarbetriebe darauf gehofft, dass die Preise stabil bleiben, und expandieren. Doch die Nachfrage gerade am Weltmarkt entwickelte sich nicht so wie gehofft. Stattdessen wird am Bedarf vorbeiproduziert, und die Preise zum Beispiel für Milch und Schweinefleisch fallen.

Mit den Folgen der **Überproduktion** haben insbesondere die Milchbauern zu kämpfen. Man sollte diese Strukturkrise der Landwirtschaft - nichts anderes ist die derzeitige Krise - als Chance zum lange überfälligen Strukturwandel begreifen.

Spätestens jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir uns überlegen müssen, wie wir die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen im ländlichen Raum nachhaltig verbessern können. Der Rahmenplan zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes ist ein Kofinanzierungsinstrument, welches Schleswig-Holstein bei diesem schwierigen und auch langwierigen Prozess helfen kann. Eine **Verbesserung der ländlichen Wirtschaftsbedingungen** bedeutet aber auch, dass die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung der Anforderungen an den Umwelt-, Tier- und Gesundheitsschutz verbessert werden müssen.

Gerade die Milchkrise zeigt, dass wir Wertschöpfung statt Wachstum brauchen, qualitative und regional produzierte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die zum Beispiel regional vermarktet werden.

Eine nachhaltige, standortangepasste Landwirtschaftsbewirtschaftung, die Entwicklung geeigneter Vermarktungseinrichtungen sind genauso ein Teil solch einer nachhaltigen und ökologischen Strukturreform wie die Neugestaltung des ländlichen Raums.

Die **Verbesserung der Agrarstruktur** bedeutet auch eine Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes nach dem Flurbereinigungsgesetz. Die Zusammenlegung von Flächen und die Verbesserung der Hof-Feld-Beziehungen unterstützen nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe, sondern sind auch unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll und notwendig.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Rahmenplan zur Verbesserung der Agrarstruktur gibt uns ein hilfreiches Instrument an die Hand, um die falsche Marktpolitik der letzten Jahre zumindest mittel- bis langfristig zu korrigieren. In der Ausweitung der Produktionskapazitäten in diesem Punkt stimmen die PIRATEN mit den Koalitionsfraktionen überein, geht aber auf Kosten des Tierwohls und der Umwelt und gefährdet letztlich Familienbetriebe, die die Landwirtschaft hier im Norden prägen.

Ein weiteres Feld, welches bis 2020 gefördert werden soll, ist die regionale Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch kleine und mittlere Betriebe. Insbesondere die handwerkliche, traditionelle und ökologische Weiterverarbeitung von regionalen Lebensmitteln soll gestärkt werden. In Verbindung mit neuen Vermarktungsstrukturen, die auf ökologisch qualitativ hochwertige Produkte setzen, sehen wir PIRATEN eine Zukunftschance für die regionale Agrar- und Ernährungswirtschaft. Dies beinhaltet auch, dass nachhaltige und ökologische Anbauverfahren sowie der Erhalt der Biodiversität Ziel und wesentlicher Baustein der Förderung sind.

Gerade in Anbetracht des Überangebots und Produktion zum Beispiel von Milch und Schweinefleisch

(Unruhe - Glocke Präsident)

stellt sich die Frage, ob man der Zucht und der Erhaltung gefährdeter, aber auch deutlich **robusterer Nutztierassen** nicht größere Bedeutung beimessen sollte. Wirtschaftliche Nachteile aufgrund von geringerer Leistung sollten in Zeiten des massiven

(Sven Krumbeck)

Preisverfalls die geringsten Sorgen der Agrarindustrie sein. Stattdessen sollte man auf die Vermarktung von qualitativ hochwertigen und exotischen Erzeugnissen und Lebensmitteln setzen. Dies kann der Wettbewerbsvorteil sein, den die regionale Agrar- und Ernährungswirtschaft braucht, um sich von der einseitigen Ausrichtung auf Kostensenkung und Leistungssteigerung zu befreien.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit der großen **industriellen Agrarindustrie** ist vorbei. Der Verfall der Milchpreise zeigt deutlich, wohin eine Agrarpolitik führt, die auf steigende Produktionskapazitäten und Kostensenkung setzt. Die Folgen können wir seit Jahrzehnten beobachten. Immer mehr Landwirte geben ihren Betrieb auf. Es ist Zeit für einen nachhaltigen Strukturwandel in der Landwirtschaft. Dazu müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern.

Den Antrag der Regierungsfractionen lehnen wir PIRATEN ab. Die derzeitige Milchkrise ist das Ergebnis einer verfehlten Agrarpolitik. Quoten oder freiwillige Preisabsprachen, wie sie der Bundestag erlaubt, werden an der Niedrigpreisstrategie gerade im Lebensmitteleinzelhandel wenig ändern.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Uns PIRATEN fehlt eine Strategie, wie man gemeinsam mit Landwirten, Lebensmitteleinzelhändlern und den Konsumenten ein Bündnis schmiedet, damit Arbeitsplätze und qualitative Agrarerzeugnisse aus Schleswig-Holstein weiterhin erhalten bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Längst wissen wir, dass die **Situation** für die **Milchbauern** bei uns im Land kritisch ist. Das Preisniveau für Milch ist gefährlich niedrig, sodass viele Betriebe die täglichen Verluste nicht mehr auffangen können. Notverkäufe von Jungvieh oder Maschinen werden getätigt, um Darlehen zu bedienen oder um auch nur die nächste Rechnung bezahlen zu können. Betriebe geraten in die Insol-

venz, und Landwirte und deren Familien werden von Existenzängsten geplagt. Die Situation in der Milchwirtschaft gestaltet sich seit Jahren kritisch. Es hat immer Preisschwankungen gegeben, doch das Ausmaß, das wir zurzeit erleben, ist für viele Milchbauern existenzbedrohend. Das Schlimme ist: Ein Ende ist nicht absehbar. Es gibt keine klare Prognose, wann sich die Situation verbessert. So sieht es leider aus.

Seit Aufhebung der Milchquote ist der Markt unreguliert. EU-weit produzieren Bauern zu viel Milch - weit über dem Selbstversorgungsgrad. Diese **Überproduktion** wirkt sich entsprechend negativ auf den Erzeugerpreis aus. Das sind die Regeln des Marktes. Gleichwohl: Einen solchen Markt haben die Milchbauern nicht gewollt.

Die Milchkrise betrifft nicht nur Deutschland. Wir haben es mit einem **EU-weiten Problem** zu tun, das auch nur EU-weit gelöst werden kann. Heute stehen wir vor dem politischen Dilemma, das über Jahrzehnte aufgebaut wurde. Die EU-Landwirtschaftspolitik hat den Markt reguliert. Sie hat eingegriffen und diktiert. In der Milchproduktion finden keine Kontrollmechanismen mehr statt. Mit der Aufhebung der Mengenregulierung wurde die Milchproduktion sich selbst überlassen. Auf einmal sollen die Mechanismen des freien Marktes gelten. So etwas konnte nicht geschehen.

Daher brauchen wir schnell Lösungen, wie unsere Milchbauern aus dieser Krise herauskommen können. Auf dem **Milchgipfel in Berlin** wurde ein **Hilfspaket** mit mehreren Maßnahmen geschnürt. Dies sieht unter anderem Steuerentlastungen, Bürgschaften und Freibetragsregelungen zur Schuldentilgung vor. Zudem hat Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt kurzfristige Finanzhilfen in Höhe von 100 Millionen € plus X zugesichert. Alles schön und gut! Aber was Minister Schmidt da der Öffentlichkeit präsentiert hat, ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Damit ist keinem Milchbauern nachhaltig geholfen. Dieses Hilfspaket geht völlig an der Realität und an den Beschlüssen seiner Länderkollegen vorbei. Entsprechend harsch war auch die Kritik der Ernährungsindustrie und der Milchbauern.

Jetzt sind Lösungen gefordert, die über das hinausgehen, was bisher unternommen wird. Wir brauchen keine Instrumente, die das drohende Höfesterben künstlich hinauszögert. Wir brauchen eine **Mengenreduzierung**, um das Preisniveau wieder zu stabilisieren. Dafür muss die Milchmenge **EU-weit** runter. Inwieweit dies von den Marktbeteiligten in Eigenregie leistbar ist, mag dahingestellt

(Flemming Meyer)

sein. Ich kann es mir jedoch nicht vorstellen. Wir sehen derzeit keine andere Lösung als eine zeitlich befristete Reduzierung der Milchproduktion. Ich rede hier nicht über eine Wiedereinführung der Milchquote. Was wir wollen, ist die Einsetzung eines befristeten Kriseninstrumentes zur Mengenreduzierung. Hier reden wir über ein Instrument, das auf EU-Ebene anzuwenden ist. Alles andere wäre sinnlos.

Das Problem, das ich dabei sehe, sind die Mühlen der EU, denn wir wissen, dass sich diese nur sehr langsam drehen. Diese Zeit aber haben die Milchbauern nicht. Daher ist es wichtig, dass wir von allen Ebenen einen entsprechenden Druck auf die EU ausüben. Das bedeutet auch, dass wir den politischen Druck auf die Bundesregierung nicht aus dem Kessel nehmen dürfen. Ein erster kleiner Erfolg in diese Richtung ist bereits zu verzeichnen, denn mittlerweile hat auch Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt den Weg der Mengenreduzierung erkannt.

Leider hat er aber immer noch nicht erkannt, dass zur Lösung des Problems der Zeitfaktor eine große Rolle spielt. Das Problem kann nicht auf die lange Bank geschoben werden. Deshalb dürfen wir hier nicht nachlassen.

Wenn es gelingt, EU-weit eine temporäre **Milchmengen-Reduzierung** einzuführen, ist das noch lange nicht das Ende der Fahnenstange. Dann fängt erst die eigentliche Aufgabe an. Diese Zeit wird uns nur kurzfristig eingeräumt. Dieses Zeitfenster muss dann genutzt werden, um für die Milchbauern nachhaltige Strukturen schaffen. Hier sehen wir die Bauern, die Ernährungsindustrie und den Einzelhandel gemeinsam in der Pflicht, Lösungen zu finden. Die Politik kann hier aber flankierend unterstützen. Daher müssen wir als Politik das Zeitfenster nutzen, um künftig solche Szenarien, wie wir sie derzeit erleben, zu verhindern. Das Motto „wachse oder weiche“ muss endlich ausgedient haben. Wenn wir die **Landwirtschaft** nachhaltig sichern wollen, dann müssen wir auch über andere Strukturen reden. Das soll heißen, wir müssen für unsere Landwirte Wege finden, die eben nicht auf Quantität setzen. Hier reden wir dann auch über weitere Umschichtungen der beiden Säulen.

Das Erfüllen von Agrarumweltmaßnahmen, die gesellschaftlich gewollt sind, muss stärker in den Fokus gerückt werden.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen Vermarktungsstrategien, die auf Regionalität setzen, die damit ein Alleinstellungsmerkmal haben. Die Veredelung der Produkte muss vor Ort geschehen. Der Verbraucher muss sehen können, woher das Produkt kommt und wo es hergestellt wird. Das schafft Wertschöpfung in der jeweiligen Region und spricht den Verbraucher direkt an.

Dies sind Beispiele, die weiter gefördert werden müssen. Der vorliegende Bericht zur GAK macht deutlich, dass solche Maßnahmen zu den vorrangigen Förderzielen gehören. Auch wenn die dort veranschlagten Mittel nicht ausreichen, so zeigen sie genau in die richtige Richtung. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen zu den Dreiminutenbeiträgen. Den ersten liefert der Herr Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich hier vorhin als Reaktion auf den Beitrag des Kollegen Heiner Rickers erlebt habe, ist ein Beispiel einer wirklich abschreckenden Debatte und einer wirklich nicht vorhandenen Dialogbereitschaft dieser Regierungsfractionen.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da macht der Kollege einen konkreten konstruktiven Vorschlag, und ohne nur eine einzige Sekunde darüber nachzudenken, wird dieser mit sofortigen Totschlagargumenten niedergebrüllt. Er machte den Vorschlag eines Landesprogramms für eine **Liquiditätshilfe** in Höhe von 20 Millionen €. Man muss erst einmal kurz darüber nachdenken: Was ist denn eine Liquiditätshilfe? Eine Liquiditätshilfe dient dazu, einen Liquiditätsengpass, wie er zurzeit in der Krise vorhanden ist, zu überbrücken.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Andresen, hören Sie erst einmal zu. Es geht um einen Überbrückungskredit. Frau von Kalben, an welcher Stelle im Haushalt finden Sie Kreditvergaben aus dem Landeshaushalt an Unternehmen? - An keiner einzigen Stelle. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für Bürgschaften. Wenn die Landesregierung eine Bürgschaft in Höhe von 100 Millionen € an eine Werft in Schleswig-Hol-

(Tobias Koch)

stein vergibt, dann finden Sie im Landeshaushalt anschließend auch keine Position über 100 Millionen € wieder. Für solche Kreditgeschäfte und Bürgschaften haben wir unsere Förderinstitute. Wir haben die Investitionsbank und die Bürgschaftsbank. Deshalb braucht es gar keines Haushaltsantrags für den Vorschlag des Kollegen Rickers. Für ein Liquiditätsprogramm auf Landesebene braucht es keinen Haushaltsantrag.

Die **Milchbauern** brauchen auch keinen Haushaltsantrag, den wir zum Haushalt 2017 einreichen, damit irgendwann Mitte des Jahres 2017 eine Hilfe erfolgt. Die brauchen die Hilfe jetzt. Deshalb ist jetzt nicht das Parlament gefragt, sondern die Landesregierung ist gefordert. Da hat der Kollege Rickers vollkommen recht: Steh auf, wenn du Minister bist.

(Beifall CDU und FDP)

So können wir hier doch nicht miteinander diskutieren. Es reicht nicht, sich hier einfach nur hinzustellen und davon zu schwadronieren, dass die Menge runter muss, ohne einen einzigen konkreten Vorschlag zu nennen. Wenn von der Opposition Lösungen präsentiert werden, die zeigen, wie man den Milchbauern helfen könnte und wie man Liquiditätsschwierigkeiten, die aktuell vorhanden sind, überbrücken könnte, diese dann, wie Sie es gemacht haben, einfach niedergebrüllt werden, ohne eigene Vorschläge zu machen, dann sage ich: So kann man solche Probleme nicht angehen. So kann man sie nicht lösen. Das ist blankes Politikversagen, was Sie hier abliefern.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lieber Herr Koch, eigentlich hatte ich mich gemeldet, um noch einmal den Kollegen Rickers anzusprechen. Es ist aber sehr schön, dass Sie hierzu einen Auftakt gemacht haben. Ehrlich gesagt, Ihr Beitrag eben war gebrüllt. Meine Frage dort am Mikro war in relativ normaler Lautstärke gestellt, soweit ich mich erinnere. Da war nichts gebrüllt.

(Zurufe CDU)

- Lieber Herr Koch, wenn Sie hier über Debattenkultur sprechen, dann lassen Sie mich jetzt bitte ausreden und hören mir zu.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe Herrn Rickers gefragt, ob er unseren Minister auffordert, einen Beitrag aus Landesmitteln zu leisten. Das hat er bejaht. Daraufhin habe ich nur gefragt, wie wir denn 20 Millionen € finanzieren sollen. Hier ist nicht gesagt worden, es gehe um Liquiditätsüberbrückungskredite, sondern es ging um ein Förderprogramm, um Anreize dazu zu schaffen, die Menge zu reduzieren. Das waren die Worte.

Lieber Herr Koch, liebe CDU, es ist wohlfeil, sich hier hinzustellen und zu sagen: Lieber Herr Habeck, geben Sie jetzt den Bauern in irgendeiner Form Geld, entweder über Kredite oder - wie zumindest ich seine Antwort verstanden habe - als Direktzuweisung. Dann aber hinterher, wenn wir fragen, wo sollen wir als Konsolidierungsland 20 Millionen € herholen, zu sagen: Das ist Ihre Sache, das müssen Sie klären, das ist wohlfeil.

Ich kann auch sagen: Wir brauchen morgen 1.000 Lehrerinnen und Lehrer mehr. Die bräuchten wir nämlich. Bitte sagen Sie uns aber einmal, wie wir uns die schnitzen sollen. Solche Vorschläge sind von Ihrer Warte her populistisch.

Lieber Herr Rickers, ich möchte noch eine Sache zu dem sagen, was Sie hier ansonsten vorgetragen haben, nämlich Herr Habeck sei nicht bei Veranstaltungen gewesen. Herr Habeck ist wirklich andauernd bei den verschiedensten Bürgergesprächen und bei den verschiedensten Veranstaltungen. Selbst ein Minister kann sich aber nicht klonen. Zu sagen, es sei der Maßstab für eine gute Landwirtschaftspolitik, an welchen Terminen wer teilgenommen hat, ist echt billig.

Ich habe es in Ihrer Rede bis zum Schluss nicht verstanden, was jetzt eigentlich die Linie ist, liebe CDU. Auf der einen Seite sagen Sie, Herr Habeck solle nicht immer auf den Bund, die EU und sonst wohin zeigen. Andererseits zitieren Sie selbst Ihren Bundesminister und verweisen sogar auf die Schweiz, wobei im Nachhinein gar nicht klar war, ob das nun ein gutes oder ein schlechtes Beispiel ist. Das war jedenfalls total absurd. Mir ist nicht klar, was Sie wollen.

Im Grunde geht es um Bäuerinnen und Bauern. Es müsste doch in Ihrem Interesse sein, dass wir etwas für sie tun. Es ist doch total ungerecht, wie die Welt im Moment für die Bäuerinnen und Bauern läuft.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, Sie müssen bitte auf die Zeit achten.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ein letzter Satz an Herrn Kumbartzky: Bitte nennen Sie mir irgendwelche Milchbäuerinnen und Milchbauern, die jetzt in ihrer Existenz bedroht sind, weil das Vorkaufsrecht im Naturschutzgesetz geändert wurde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Das sind wirklich Kinkerlitzchen. Das hat mit der Ernsthaftigkeit der Situation nichts zu tun.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

- Sie haben das als Beispiel für eine schlechte **Landwirtschaftspolitik** genannt, die die Existenz der Milchbauern gefährdet.

(Beifall CDU und FDP - Oliver Kumbartzky [FDP]: Für Gängelung!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn das ein Beispiel dafür ist, dann benennen Sie, wo sich das auf die Existenznöte auswirkt. Ich finde, das ist ein Lächerlich-Machen der Nöte der Milchbäuerinnen und Milchbauern, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Ein Hinweis zu den Investitionshilfen: Diese laufen schon lange über die Investitionsbank. Da gibt es schon lange Gespräche und Unterstützung, da ist Geld auf dem Weg. Herr Koch, auf der anderen Seite gibt es ernstzunehmende Institute, die sagen: keine Bürgschaften und keine Kredite mehr. Die Bauern können diese über Generationen nicht mehr zurückzahlen.

(Beifall SSW und Uli König [PIRATEN])

Wir brauchen jetzt andere Instrumente, die eine Lösung bieten.

(Wolfgang Kubicki [FDP] und Oliver Kumbartzky [FDP]: Welche denn?)

- Faire Preise, Verhandlungen mit den Molkereien. Sie wissen ganz genau, dass in dem gesamten Geschäft eine ganze Menge zu machen ist, und im Bund passiert zum Glück auch eine ganze Menge in diesem Bereich. Aber zu behaupten, dass in diesem Land nichts passiert, um den **Bauern** bei ihren **Liquiditätsproblemen** zur Seite zu stehen, geht an der Sache vorbei. Mir war es wichtig, das noch einmal klarzustellen. Liquiditätshilfen haben den Nachteil, dass sie im Wesentlichen irgendwann zurückgezahlt werden müssen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber, darf ich Ihre Geste so verstehen, dass Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Kollegen Koch gestatten?

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Gern.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Damit hat Herr Koch jetzt das Wort und niemand anderes.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Frau Präsidentin, vielen Dank, Frau Kollegin, für Ihre Geduld.

Sie haben als Replik auf meinen Wortbeitrag eben gesagt, es gebe bereits Investitionskredite. Mögen Sie erläutern, mit welchem Investitionskredit Sie eine vorübergehende Liquiditätsproblematik überbrücken wollen? Das ist doch gar nicht die Frage, Frau Kollegin. Es geht nicht um Investitionskredite, die die Bauern jetzt noch in weitere Investitionen hineintreiben, sondern es geht darum, einen Liquiditätsengpass zu überbrücken. Wir brauchen also Liquiditätskredite und keine Investitionskredite, von denen Sie gerade sprachen.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Dann habe ich mich im Eifer des Gefechts wahrscheinlich unpräzise ausgedrückt. Es geht genau um

(**Kirsten Eickhoff-Weber**)

diese Überbrückung von Schwierigkeiten in der Liquidität. Es geht nicht um neue Investitionen, sondern es geht darum, diese Täler von Mangel an Geld zu überbrücken. Dafür gibt es in Schleswig-Holstein Lösungen von den Banken, von den Sparkassen und auch von der I-Bank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Kollegen Koch, nachdem Sie diesen Applaus genossen haben?

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Ja.

Tobias Koch [CDU]: Dann bedanke ich mich noch einmal, Frau Kollegin, zumal wir jetzt zu einer Versachlichung der Debatte kommen.

Nichts anderes hat der Kollege Rickers vorgeschlagen. Wie erklären Sie sich dann die Reaktionen aus Ihrer Fraktion heraus, wenn der Kollege dazu etwas vorschlägt und Sie sagen, das gibt es schon? Trotzdem könnte man sich doch in der jetzigen Situation Gedanken machen, wie man so etwas ausweiten kann, wie man so etwas als Landesregierung unterstützen kann. Das ist doch einen Gedanken wert, der es nicht rechtfertigt, derartig darauf zu reagieren.

- Es ist schön, dass Sie jetzt auch den Kollegen Rickers hier noch einmal so in den Fokus rücken.

Unser Ansatz ist ein ganz anderer. Es gibt Liquiditätshilfen des Landes, der einzelnen Kreditinstitute und des Bundesministers Schmidt. Alles das gibt es. Aber das alles ist immer nicht gekoppelt an **Mengenreduzierung**.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Genau das ist der Kritikpunkt. Unterstützung muss es geben; das haben wir alle miteinander gesagt. Wir brauchen die landwirtschaftlichen Betriebe. Wir dürfen sie jetzt nicht alle verlieren; denn genau diese Vielfalt ist die Qualität, die unsere Landwirtschaft in einigen Jahren ausmachen wird. Aber wir müssen es an Bedingungen koppeln. Einfach das Geld zu nehmen und so wie bisher weiterzumachen, geht nicht mehr. Das ist genau auch ein Ergebnis der AMK gewesen; das steht auch in der heutigen Zeitung und ist nachzulesen. Es gibt die

Einigung zwischen Bund und Land, wonach es Unterstützung gibt, gekoppelt an bestimmte Bedingungen. Dafür wird am 15. Juli ein Modell vorgelegt. Eine ganze Menge von dem, was vorhin lautstark angezweifelt wurde, ist also bereits auf dem Weg. Aber wir müssen auch hier parallel dazu noch eine ganze Menge in struktureller Hinsicht machen.

(Beifall SPD - **Tobias Koch [CDU]**: Genau das hat der Kollege Rickers eben gesagt!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank.

Bevor ich weiteren Rednerinnen und Rednern das Wort erteile, bitte ich Sie, mit mir zusammen weitere Gäste auf der Tribüne zu begrüßen. Es sind einmal Unternehmerfrauen im Handwerk aus dem Arbeitskreis Stormarn sowie Mitglieder der Grünen aus dem Kreis Segeberg. - Ihnen allen ein herzliches Willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Und - wie konnte ich das vergessen; vielen Dank an den Kollegen, der neben mir sitzt -: Ebenfalls anwesend ist die Grüne Jugend Schleswig-Holstein. - Ein herzliches Willkommen auch an euch!

(Beifall)

Jetzt hat das Wort für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Herr Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Tribüne sitzen Unternehmerinnen und Unternehmer, die wissen, dass Liquiditätsdarlehen auch zurückgezahlt werden müssen und dass es dafür anderer wirtschaftlicher Bedingungen bedarf.

Ich habe mir Ihren Antrag noch einmal angeguckt. Ich finde es schon spannend, wie Sie während der Debatte Ihren Antrag plötzlich modifizieren und Herr Koch in die Debatte hineingezogen werden muss, um sein ganzes Bankenwissen zusammenzunehmen und irgendwie darzustellen, dass Liquiditätsmaßnahmen vielleicht auch vom Land ergriffen werden können. Es gibt sicherlich eine Vielzahl von Maßnahmen, die kommen müssen. Entscheidend ist aber doch die **Markterholung**.

Um auch dies noch einmal deutlich zu machen: Ich finde es einfach verwunderlich, wie Sie hier in einem europäischen Markt primär auf Landesmaß-

(Bernd Voß)

nahmen setzen, anstatt den Minister in der Position gegenüber dem Bundesminister zu stärken, um die Dinge auch auf europäischer Ebene umzusetzen.

Ich habe mich aber vor allem wegen zweier anderer Punkte zu Wort gemeldet. Der eine Punkt betrifft die **sozioökonomische Beratung**. Diese ist meines Wissens bei der Kammer angesiedelt. Ich frage mich, Herr Kumbartzky, mit welchen Haushaltsforderungen Sie das unterlegen wollen. Die Kammer arbeitet in Selbstverwaltung. Unternehmerinnen und Unternehmer - das ist so üblich - bezahlen ihre Beratung selber. Von daher verstehe ich nicht, dass Sie hier wieder mit einer solchen Haushaltsforderung an das Land herantreten.

Ich habe mich aber auch zu Wort gemeldet, um noch einmal das Thema Verwaltungsabbau anzusprechen. Ich stelle überhaupt nicht infrage, dass wir sehr viele Bereiche haben, in denen wir wirklich gucken müssen und in denen auch laufend geguckt wird - das ist ja die kontinuierliche Aufgabe auch von Verbänden -, dass Verwaltungsabbau organisiert wird unabhängig davon, dass Verbände, auch Berufsverbände, in der Frage von komplexen Gesetzen und komplexen Verwaltungs Herausforderungen auch ein ganzes Stück weit ihren Teil dazu beigetragen haben, dass es so schwierig geworden ist.

Aber wenn Sie sich jetzt, genauso wie der Bauernverband, hier hinstellen und sagen, alles wird gut, Hauptsache, wir haben keine Verwaltung und keine Gesetze mehr, dann ist das einfach ein Himmelfahrtskommando, nicht ein Himmelfahrtskommando, weil Sie uns zu einer Bananenrepublik wandeln wollen, sondern ein Himmelfahrtskommando, weil Sie - deshalb habe ich ja gefragt, wie hoch denn die zu erwartenden Kosten wohl wären, wenn letztlich keine Verwaltung mehr da wäre - der aufnehmenden Hand, der Ernährungswirtschaft signalisieren, man müsse noch ein bisschen an den Kosten feilen, und man könne dann auf einem ganz anderen Billigpreisniveau produzieren.

Ich glaube, dies müssen Sie sich einmal vor Augen halten, wenn Sie hier mit solchen grundsätzlichen Forderungen nach **Standardabbau** kommen. Ich habe - diese Debatte werden wir aber leider erst im kommenden Landtag führen - zugleich den Eindruck, dass Sie damit auch eine TTIP- und CETA-Debatte bei uns einführen, um hier einen Standardabbau durchzusetzen gegen die Interessen der Bauern und gegen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung hat jetzt noch einmal der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich es bedauert habe, dass ich mich an die vereinbarte Redezeit gehalten habe, hätte ich gewusst, was die Redner der Oppositionsfraktionen danach im Wesentlichen erzählen würden. Deswegen möchte ich jetzt versuchen, noch einige Fakten nachzutragen.

Erstens. Herr Koch, das, was Sie vorgetragen haben, ist genau richtig. Wir brauchen jetzt Maßnahmen, die dazu beitragen, dass die Betriebe über die Runden kommen. Aber das, was der Bund aufgelegt hat, ist, mit einer steuerlichen Glättung ein Programm durch Änderung des Einkommensteuergesetzes in § 7 g auszulegen, das vor allem den investierenden Betrieben hilft. An der Stelle könnten wir uns in der Kritik am Bund eigentlich einig sein; denn das wird den im Moment ökonomisch schwachen Betrieben nicht helfen.

Zweitens. Es gibt ein **Liquiditätsprogramm** des Bundes mit EU-Geldern, die vom Bund verausgabt werden, über die Rentenbank. Dies ist somit dem Zugriff des Landes entzogen, und die Gelder werden nicht vollständig abgerufen, das heißt, die Gelder werden zwar abgerufen, aber nicht vollständig verausgabt, obwohl das Programm bereits einige Monate lang läuft.

(Zuruf CDU: Falsch!)

- Nein, das ist nicht falsch. Das Programm ist nicht vollständig abgerufen worden.

Die Forderung bei dem gestrigen Treffen war unter anderem, ab sofort die Liquidität an **Mengenreduzierung** zu binden. Dies hat der Bundesminister nicht erfüllen wollen. Geredet worden ist über ein Liquiditätsprogramm, für das es das Geld noch gar nicht gibt, das irgendwann einmal kommen soll, und dieses an die Mengenreduzierung zu binden. Das ist allerdings nichts anderes als Vertagen, Vertrösten, Zaudern. Warum sollen, wenn es denn als richtig erkannt wird, keine Schritte in Richtung Mengenreduzierung gegangen werden? Warum

(Minister Dr. Robert Habeck)

wird das bestehende Programm nicht umstrukturiert, um jetzt eingreifen zu können?

Der langen Rede kurzer Sinn: Wir brauchen gar keine 20 Millionen € Landesgeld, weil es Bundesgeld gibt. Die 20 Millionen € können wir uns also sparen. Sie müssen nur an Mengenreduzierungen gebunden werden, und zwar kurzfristig - so, wie es die Agrarministerkonferenz vor Monaten beschlossen hat.

Dass das Geld nicht abgerufen wird, liegt vermutlich daran, dass die Betriebe genau wissen, dass sie es wieder zurückzahlen müssen. Das ist nur eine Verlängerung des Elends. Die Leute, die kürzlich einen größeren Kuhstall gebaut haben - Herr Rickers, Sie müssten eigentlich wissen, was ein neuer Kuhstall kostet -, sind schon bis an ihr Lebensende verschuldet. Und dann sollen Liquiditätsprogramme die Lösung sein? Sollen die Betroffenen auch noch für ihre Kinder Schulden aufnehmen? Dass die Landwirte davor zurückschrecken und das vielleicht doch nicht wollen, ist wohl nachzuvollziehen.

(Heiner Rickers [CDU]: Wo ist denn Ihre Lösung?)

- Jetzt komme ich zu meiner Lösung. Herr Koch muss es nicht wissen; er ist kein Agrarpolitiker. Aber Sie, Herr Rickers, brauchen nicht so zu tun, als ob Sie es nicht wüssten. Wir haben uns oft genug darüber unterhalten.

Wir - ich persönlich zusammen mit einigen Amtskollegen - haben als Erstes in einem Brief an den Bundesagrarminister ein Bonusprogramm vorgeschlagen. Die Gelder aus Brüssel sollen nicht mehr so verteilt werden wie bisher. Es gilt, an die **Meiereien** heranzutreten und ihnen zu sagen: Ihr gebt 2 ct mehr. Wir geben noch einmal das Doppelte dazu, und zwar mit Geldern aus Brüssel. - Das ist nicht genommen worden. Auf freiwilliger, niedrighschwelliger Basis sollte Geld nicht zur Liquiditätsförderung, sondern zur Mengenreduzierung zur Verfügung gestellt werden. Das ist nicht umsetzbar gewesen.

Die Forderung, Liquiditätsförderung an die **Mengenreduzierung** zu binden, habe ich schon erwähnt. Das wäre ganz akut, ist aber abgelehnt worden.

Als Drittes ist vorgeschlagen worden, auf europäischer Ebene über Ausschreibungsmodelle die Menge zu reduzieren. Es wäre durchaus sinnvoll, europaweit vorzugehen. Konkret bestand das Anliegen darin, bei den Meiereien dafür zu werben, die Men-

ge gegenüber dem Vorjahr um 5 oder 10 % zu reduzieren - für folgende Gelder. Das wäre möglich gewesen, und es ist in Teilen immer noch möglich. Dabei geht es übrigens um die 1 Milliarde €, von denen mein bayrischer Kollege und ich gesprochen haben. Es gibt nämlich noch Bauerngeld. Ich verweise auf die Gelder, die aus der Super-Abgabe genommen wurden. Ich habe einen entsprechenden Vorschlag zum ersten Mal auf dem Landesbauerntag im September letzten Jahres vorgeschlagen; Sie waren dabei, Herr Rickers. Es ist also nicht so, als ob nie darüber gesprochen wurde und es keine konkreten Vorschläge gegeben hätte. Es gibt aufseiten der CDU allerdings eine Amnesie, was alles schon im Raum war.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Vorschlag bestand konkret darin, die Mittel aus der Super-Abgabe zu nehmen und den Bauern quasi zurückzugeben - durch Mengenreduzierung. Der Vorschlag ist nicht angenommen worden.

Ich komme zum vierten Vorschlag. Es begann mit der Feststellung einer Störung des Marktgleichgewichts durch den EU-Agrarkommissar nach Artikel 221 der Gemeinsamen Marktordnung. Wenn alle freiwilligen Maßnahmen nicht funktionieren, wird entschädigungslos und verpflichtend die Mengenreduzierung vorgeschrieben. So weit sind wir. Das ist die Position der Agrarminister der Länder. Dann erfolgt die Reduzierung eben ohne Geld, zumindest solange das Bauerngeld anders verplempert wird, wie wir es jetzt erleben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, Sie gestatten offenbar eine Bemerkung des Abgeordneten Rickers?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Ich kann so lange reden, wie ich will. Das ist gut.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Rickers.

Heiner Rickers [CDU]: Ich lege los, Herr Minister. - Nicht ohne Grund habe ich die Schweiz genannt. Sie wissen, was ich meine; wir waren gemeinsam bei der Veranstaltung. Wie groß ist denn nun Ihre Hoffnung, dass

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Sie europaweit wirklich Mehrheiten finden für die Modelle, die ja nicht alle schlecht sein müssen?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Rickers, zunächst einmal freue ich mich, dass Sie mich nicht mehr fragen, was denn meine Vorschläge seien. Offensichtlich haben Sie zur Kenntnis genommen, dass ich vier unterbreitet habe. Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Hoffnungen würden in dem Moment steigen, in dem die Bundesregierung ihre europapolitische Position überdenken würde. Deutschland und Frankreich zusammen - es sind die stärksten Agrarländer der EU - würden die Kommission beeinflussen können; dessen bin ich mir sicher. Frankreich ist so weit. Wir treffen den Agrarkommissar - hoffentlich; so ist es geplant - gemeinsam mit dem französischen Agrarminister Le Foll. Meine Hoffnung ist, dass er sich auch dann zu dem bekennt, was er schon seit einiger Zeit sagt, und dass dann auch die Bundesregierung „springt“. Also: 50 % - wenn Sie es hören wollen. Ich bin ein optimistischer Mensch und gehe davon aus, dass auf vernünftige Argumente irgendwann die Einsicht folgt.

Jetzt noch einige Sätze zur grundsätzlichen Logik: Ich finde es nicht richtig, wenn in diesem Fall wieder Steuergeld hineingeworfen wird, sei es für Liquiditätserhöhungen, sei es für Mengenreduzierungen. Wir müssen das Steuergeld an **Tierwohl** und an **Ökologie** binden. Das sind die beiden Bereiche, die nicht am Markt bezahlt werden. Es hat prinzipiell keinen Sinn, Milliardenbeträge an Steuergeld für ein nicht funktionierendes wirtschaftliches System auszugeben. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Bauerngeld zurückzahlen - ja; aber wenn es weg ist, dann muss die Mengenreduzierung eben entschädigungslos erfolgen.

Mit Blick auf die **Bauern** und den **Naturschutz** stimme ich völlig mit der Einschätzung überein, dass viele europäische Vorschriften geradezu wahn-sinnig sind. Wir müssen das Problem dringend angehen und versuchen, zu einer **Deregulierung** zu kommen. Das haben bestimmt schon viele Leute vor mir gesagt, aber immer, wenn dereguliert werden sollte, wurde es noch komplizierter. Dass inso-

weit ein Overkill vorliegt, ist unstrittig. Darunter leiden die Landwirte und die Verwaltung. Dass davon alle genervt sind, kann ich nur bestätigen.

Die Landwirte befinden sich, was die Milch angeht, in einer Preiskrise. Das besondere Problem besteht letztlich darin, dass sie keine vollwertigen Marktteilnehmer sind. Sie stehen mit dem Rücken zur Wand. Die einzige Antwort, die sie selbst geben können, ist „billiger“ und „mehr“. Es gibt keinen anderen Markt für sie. Sie sind abhängig von den Preisen, die die Meiereien am Ende des Monats festlegen. Sie können nicht die Kühe auf einmal nicht mehr füttern. Sie haben langfristige Kosten. Sie können die Milch nicht lagern. Sie müssen liefern. Wenn die Preise sinken, müssen sie mit den Antworten klarkommen: Mache es günstiger! Produziere mehr!

Wir halten ein System am Laufen, das zwangsläufig auf Kosten der Umwelt und der Tiere geht. Das gilt es mit den Mitteln des Ordnungsrechts zu regulieren - im Interesse des Naturschutzes und des Tierwohls. Uns allen - den Bauern, den Tieren und der Umwelt - wäre mehr geholfen, wenn wir ein anderes System schaffen würden, ein System, in dem es sich ökonomisch lohnt, die Belange des Tierwohls und der Umwelt zu berücksichtigen. Die Menge würde dadurch auch noch fallen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, der Minister hat 6 Minuten gesprochen. Nach unserer Geschäftsordnung steht diese Redezeit nun allen Fraktionen erneut zur Verfügung. Wenn ich es richtig deute, wird davon aber kein Gebrauch gemacht. - Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich muss einmal fragen, ob jemand Ausschussüberweisung beantragt hat. - Das ist offenbar nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU abstimmen. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der FDP.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW mit der Drucksachenummer 18/4275 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten von FDP, CDU und PIRATEN. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Jugendförderungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/4254

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung. Ich erteile der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit, das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

(Unruhe)

- Ich warte noch, bis sich die Irritation gelegt hat.

(Zuruf SPD: Wir freuen uns!)

- Alles klar, okay. Ich freue mich auch. - Ich hoffe auch, dass Ihnen allen noch präsent ist, wie viele Menschen in den vergangenen Jahren ihre Heimat verlassen und in Deutschland Zuflucht gesucht haben. Sie wissen, wie massiv die Zahl dieser Menschen insbesondere im Jahre 2015 angestiegen ist. Sie wissen auch, welche Herausforderungen in Bezug auf eine angemessene Versorgung und Unterbringung dies bedeutet hat und nach wie vor bedeutet. Dies betrifft auch die Gruppe der ausländischen Kinder und Jugendlichen, die unbegleitet nach Deutschland einreisen. Die außerordentlich problematische Lage, die dies mit sich brachte, haben wir hier gemeinsam in der November-Tagung besprochen.

Bei allen Schwierigkeiten war immer klar - ich hatte das Gefühl, das war auch Konsens -, dass diese unbegleiteten ausländischen Kinder und Jugendlichen auf die Fürsorge und den Schutz des Staates

besonders angewiesen sind und dass wir alles tun, um diesen Schutzanspruch zu verwirklichen.

Dabei liegt die sachliche Zuständigkeit für die Inobhutnahme eines Kindes oder Jugendlichen bei den örtlichen Jugendämtern. Sie wissen, dass dies nicht nur in Schleswig-Holstein die Jugendämter an bestimmten Zuwanderungsbrennpunkten - bei uns war es Neumünster - außerordentlich gefordert hat. Es bestand die Gefahr, dass wegen überschrittener **Kapazitätsgrenzen** eine Kindeswohlgerechte Unterbringung nicht mehr überall in Deutschland sicherzustellen war. Der Bund hat daher - mit Zustimmung des Bundesrats - das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher erlassen, das am 1. November 2015 in Kraft getreten ist.

Die entscheidende damit bewirkte Änderung besteht in der bundesweit ausgewogenen **Verteilung unbegleiteter minderjähriger Ausländer**. Diese sind nach der Neuregelung in § 42 a SGB VII durch das örtlich zuständige Jugendamt nur noch vorläufig in Obhut zu nehmen und werden dann bundesweit nach dem Königsteiner Schlüssel auf alle Länder verteilt. Innerhalb der aufnehmenden Länder werden die jeweiligen unbegleiteten minderjährigen Ausländer den Jugendämtern zur **Inobhutnahme** zugewiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bundesgesetz sieht vor, dass jedes Land im Rahmen eines Ausführungsgesetzes Einzelfragen dieses Verteilungsverfahrens innerhalb des Landes regelt. Das betrifft insbesondere die Bestimmung einer für die Zusammenarbeit mit dem Bundesverwaltungsamt und für die Verteilung von ausländischen Kindern und Jugendlichen innerhalb des Landes zuständigen Stelle. Weiter erlaubt das Bundesgesetz den Ländern abweichende Bestimmungen zu der örtlichen Zuständigkeit für die vorläufige Inobhutnahme eines unbegleiteten ausländischen Kindes oder Jugendlichen.

Mit dem Ihnen jetzt vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Jugendförderungsgesetzes wird diese landespezifische Ausführungsregelung geschaffen. Der Entwurf sieht einen neuen Abschnitt VII vor: „Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen“. Darin wird in § 36 a das Verfahren zur Verteilung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher in Schleswig-Holstein geregelt. Als für die Verteilung zuständige Stelle wird das Landesjugendamt benannt.

(Ministerin Kristin Alheit)

In § 36 b wird bestimmt, unter welchen Voraussetzungen das Landesjugendamt die örtliche Zuständigkeit eines Jugendamts für die vorläufige Inobhutnahme eines unbegleiteten ausländischen Kindes oder Jugendlichen abändern kann. Hintergrund ist, dass auch während der vorläufigen Inobhutnahme eine **landesinterne Umverteilung** möglich sein soll - auch dies, um im Interesse einer **kindeswohl-gerechten Unterbringung** die Überforderung von sogenannten Brennpunkt-Jugendämtern zu vermeiden. Dies ist - wie das letzte Jahr gezeigt hat - unabhängig von der bundesweiten Verteilung unerlässlich, auch bei uns in Schleswig-Holstein.

Meine Damen und Herren, die aktuellen Zahlen der nach Deutschland gelangenden Flüchtlinge aller Altersgruppen liegen deutlich unter denen des Vorjahres. Aber auch wenn dem so ist - ob dies so bleibt, wissen wir nicht -, bleibt es in jedem Fall dringend geboten, die Verteilung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen sachgerechter zu regeln. Dabei gibt es aus Sicht der Landesregierung sowohl für das bundesweite als auch für ein **landesinternes Verteilungsverfahren** einen unabweislichen Grund: Wir sichern damit die Basis für eine durchgängig und flächendeckend dem Kindeswohl entsprechende Unterbringung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dafür bitten ich als Ministerin und die Landesregierung um Ihre Unterstützung. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich will kurz die Irritation aufklären: Bei mir ist nicht angekommen, dass Sie sich darauf verständigt haben, die Tagesordnung zu ändern. Es tut mir leid. Man kann das aber auch vom Saalmikrofon aus deutlich zur Kenntnis geben. Ich gehe davon aus, dass jetzt alle darauf eingestellt sind, dass wir mit diesem Tagesordnungspunkt weitermachen.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile der Abgeordneten Astrid Damerow von der CDU-Fraktion das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im vergangenen Jahr während des großen Flüchtlingszuzugs wurden einige Bundesländer und Kreise durch die **Aufnahme und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen** ganz

besonders gefordert. Darauf haben die Bundesregierung und der Bundestag reagiert und zum 1. November ein Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher geschaffen. Dieses Gesetz soll ermöglichen, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nicht nur in den Kreisen untergebracht werden, in denen sie ankommen, sondern dass man hier einen Ausgleich schaffen kann zwischen den Bundesländern und innerhalb der Bundesländer zwischen Kreisen.

Wir haben das damals begrüßt, weil wir alle den Handlungsdruck gesehen haben. Was sich mir allerdings nicht ganz erschließt - das möchte ich schon betonen -, ist, dass die Landesregierung von November bis jetzt gebraucht hat, um ihrerseits ein Landesgesetz zur Durchführung des Bundesgesetzes auf den Weg zu bringen. Es erscheint mir außerordentlich lang, vor allem vor dem Hintergrund, dass andere Bundesländer das in wesentlich kürzerer Zeit geschafft haben.

(Volker Dornquast [CDU]: Das liegt am Ministerium!)

Nichtsdestotrotz ist es gut, dass der Gesetzentwurf jetzt vorliegt. Somit haben auch die Kreise in unserem Land Planungssicherheit, Handlungssicherheit. Sie haben zwar zwischendrin durch einen Erlass schon einmal Abhilfe geschaffen, allerdings war das Gesetz nun dringend nötig.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle haben uns in den vergangenen Monaten häufig über die ganz besonderen Anforderungen und Erfordernisse unterhalten, die **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** haben, wenn sie in unserem Land ankommen. Sie sind ganz besonderen Belastungen ausgesetzt und haben vieles erlebt, was wir in den ersten Tagen, Wochen und Monaten häufig noch gar nicht erfahren können. Wir stellen aber auch fest, dass genau diese jungen Menschen häufig ausgesprochen motiviert und engagiert versuchen, bei uns Fuß zu fassen und ihr Leben zu gestalten. Sie lernen in aller Regel relativ schnell unsere **Sprache**, und sie setzen alles daran, eine **Schulbildung** zu bekommen oder hier **Ausbildungsplätze** zu erhalten.

Trotz allem wissen wir auch, dass wir hier noch eine Menge Nachholbedarf haben, vor allem im psychosozialen Bereich. Insofern werden wir uns hier mit Sicherheit nicht das letzte Mal über dieses Thema unterhalten. Das war für uns damals mit ein Grund dafür, dass wir Wert darauf gelegt haben, dass zur Situation der unbegleiteten minderjährigen

(Astrid Damerow)

Flüchtlinge halbjährlich im Landtag berichtet wird. Sie erinnern sich, dass wir das damals an unseren Gesamtbericht mit angeschlossen haben. Ich bin sehr gespannt - im Dezember wird es so weit sein -, wie weit wir hier gekommen sind.

Wir alle haben entsprechende Erfahrungen bei unseren Besuchen in den Einrichtungen gemacht. Es gibt sehr viele unterschiedliche Modelle und Arten der Unterbringung. Wir haben ein Heim des Deutschen Kinderschutzbundes in Ostholstein besucht, das eine gemischte Unterbringung hat, zur Hälfte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, zur Hälfte deutsche Kinder. Dieses Modell fand ich ausgesprochen interessant, und es hat unsere Fraktion sehr beeindruckt.

Ich will damit sagen: Die Bedürfnisse sind vielfältig, wir stehen vor großen Herausforderungen, diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. Wir werden uns auch anschauen müssen, wie wir mit den jungen Menschen umgehen, wenn sie 18 Jahre alt werden. Für viele ist das ein ganz schwieriger Moment, weil sie häufig noch gar nicht besonders lange da sind und sich dann plötzlich selbst überlassen bleiben. Das wirft einige ordentlich zurück. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall Heike Franzen [CDU])

Im Bereich **Schulbildung** - die Kollegin Franzen hat das initiiert - haben wir das im Februar schon einmal diskutiert.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir werden der Ausschussüberweisung zustimmen und freuen uns auf weitere angeregte Debatten über den richtigen Weg in der Betreuung und Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Kollege Tobias von Pein von der SPD-Fraktion.

Tobias von Pein [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Integration und Hilfe vom ersten Tag an - das gilt vor allem und erst recht für jugendliche Geflüchtete, die ohne irgendeine Begleitung zu uns gekommen sind. Kinder und Jugendliche brauchen besondere Unterstützung und besonderen Support, erst recht wenn sie in ein Land

kommen, in dem die Regeln neu sind, die Leute anders und die Zukunft ungewiss. Geflohen vor Not, Krieg und schlimmen Erlebnissen, die noch gar nicht verarbeitet sind, müssen wir den unbegleiteten Minderjährigen nicht nur ein Dach über dem Kopf organisieren, sondern auch feste Ansprechpartner, Freunde, ein ordentliches Umfeld und - wenn sie wollen - natürlich auch eine Familie

Aber um all das gut organisieren zu können, braucht es einen **Staat**, der gut organisiert ist. Lassen Sie mich im Rückblick auf das letzte Jahr feststellen: Der Staat ist trotz manch ruckeliger und schwieriger Situationen gut organisiert. Jedem Kind und jedem Jugendlichen kann ein Obdach und eine Obhut zur Verfügung gestellt werden, denn der **Schutz** und das **Kindeswohl** standen und stehen zu jeder Zeit im Vordergrund.

Nun kann man Wege von Menschen nicht durch politische Beschlüsse begrenzen oder aufhalten. Diese Illusion versucht man gerade durch das verzweifelte Schließen von Fluchtrouten aufrechtzuerhalten. Das gilt insbesondere für junge Menschen, die kurz vor dem Erwachsenwerden oder mittendrin sind. Sie geben oft nichts auf Beschlüsse oder herzlich wenig, wenn sie ihnen nicht gefallen oder sie an der Verwirklichung ihrer Träume hindern. Deshalb haben sich viele unbegleitete jugendliche Flüchtlinge auf eigene Faust auf dem Weg gemacht, weiter nach Norden oder woanders hin, auch wenn ihnen ein Bett, ein Obdach, Beratung oder Zuwendung organisiert wurden. Wo sie jetzt sind, können wir nicht mit Sicherheit sagen. Hoffen wir, dass wir sie eines Tages wiedersehen und ihre Erfolgsgeschichte lesen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und all die anderen, die bei uns geblieben sind, erhalten Hilfe und die Unterstützung, die sie brauchen. Mit dem vorliegenden Gesetz sollen die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden, ihnen eine etwas **geordnetere Verteilung** zugutekommen zu lassen. Über die Bundesländer hinweg haben wir das bereits im Herbst geregelt, nun geht es um die Verteilung zwischen den Kreisen und darum, dass das **Landesjugendamt** als **Zentrale** fungieren kann. Es kann dann auch die vorläufige Inobhutnahme regionsgerecht regulieren.

Mit der Änderung des Gesetzes in diesem Sinne wird die notwendige Rechtssicherheit geschaffen; unsere hohen qualitativen Standards in der Jugendhilfe werden dabei selbstverständlich nicht angeta-

(Tobias von Pein)

stet. Der Schutz und die Hilfe für Jugendliche stehen an oberster Stelle.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Trotzdem ist diese Art der Verteilung im Jugendhilfesystem etwas Neues. Wie lange diese Regelung notwendig ist, muss sich erst noch zeigen. Eine Evaluation nach einem bestimmten Zeitraum wäre daher aus meiner Sicht eine Möglichkeit, die Wirkung und Praxis dieser Regelung näher zu beleuchten. Das sollten wir in den Beratungen mit berücksichtigen. Bis dahin ist die Neufassung der hier heute vorgelegten Regeln eine gute und pragmatische Reaktion auf die Situation vor Ort. Im Vorgriff auf den - so betone ich - fußballerischen Freitagabend möchte ich schon einmal sagen: Ich danke der Landesregierung für die gute Vorlage, die wir als Parlament jetzt nur noch verwandeln müssen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich danke der Ministerin sowohl für ihren Bericht als auch für die Einbringung dieses Gesetzentwurfes. Es ist ja zum Glück relativ unstrittig, dass wir hier einen Gesetzentwurf haben, der die **Umverteilung von jungen Flüchtlingen** regelt. Die einzige Kritik, die hier aufgekommen ist, ist, dass es zu spät sei. Natürlich kann man sich das früher wünschen, es hat sich aber, ehrlich gesagt, auf die Situation der minderjährigen Flüchtlinge nicht so maßgeblich ausgewirkt. Ich glaube, dass es klug, sehr klug von der Regierung war, hier ausführliche Gespräche mit den Kommunen zu führen, weil diese ganze neue Sache der Umverteilung sich ja nachher maßgeblich in den Kreisen auswirkt: Wo gelingt es uns, Angebote zu schaffen? Wie bekommen wir es hin, dass das, was im Moment in Neumünster oder in Flensburg gut ausgebildet ist - da, wo die Flüchtlinge bisher angelandet sind -, in die Fläche zu bekommen, wie kriegen wir das Know-how in die Fläche? - Das sind Probleme, die, so glaube ich, immer noch nicht vollständig gelöst sind, aber die angegangen werden müssten. Insofern ist es gut, dass wir jetzt diesen Gesetzentwurf haben.

Unser neuer Abschnitt im Jugendförderungsgesetz - vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen - setzt nicht nur das neue Bundesrecht um, sondern greift auch ein akutes **Problem der Jugendämter** auf: Die sogenannte **vorläufige Inobhutnahme** stellte diese vor besondere Schwierigkeiten, wenn kurzfristig mehrere Jugendliche ankamen - mehr, als freie Plätze vorhanden waren. Mit dem neuen Gesetz kann von der starren Quotenzuweisung abgewichen werden, um eine sinnvolle Verteilung zu ermöglichen und überforderte Jugendämter zu entlasten. Dadurch wird auch bei zeitweilig großem Andrang eine **kindeswohlge-rechte Aufnahme** gewährleistet.

Lassen Sie mich sagen: Ich glaube, dass wir im Übrigen zu diesem etwas flexibleren System nicht nur bei den Jugendlichen und Kindern kommen sollten, sondern dass wir uns auch wirklich nochmal ernsthaft darüber Gedanken machen müssen, wie wir die Verteilung zwischen Städten und Gemeinden auch aller anderen Flüchtlinge im Land machen. Das wird sicherlich auch mit dem neuen Verfahren, dem sogenannten 48-Stunden-Verfahren, eine Debatte sein, die wir vielleicht noch einmal gemeinsam führen sollten, weil ich glaube, dass das ein wichtiger Punkt wäre. Das ist nur am Rande gesagt, es gehört nicht zu diesem Thema, aber das sollten wir noch einmal debattieren, wie wir damit besser umgehen können.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber das eine ist, was wir hier im Land umsetzen, und das Andere ist, dass die Asylgesetzgebung des Bundes keineswegs immer so stringent auf Integration und auf Kindeswohl ausgerichtet ist. Liebe Kollegin Damerow, Sie haben das mitbekommen, auch an unserem Applaus, dass wir durchaus nicht superglücklich wären, wenn Sie im nächsten Jahr dann im Bund regieren würden, aber wenn Sie an der Stelle Unterstützung in der Union leisten würden, wie Sie es hier tun, dann würden wir uns darüber schon sehr freuen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Die weltoffene und **integrationsfreundliche Flüchtlingspolitik** der Landesregierung wird immer wieder auf die Probe gestellt, solange der Bund seinen Abschottungs- und Verschärfungskurs fährt. Ein wichtiger Punkt dabei ist zum Beispiel die **Erschwerung der Familienzusammenführung**. Gerade die jungen Menschen, gerade für die jungen minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge führt die

(Eka von Kalben)

Erschwerung der Familienzusammenführung zu unglaublichen Härten. Wir schaffen uns so etwas wie eine Lost Generation, wir schaffen uns hier junge Menschen, die hierher kommen, die dann volljährig werden und deshalb den Familiennachzug sowieso vergessen können, und die hier leben und ihre Familie in Syrien wissen, wo sie wissen, dass dort immer noch große Gefahren herrschen, und wo sie nicht wissen, ob ihre Eltern dort in Sicherheit leben oder nicht. Das ist schändlich, das ist falsch, und daran müssen wir dringend etwas verändern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Nur um einem Vorurteil zuvorzukommen - man hat immer eine typische Vorstellung von jungen Flüchtlingen -: Nein, das sind nicht alles junge Männer mit Bärten.

(Unruhe)

- Entschuldigung. Wolfgang Baasch guckt so!

(Heiterkeit - Zurufe)

- Aber er ist nicht jung!

(Beifall FDP)

Fakt ist, dass 47 % der minderjährigen Flüchtlinge in Schleswig-Holstein Mädchen sind. Also, unabhängig davon, dass natürlich auch Jungs ein Recht darauf haben, ihre Familie hierher zu holen, müssen wir an der Stelle gemeinsam kämpfen. Meine Zeit endet gleich, meine Redezeit jedenfalls. Deshalb möchte ich nur am Schluss noch einmal darauf hinweisen, dass ich wirklich stolz darauf bin, Frau Ministerin, was wir hier tun, um jungen Menschen eine **Heimat** zu bieten und sie hier zu integrieren. Wir sollten in dem Sinne weitermachen. - Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Für die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was hat Eka eigentlich gegen Männer mit Bärten?)

Anita Klahn [FDP]:

Das klärt ihr bitte bilateral.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist eine

Folge des seit November 2015 gültigen **länderübergreifenden Verteilverfahrens** nach § 42 SGB VIII zur Unterbringung und Versorgung von minderjährigen unbegleiteten Ausländern. Bis dahin war allein die Kommune für die Unterbringung und Versorgung von minderjährigen unbegleiteten Ausländern zuständig, in deren Einzugsbereich die Jugendlichen aufgegriffen wurden. Dieses führte zu einer erheblichen Belastung einzelner Regionen, denn bundesweit konzentrierten sich diese Inobhutnahmen von unbegleiteten minderjährigen Ausländern auf die zehn größten Städte in Deutschland, wie zum Beispiel Hamburg, Berlin, Frankfurt und München. Dass diese bundesweit bei mehr als 67.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Jahr 2015 auf eine **Entlastung und gleichmäßige Verteilung** über das gesamte Bundesgebiet drängten, ist nachvollziehbar und auch im Sinne einer besseren Integration dieser Jugendlichen.

Aber auch in Schleswig-Holstein wurden und werden überdurchschnittlich viele minderjährige Ausländer aufgegriffen. Da sind Kreise wie Ostholstein und Schleswig-Flensburg sowie die kreisfreie Stadt Flensburg, die auf der Transitstrecke nach Skandinavien liegen, aber auch die anderen kreisfreien Städte noch stärker betroffen als andere Kommunen, wie das Ministerium das Problem auch richtig dargestellt hat.

Von daher wird der grundsätzliche Regelungsinhalt des Gesetzentwurfs von uns auch anerkannt. Aber wie so oft geht es ums Detail. 2.507 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge lebten mit Stand vom 18. März 2016 laut Landesregierung in Schleswig-Holstein - eine beachtliche Anzahl. Die Länder sind ermächtigt, die **Verteilung auf die örtlichen Träger**, also auf die Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte, zu regeln. Dazu dient ja auch der vorliegende Gesetzentwurf.

Für uns Liberale ist hier die zentrale Frage, wie die konkrete Ausgestaltung aussieht. Die **Zuweisung** der aufzunehmenden minderjährigen unbegleiteten Ausländer erfolgt nach dem **Königsteiner Schlüssel** durch das Bundesverwaltungsamt. An dieser Stelle haben wir bereits darüber diskutiert, dass Schleswig-Holstein ein abgebendes Land ist, während Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt zur Aufnahme verpflichtet sind. Zu dieser Erkenntnis ist die Ministerin zwar erst spät gekommen, aber jetzt liegen die Zahlen ja vor.

Der Gesetzentwurf sieht **grundsätzliche Aufnahmequoten** der Kreise und kreisfreien Städte vor, die sich an der Einwohnerzahl orientieren. Sie kön-

(Anita Klahn)

nen nicht, wie Frau von Kalben eben sagte, flexibel reagieren. Ich möchte an dieser Stelle die Frage stellen, ob dieses Kriterium alleine ausreicht.

Ich bin der Meinung, dass **andere Kriterien** zu beachten viel wichtiger wäre, wie zum Beispiel der **Anteil von Jugendlichen unter 18 Jahren** in den aufnehmenden Jugendamtsbezirken. Es wäre auch zu berücksichtigen, ob bestimmte Jugendämter schon jetzt erheblich mit auffälligen Jugendlichen belastet sind. Weitere Kriterien einer Verteilung könnten auch sein, ob es ausreichende Schulangebote oder Ausbildungsplatzangebote sowie Freizeitangebote für Jugendliche vor Ort gibt, um eine gute und schnelle Integration zu erreichen.

Diese Details fehlen uns Liberalen im vorliegenden Gesetzentwurf. Ich finde es den Kommunen gegenüber wenig fair, wenn diese Dinge erst später per Verordnung geregelt werden. Ich bin der Auffassung, dass diese wesentlichen Eckpunkte im Gesetz direkt geregelt werden könnten. Andere Bundesländer, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, tun dieses. Auch ist die Frage der **Clearing-Stellen** offen. In der letzten Legislaturperiode ist das seitens der kommunalen Verbände als noch nicht notwendig angesehen worden. Aufgrund der großen Fallzahlen ist hier aber inzwischen ein anderer Bedarf entstanden.

Vordringliches Ziel des Gesetzentwurfes soll eine gute Versorgung und nachhaltige **sprachliche und soziale Integration** von minderjährigen unbegleiteten Ausländern sein. Die große Mehrheit dieser Kinder und Jugendlichen zeigt ein großes **Interesse an einer Schul- und Berufsausbildung**. Bei einer Verteilung müssen wir deshalb die Infrastruktur und die Leistungsfähigkeit einer Kommune berücksichtigen. Das dient diesen Zielen entsprechend.

Nutzen wir jetzt die Chance, die Rahmenbedingungen in dem Jugendförderungsgesetz zielführend und nachvollziehbar verträglich zu regeln. - Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Beratung im Innen- und Rechtsausschuss sowie im Sozialausschuss. Vielen Dank.

(Beifall FDP und Hans Hinrich Neve [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat nun der Abgeordnete Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An der Notwendigkeit des Gesetzes gibt es über-

haupt und ohne Wenn und Aber keinen Zweifel. Ich teile die Frage der Kollegin Damerow, warum es so lange gedauert hat. Der Gesetzentwurf ist auch gut, keine Frage. Aber was gut ist, kann auch besser werden. Darauf möchte ich etwas eingehen.

Ich wünsche mir, dass wir in die Ausschussberatungen ein paar Dinge einfließen lassen, die dem Kindeswohl mehr gerecht werden, als das bisher der Fall ist. Da könnte man sich an der Stellungnahme von PRO ASYL für den Bundestag orientieren, in der insbesondere abgelehnt wird, dass die Kinder und Jugendlichen zuallererst als Verteilmasse gesehen werden. PRO ASYL sieht es eher so, dass sie auch und vor allem Träger von Rechten sind, die auch umgesetzt werden sollen. Das deckt sich auch mit der Änderung des Bundeskinderschutzgesetzes.

PRO ASYL hat zum Zeitpunkt der Stellungnahme die schlechte **kommunale Versorgung**, die sehr ungleich gewesen ist, ausdrücklich kritisiert. Frau Klahn hat das eben angesprochen. Die Versorgung war überwiegend in den großen Städten organisiert. Frau von Kalben hatte eben den Punkt der Zusammenführung von Verwandten im Bundesgebiet angesprochen. Dieser Punkt ist vollkommen richtig. Sie haben das in § 36 b Absatz 3 zumindest teilweise umgesetzt. Die zu vermeidende **Trennung von Geschwistern** ist allerdings der einzige Punkt, der über die Formalien hinausgeht, die nach dem SGB gefordert waren. Eigentlich geht es dabei um etwas mehr. Ich sagte das bereits: Sie sind Träger von Rechten.

In der letzten Woche hat auch Frau Samiah El Samadoni beim Runden Tisch Heimerziehung gesagt, dass Kinder und Jugendliche zuallererst Träger von Rechten sind. Da könnte man im Gesetz hier und da vielleicht noch etwas nachbessern. Die Gedanken des Bundesgesetzes sind schon nicht ausführlich und gut genug, weil das Bundesgesetz hinter den **Dublin-III-Ansprüchen** zurückbleibt. Im Bundesgesetz fehlt zum Beispiel die die Achtung des Kindeswohls als „vorrangige Erwägung“ gemäß Artikel 6 der Dublin-III-Verordnung. Was Sie meinten, Herr von Pein, das Recht auf einen **qualifizierten Betreuer**, ist in Artikel 6 Absatz 2 festgelegt. Das Recht auf Zusammenführung mit Verwandten ist ausdrücklich in Artikel 8 formuliert. Ich wünsche mir das mehr umgesetzt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Es kann nicht sein, dass Frau El Samadoni das aus nationalem Blickwinkel fordert, und wir das den Kindern und Jugendlichen, die das noch stärker

(Wolfgang Dudda)

brauchen, auf internationaler Ebene nicht so geben wollen.

Mit § 36 b Absatz 4 Ihres Entwurfs entsprechen Sie der Forderung nach der möglichen **Korrektur erstmaliger Zuständigkeitsentscheidung**, wenn dies im Sinne des Kindeswohls ist. Das ist auch gut so, und es wäre gut, wenn die Änderung des Jugendförderungsgesetzes auch an anderen Stellen noch mehr die Handschrift von Rot-Grün-Blau tragen würde, die sonst immer von Ihnen an uns herangetragen wird. Ich denke aber, dafür können wir in den Ausschussberatungen einiges tun. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun hat für die Kollegen des SSW die Frau Kollegin Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank, Frau Vizepräsidentin! - Ich möchte mich auch noch einmal im Vorwege herzlich bei Frau Ministerin Alheit für die Einbringung des Gesetzentwurfes bedanken. Denn egal, ob Bildung, Wirtschaft oder Inneres und Recht: In fast allen Bereichen beschäftigt uns das Thema zunehmend. Die Zahl der Menschen, die ihre Herkunftsländer verlassen und zu uns nach Deutschland kommen, steigt seit Jahren. Vorläufiger Höhepunkt war bekanntlich das vergangene Jahr. Die derzeit rückläufigen Zahlen sehe ich da eher als Momentaufnahme. Niemand kann heute eine verlässliche Prognose über die weitere Entwicklung abgeben.

(Astrid Damerow [CDU]: Herr Studt wollte das machen!)

Wir müssen uns als Land einfach noch besser aufstellen. So gut wir als Gesellschaft den sprunghaften Anstieg der Menschen, die zu uns kommen, auch bewältigt haben, so hat das vergangene Jahr uns natürlich auch Schwachstellen und Grenzen aufgezeigt. An diesen Defiziten müssen wir im Sinne einer bestmöglichen **Betreuung der Geflüchteten** arbeiten.

Eine besonders traurige Begleiterscheinung bei der Zunahme der Flüchtlingszahlen ist, dass sich immer mehr Kinder und Jugendliche allein auf einen gefährlichen Weg machen. Ihre Zahl ist bis März 2016 auf über 2.500 gestiegen. Auch sie haben häufig Schreckliches erlebt, leiden mitunter an ernsten

Krankheiten und sind nicht selten schwer traumatisiert.

Aus Sicht des SSW tragen wir ihnen gegenüber eine ganz besondere Verantwortung. Sie haben ganz eigene **Schutzbedürfnisse** und ganz eigene **pädagogische Bedarfe**, auf die wir selbstverständlich und ohne Abstriche und Kompromisse eingehen müssen. Wir alle wissen, dass grundsätzlich unsere Jugendämter zuständig sind, wenn es um die Inobhutnahme eines Kindes oder eines Jugendlichen geht.

Bis zum März 2015 war genau das Jugendamt für die Inobhutnahme zuständig, in dessen Bezirk sich das geflüchtete Kind oder der Jugendliche tatsächlich aufhielt. In der Folge ist man natürlich dort, wo besonders viele unbegleitete Minderjährige angekommen sind, an **Kapazitätsgrenzen** gestoßen. Durch die Änderung der bundesgesetzlichen Grundlage werden diese Kinder und Jugendlichen mittlerweile auf die Bundesländer verteilt. Unsere Aufgabe ist es wiederum, diese unbegleiteten minderjährigen Ausländer so weiterzuverteilen, dass eine dem **Kindeswohl entsprechende Unterbringung** sichergestellt ist.

Mit diesem Weg ist in meinen Augen zumindest die Grundvoraussetzung für eine gute Betreuung erfüllt. Im vorliegenden Gesetzentwurf wird dieses Verteilungsverfahren auf die notwendige gesetzliche Grundlage gestellt. Das ist schlicht unsere Aufgabe im Rahmen eines Ausführungsgesetzes. Hierzu gehört auch, dass eine zentrale Stelle benannt werden muss, die die Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen koordiniert und in dieser Frage eng mit dem Bund zusammenarbeitet.

Ich denke, die Entscheidung, dass hierfür das Landesjugendamt vorgesehen ist und mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet wird, ist nur folgerichtig. Denn hier hat man den erforderlichen Überblick und die notwendige Fachkenntnis, um eine angemessene Unterbringung zu gewährleisten. Angemessen heißt hier aus Sicht des SSW vor allem, dass das Schutzbedürfnis dieser Kinder und Jugendlichen voll berücksichtigt wird, und dass die entsprechende Fachlichkeit vor Ort auch sichergestellt ist.

Wir alle haben erlebt, wie die Jugendämter, vor allem dort, wo wichtige Verkehrswege im Zuständigkeitsbereich lagen, an ihre Grenzen gestoßen sind - und das, obwohl die Kinder und Jugendlichen im Grunde nur vorläufig in Obhut genommen wurden. Im Extremfall ist damit die kindgerechte und dem Kindeswohl entsprechende Versorgung gefährdet.

(Jette Waldinger-Thiering)

Ich glaube, solche Zustände will niemand von uns sehen und schon gar nicht hinnehmen. Deshalb ist es aus Sicht des SSW gut und richtig, dass auch hier Abhilfe geschaffen wird. Denn in Zukunft wird das Landesjugendamt schon in dieser frühen Phase der Inobhutnahme eine Umverteilung vornehmen können. Wir hoffen, dass wir so die Überforderung einzelner Jugendämter und Kommunen verhindern können. Wir hoffen auch, dass wir den unbegleiteten Kindern und Jugendlichen damit die Versorgung geben können, die ihnen auch zusteht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/4254 dem Sozialausschuss zu überweisen.

(Anita Klahn [FDP]: Und dem Innen- und Rechtsausschuss!)

Mitberatend wem? - Okay, dann federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss?

(Anita Klahn [FDP]: Das ist in Ordnung! - Weitere Zurufe)

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir müssen noch einmal zurück auf dem vorherigen Tagesordnungspunkt kommen. Ich rufe deshalb noch einmal den Tagesordnungspunkt 59 auf:

Bericht zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); Mittelanmeldungen zum Rahmenplan 2016

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4068

Ich hatte vergessen, eine Abstimmung durchzuführen. Da geht es darum: Wer den Bericht, den die Landesregierung mit der Drucksache 18/4068 gegeben hat, zur abschließenden Beratung dem Umwelt- und Agrarausschuss überweisen möchte, den bitte ich, mir das jetzt durch Handzeichen zu signalisieren. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit haben wir auch dieses einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3655

b) Polizei braucht Vertrauen statt Misstrauen - Kein Polizeibeauftragter für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3642

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/4164

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich zunächst der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier, das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Vielen Dank. - Der Landtag hat mit Plenarabschluss vom 17. Dezember 2015 den Gesetzentwurf Drucksache 18/3655 und den Antrag in der Drucksache 18/3642 dem Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. Der Innen- und Rechtsausschuss hat hierzu schriftliche Stellungnahmen eingeholt und am 20. April 2016 eine mündliche Anhörung durchgeführt.

Er hat am 1. Juni 2016 abschließend beraten und folgende Empfehlungen abgegeben: Zu a): Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von FDP und CDU empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3655, mit den aus der Drucksache erkennbaren Änderungen anzunehmen.

Zu b): Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3642, abzulehnen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Dr. Bernstein von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer eine Beauftragtenstelle schaffen will, sollte eine Ahnung haben, was er damit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erreichen will. Er sollte zumindest ein gesellschaftlich relevantes Problem erkannt haben, das sich nicht anders lösen oder verbessern lässt. Nun haben sich SPD, Grüne und SSW in ihrem Koalitionsvertrag darauf festgelegt, dass sie einen **Polizeibeauftragten** einrichten wollen. Es handelt sich offensichtlich um ein Herzensanliegen einiger weniger in der Koalition, die vor dem Hintergrund der Einstimmenmehrheit stur auf der Umsetzung beharren. Sie tun dies, weil sie ein tiefes Misstrauen gegenüber staatlichen Organen haben, insbesondere, wenn diese Staatsorgane - wie unsere Landespolizei - auch noch in Uniform daherkommen. Sie tun dies, weil sie in einem altmodischen, obrigkeitsstaatlichen Denken gefangen sind

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- da lachen die Richtigen -, das nicht zur Kenntnis nehmen kann, dass wir im Land eine moderne und offene Bürgerpolizei haben.

Sie können bis heute nicht sagen, was ein solcher Beauftragter denn leisten soll, außer dass Sie dann ein Häkchen auf ihrer politischen Agenda setzen können.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat Herr Burgard aus Rheinland-Pfalz erklärt!)

- Das war übrigens einer der dünnsten Auftritte der ganzen Anhörung.

(Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Ein Beauftragter, der Beamtinnen und Beamten unserer Landespolizei bei Problemen zur Seite steht, wäre ja denkbar. Auch wenn es über die Mitbestimmung, die Seelsorge und weitere Ansprechpartner geordnete Wege gibt. Allerdings wird Ihr Beauftragter von allen Interessenvertretern der Polizei abgelehnt - und das aus gutem Grund. Die Anhörung hat noch einmal eindrucksvoll gezeigt: Das, was die

Nochregierungsfraktionen hier beschließen wollen, ist eben kein Beauftragter für die Polizei. Ihre Gesetzesbegründung macht es ganz deutlich: Es ist ein Beauftragter gegen die Polizistinnen und Polizisten im Land.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Und nicht einmal Sie können doch so naiv sein zu glauben, dass die Polizei einen Beauftragten, den sie ablehnt, als Anlaufstelle nutzen wird.

Ein Beauftragter, der für die Bürgerinnen und Bürger des Landes da ist, wenn sie Probleme mit der Polizei haben, wäre ja auch denkbar. Aber kein Mensch braucht ihn. Kein Mensch fordert einen solchen Beauftragten - im Gegenteil, die Menschen fordern mehr Polizisten auf der Straße. Die Zahl der Beschwerden, die in der Polizei oder über die Polizei erhoben werden, ist gering - und das ist auch gut so. Es zeigt, dass die Polizei im Land modern und bürgerfreundlich ist.

Diesen wenigen Beschwerden wird in geordneten Verfahren gründlich nachgegangen, und dort wo es nötig ist, werden Konsequenzen gezogen. Einen Beauftragten braucht es dazu nicht.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Sie treffen heute eine nutzlose Entscheidung, und schlimmer noch: SPD, Grüne und SSW schaden wissend dem Vertrauensverhältnis zwischen unserer Polizei und dem Dienstherren. SPD, Grüne und SSW drücken ihr **Misstrauen gegenüber der Polizei** aus, und sie versuchen, den Bürgerinnen und Bürgern einzureden, dass sie vor der Polizei geschützt werden müssten. Sie setzen ein verheerendes Signal, wenn Sie in der heute unverändert angespannten Situation der Polizei Ressourcen an dieser Stelle einsetzen. SPD, SSW und Grüne zeigen damit deutlich, dass ihnen zusätzliche Kontrolle der Polizei wichtiger ist als deren Leistungsfähigkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich sagte: Niemand will diesen Beauftragten, und selbst hier im Haus ist es offensichtlich nur eine Minderheit, die ihn wirklich will.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Offensichtlich nicht!)

- Denken Sie noch einmal darüber nach: Offensichtlich ist es nur eine Minderheit in diesem Haus, die den Beauftragten wirklich will. Wie viele nachher ihre Hand heben werden, werden wir ja sehen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Axel Bernstein)

Wenn Sie heute für den „Misstrauensbeauftragten“ stimmen, dann ist das ein schlechtes Signal für die Polizistinnen und Polizisten, die jeden Tag großartige Arbeit leisten. Es ist aber auch ein Signal für den schwindenden Handlungsspielraum Ihrer Einstimmenmehrheit, da Sie offensichtlich nur noch starr und realitätsfern und völlig unbeeindruckt von den Ergebnissen der Anhörung nach Plan abarbeiten können. Einmal mehr gilt: Dialog war gestern. Gehen Sie noch einmal in sich, und stimmen Sie dem Antrag der CDU zu. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor wir fortfahren, bitte ich Sie, mit mir zwei besondere Gäste auf der Tribüne zu begrüßen. Das ist der Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer sowie die Klubobfrau Frau Eibinger-Miedl aus der Steiermark. Sie sind Gäste der CDU-Fraktion. - Ich heiße Sie herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus. Grüß Gott!

(Beifall)

So, nun fahren wir in der Debatte fort. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Kollegin Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute liegt in zweiter Lesung das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten vor, mit welchem eine unabhängige Stelle für alle Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit polizeilichem Handeln stehen, eingeführt wird. So können sich nicht nur Bürgerinnen und Bürger an den zukünftigen Polizeibeauftragten oder die zukünftige Polizeibeauftragte wenden, sondern auch Polizeibeamtinnen und -beamte selbst, die sich, in welchem Kontext auch immer, ungerecht behandelt sehen.

Die Ansprechstelle soll bestehende Konflikte möglichst frühzeitig lösen und bestehende Unklarheiten und Fragestellungen möglichst schnell beseitigen. Um dies leisten zu können, ist es von Bedeutung, dass dieses **Angebot** möglichst **niedrigschwellig** gehalten wird. Deshalb sieht der Gesetzentwurf vor, dass sich jede und jeder unabhängig von der Art des Konfliktes an die Ansprechstelle wenden kann. Die Ansprechstelle ist nach dem vorliegenden Gesetzentwurf stark mediativ ausgerichtet, gibt aber, sofern der Anlass dafür gegeben ist, auch die Möglichkeit, selbst Initiativen einzuleiten.

Die beziehungsweise der Polizeibeauftragte ist für die Polizeibeamtin und den Polizeibeamten neben der innerdienstlichen Möglichkeit, sich an den Personalrat wenden zu können, ein zusätzliches Instrument, bestehende Konflikte zu lösen. **Polizeibeamtinnen und -beamte** können sich mit einer Eingabe an die Beauftragte oder den Beauftragten wenden, wenn sie Missstände oder Fehler aufzeigen wollen oder im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in soziale oder persönliche Konfliktsituationen geraten oder Probleme mit ihrem Dienstherrn vorliegen.

Bürgerinnen und Bürger können sich mit einer Beschwerde an die Beauftragte oder den Beauftragten für die Landespolizei wenden, wenn sie bei einer polizeilichen Maßnahme den Eindruck haben, dass ein persönliches Fehlverhalten einer Polizeibeamtin oder eines Polizeibeamten vorliegt oder dass eine Polizeimaßnahme rechtswidrig war.

Dass eine Ansprechstelle außerhalb der Polizei dabei sehr hilfreich sein kann, zeigen nicht nur die Ergebnisse des ersten Berichts des **Polizeibeauftragten** aus **Rheinland-Pfalz**, aus dem ganz deutlich hervorgeht, dass sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Polizeibeamtinnen und -beamten selbst den Beauftragten aufsuchen. Bereits im ersten Jahr wurden insgesamt mehr als 80 Fälle bei ihm angezeigt, 54 Beschwerden durch Bürgerinnen und Bürger und 29 Eingaben durch Polizeibeamtinnen und -beamte.

Wir haben anhand der **Vorfälle**, die sich vor nicht allzu langer Zeit in der **Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung** in Eutin in Schleswig-Holstein zugetragen haben, bei denen es sich um Sexismuskorruptionen und Vorwürfe von Rassismus und Diskriminierung handelt, zu denen der Sachverhalt vor wenigen Wochen im Innen- und Rechtsausschuss erläutert werden musste, selbst feststellen können, dass es einen Bedarf einer solch unabhängigen mediativen Stelle gibt.

Trotz des eingeleiteten Straf- und trotz des eingeleiteten Prüfungsverfahrens zum Disziplinarverfahren, die übrigens beide eingestellt wurden, bleibt der Konflikt. Es bleibt eine ungelöste und unbefriedigende Situation nicht nur zwischen den Auszubildenden, sondern auch zwischen den Auszubildenden und Ausbildern zurück nebst der Erkenntnis, dass hier die Funktion eines unabhängigen Polizeibeauftragten geholfen hätte. Das nämlich stellte der Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium sogar selbst fest.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD], Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN],

(Simone Lange)

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Simone Lange [SPD]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Breyer, bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Frau Kollegin, ich habe eine Frage zu diesen Äußerungen. - Dass ein Polizeibeauftragter geholfen hätte, sehe ich auch so.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wobei denn?)

Die Frage ist nur: Würde es den Kern des Problems in Eutin lösen? Das Problem war ja: Die Beschwerde wurde eingelegt, sie wurde vorgetragen, sie führte aber nicht dazu, dass ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

Daran hätte auch ein Polizeibeauftragter nichts ändern können. Würden Sie mir deshalb zustimmen, dass gerade dieser Beispielsfall eigentlich eher ein Fall ist, der in der Polizei hätte gelöst werden müssen?

(Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Simone Lange [SPD]:

Möglicherweise hätte das so sein müssen. Ich will ja nur sagen, dass das zusätzliche Element eines Polizeibeauftragten hier hätte hilfreich sein können. Ich stelle anheim: Möglicherweise wäre auch ein eingeleitetes Disziplinarverfahren nicht erfolgreich gewesen. Was ja zurückbleibt, ist - Stand heute - die ungelöste Situation unabhängig der formellen Verfahren. Da meine ich: Als zusätzliches Instrument hätte es in jedem Fall geholfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nach einer schriftlichen und mündlichen Anhörung haben wir noch zwei Aspekte in den vorliegenden Gesetzentwurf aufgenommen und ihn geändert. Die

Beschwerde- und Eingabefrist wird von sechs Monate nun auf 12 Monate verlängert und die **Berichtspflicht** von zweijährig auf jährlich verändert, also verkürzt. Damit entsprechen wir der notwendigen Niedrigschwelligkeit und Transparenz, die wir von einer solchen Stelle wünschen, denn nur so - da bin ich mir ganz sicher - wird das Vertrauen in polizeiliches Handeln gestärkt.

Ich will hinzufügen, Herr Dr. Bernstein: Ich bin mir ganz sicher, dass diese Stelle auch von Polizeibeamtinnen und -beamten angelaufen werden wird, denn es sind nicht pauschal alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gegen die Einrichtung einer solchen Stelle. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie kommt aus dem Laden, er nicht! - Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun der Kollege Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun kommt sie also, unsere Polizeibeauftragtenstelle. Ich freue mich, dass dieses Projekt, das uns sehr am Herzen liegt, noch vor der Sommerpause in zweiter Lesung verabschiedet werden kann.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Wir haben einen langen Weg hinter uns. Wir haben es heute noch einmal von Herrn Bernstein gehört. Dort herrscht die Meinung vor, Polizei braucht Vertrauen statt Misstrauen. Doch in der Anhörung hat sich ein deutliches Votum für unser Vorhaben ergeben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau!)

Mit Verlaub, das mit dem Misstrauen ist ja nun wirklich vorsintflutlich, Herr Kollege. Alle **staatlichen Gewalten** - die Polizei ist als Inhaberin des Gewaltmonopols der Inbegriff staatlicher Gewalt - bedürfen schlichtweg der gegenseitigen

(Burkhard Peters)

. Das ist ein fundamentales Grundprinzip für einen modernen Rechtsstaat. Ich habe dies schon in einem anderen Zusammenhang hier deutlich gemacht, nämlich bei der polizeilichen Kennzeichnungspflicht. Das Misstrauen gegenüber unkontrollierter staatlicher Gewalt ist dem neuzeitlichen Staatsverständnis immanent. Wer das nicht einsieht, sollte sich fragen, in was für einer Zeit er eigentlich lebt, Herr Dr. Bernstein.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nein, institutionelles Vertrauen ist nicht mit Gottvertrauen zu verwechseln. Die oder der Polizeibeauftragte hat gerade die Aufgabe, **Vertrauen** zu schützen, Vertrauen herzustellen und Vertrauen dort wiederherzustellen, wo es Schaden genommen hat. Latente Vorurteile und Paranoia gegenüber der Polizei werden dadurch eben nicht befördert, sondern ihnen wird entgegengewirkt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, zu guter Letzt hatte ich den Eindruck, dass dieses Projekt am Ende doch noch viele Skeptiker mitnehmen konnten. Vor allem die Ausführungen des **Bürgerbeauftragten** aus **Rheinland-Pfalz**, Dieter Burgard, im Innenausschuss, haben viele Kritiker überzeugt. Ich habe seine Ausführungen ganz deutlich anders wahrgenommen als Sie, Herr Dr. Bernstein. Das ist eine Frage des Empfängerhorizontes.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Dieser arbeitet seit Jahren erfolgreich als Polizeibeauftragter und konnte anhand vieler Beispiele belegen, in welchen Fällen er helfen konnte. Er ist dort ein geschätzter Partner auch der Polizei. Die anfänglichen Befürchtungen der Polizeigewerkschaften, die es auch dort gab, haben sich eben nicht bestätigt.

Was weniger erbaulich war, aber nicht minder überzeugend, war die Debatte zu den **Vorfällen** an der **Polizeischule in Eutin**. Das war ein Paradebeispiel für die Sinnhaftigkeit einer Polizeibeauftragtenstelle, denn es zeigt, dass das Hauptargument von CDU und Polizeigewerkschaften hinkt, nämlich die vorhandenen Beschwerdeverfahren seien derart grandios und über jeden Zweifel erhaben,

dass eine weitere, unabhängige Anlaufstelle für die Betroffenen überflüssig sei. So heißt es bei Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nein, es hat ganz und gar nicht den Anschein, dass sich die vorhandenen Dienstwege und Instrumentarien in diesem Fall bewährt hätten. Wir hatten dazu eine ausführliche Diskussion im Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aus dieser wurde der Chef der Polizeiabteilung im Innenministerium in der Zeitung mit Bezug auf die Polizeibeauftragtenstelle zitiert: „Da bin ich deutlich geläutert!“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Simone Lange [SPD] - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jawohl!)

In diesem Sinne denke ich, die Akzeptanz für die neue Stelle wird sich sehr schnell einstellen. Meine Zuversicht speist sich dabei nicht zuletzt aus der Tatsache, dass es Samiah El Samadoni ist, die das Amt jetzt übernehmen wird. Ihre hervorragende Arbeit in der Rolle als Bürgerbeauftragte und Antidiskriminierungsstelle qualifiziert sie bestens auch als Polizeibeauftragte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Kai Dolgner [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Übrigens, liebe CDU: Nehmen Sie sich doch ein Beispiel an Ihren Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg. Der kürzlich abgeschlossene grün-schwarze Koalitionsvertrag sichert ausdrücklich mit dem Segen der CDU den Fortbestand

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

der dort kurz vor der Wahl eingeführten Polizeibeauftragtenstelle. - Geht doch, lieber Herr Kollege Bernstein.

Unser Änderungsantrag ändert nur noch ein paar Feinheiten, die wir aus der Anhörung mitgenommen haben. Frau Kollegin Lange hat dies schon geschildert. Nach all dem bin ich davon überzeugt, dass wir mit diesem Gesetz eine sehr gute Grundlage dafür geschaffen haben, dass die Polizeiarbeit insgesamt weiter verbessert wird und dass das Vertrauen in die Polizei weiter gestärkt werden wird. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der FDP hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir Freie Demokraten lehnen die Schaffung eines oder einer Polizeibeauftragten ab. Eine solche Stelle ist nichts anderes als eine von der Küstenkoalition aus SPD, Grünen und SSW verfügte **Misstrauenserklärung** gegen die Landespolizei. Genauso gut könnte man einen Umweltbehördenbeauftragten einrichten, der Beschwerden gegen fehlerhafte oder die Bürger störende Handlungen der Umweltbürokratie aufgreift, oder vielleicht auch gleich einen Regierungsbeauftragten als Beschwerdestelle bei fragwürdigen Aktivitäten der Landesregierung als solcher.

(Beifall FDP)

Rot-Grün-SSW wählt exklusiv die Polizei als Zielscheibe ihres Misstrauens. Damit demonstrieren die Regierenden nichts anderes als ein gestörtes Verhältnis zur schleswig-holsteinischen Landespolizei.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Zu diesen politischen Einwänden kommen noch rechtliche beziehungsweise **verfassungsrechtliche Bedenken** hinzu. Diese sind untermauert worden durch eine Stellungnahme des **Wissenschaftlichen Dienstes**, die vom 6. Juni 2016 stammt und uns daher leider erst seit gestern vorliegt. Wir sind gern bereit, diese Stellungnahme verumdrucken zu lassen.

Zum einen wird darin aufgeführt, dass die Reichweite der Befugnisse des Polizeibeauftragten mit Blick darauf, dass er seine Befugnisse der gesetzgeberischen Konzeption nach nicht vom Petitionsausschuss ableitet, aus verfassungsrechtlicher Sicht als problematisch einzuschätzen ist. Laut § 17 des Bürgerbeauftragtengesetzes hat die oder der Beauftragte für die Landespolizei auf eine einvernehmliche Erledigung der Angelegenheiten, die er bearbeitet, hinzuwirken. Hierzu kann sie oder er eine mit Gründen zu versehenende Empfehlung aussprechen oder der zuständigen Stelle Gelegenheit zur Abhilfe geben. Der Wissenschaftliche Dienst sagt dazu: Jedenfalls in einem **laufenden gerichtlichen Verfahren** wären Empfehlungen des Polizeibeauftragten an das Gericht, welches das jeweilige Verfahren führt, unzulässig.

Dies entspricht im Übrigen auch der Praxis eines parlamentarischen Petitionsausschusses: Wann im-

mer bereits bei einem Gericht ein laufendes Verfahren vorliegt, hat sich ein Gesetzgebungsorgan herauszuhalten. Es darf keinen unmittelbaren Einfluss auf die Entscheidung konkreter Fälle in laufenden Gerichtsverfahren nehmen.

Weiterhin stellt sich nach Ansicht des Wissenschaftlichen Dienstes auch als problematisch dar, wenn man Empfehlungen an die Staatsanwaltschaften in laufenden Ermittlungsverfahren oder an eine Disziplinarbehörde in laufenden Disziplinarverfahren abgibt. Ebenso problematisch ist außerdem die im Gesetzentwurf vorgesehene **Ausweitung des Beschwerderechts** auf ein persönliches Fehlverhalten von Polizisten des Bundes oder anderer Bundesländer. Da sagt der Wissenschaftliche Dienst aus meiner Sicht unmittelbar nachvollziehbar: Diese auswärtigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stehen in keiner dienstrechtlichen Beziehung zum Land Schleswig-Holstein und sind insofern hinsichtlich individueller möglicher Verfehlungen auch nicht dem Kontrollrecht des Landtages Schleswig-Holstein unterworfen.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, damit stellt sich für mich die Frage, was eine solche Einrichtung überhaupt soll, wenn sie beispielsweise während eines laufenden gerichtlichen Verfahrens oder eines laufenden Disziplinarverfahrens quasi in Passivstellung verharren muss. Soll, nachdem beispielsweise ein Gericht zu einem rechtskräftigen Urteil gelangt ist, das Vorwürfe negiert, der Polizeibeauftragte trotzdem die Sache in welcher Form auch immer weiterverfolgen? - Ich halte das für komplett unsinnig. Mit anderen Worten: Das, was Sie bewirken wollen, ist mit dieser Institution nicht zu erreichen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Stegner, bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Dr. Klug, da Sie über geradezu herausragende Juristen in Ihrer Fraktion verfügen, frage ich mich, warum diese Bedenken in der Plenarsitzung vorgetragen werden, in der über dieses Gesetz abgestimmt wird, und

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

warum Sie diese nicht im Ausschuss geltend gemacht haben, sodass möglicherweise andere Fraktionen in die Lage hätten versetzt werden können, sich mit solchen bedeutsamen juristischen Argumenten zu beschäftigen?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Nun, lieber Kollege Stegner, ich hatte es einleitend gesagt: Wir hatten dem Wissenschaftlichen Dienst einen Auftrag erteilt, bestimmte rechtliche und verfassungsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf zu prüfen. Das Ergebnis ist uns vorgestern beziehungsweise gestern zugeleitet worden. Die Stellungnahme datiert vom 6. Juni 2016. Das ist nun mal so. Sie ist uns sehr spät und jetzt erst als schriftliche Stellungnahme zugeleitet worden. Aber ich finde, es ist gleichwohl richtig, dass man die Punkte, die relevant sind, in einer zweiten Lesung hier im Parlament anspricht.

Kollege Stegner, im Übrigen spricht nichts dagegen: Wir würden Sie gern bei einem Eintritt in eine dritte Lesung unterstützen, wenn Sie diese jetzt gemeinsam mit uns beantragen. Das würden wir sofort mitmachen.

(Beifall FDP)

Dann können wir das alles noch bis zur Sommerpause in einer weiteren Beratung im Innen- und Rechtsausschuss auch mit den fachkundigen großen Juristen aus Ihren Reihen wie dem Kollegen Burkhard Peters und anderen - weiter erörtern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Entschuldigen Sie, lieber Herr Kollege. Ich hatte gedacht, die hervorragenden juristischen Kompetenzen in Ihrer Fraktion seien von solcher Größe, dass es Ihnen vielleicht möglich gewesen wäre, dies schon im Ausschuss vorzutragen. Dass Sie den Wissenschaftlichen Dienst beauftragen müssen und dann solche Ergebnisse den anderen Fraktionen nicht mitteilen wollen, spricht jedenfalls nicht für die Validität Ihrer Argumente.

- Lieber Kollege Stegner, Sie greifen ja nicht einmal auf den unabhängigen juristischen Sachver-

stand zurück, der in der Landtagsverwaltung abrufbar ist. Insoweit weiß ich jetzt wirklich nicht, was Sie mit dieser Fragerei wollen, außer dass Sie relativ stichhaltige Argumente, wenn ich dies einmal in aller Bescheidenheit sagen darf, damit irgendwie schwächen wollen, aber das können Sie tatsächlich nicht. Das gelingt Ihnen nicht. Nummer sechs ist da heute einfach nicht auf dem neuesten Stand.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt steht als Nummer sieben noch jemand da, der Ihnen eine Bemerkung zukommen lassen möchte oder eine Frage stellen möchte, nämlich der Kollege Dr. Breyer. Herr Dr. Klug, gestatten Sie das?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Dr. Klug, ich habe zwei sachdienliche Fragen, erstens, wann Sie den Auftrag erteilt haben, und zweitens: Kommt der Wissenschaftliche Dienst an irgendeinem Punkt zu dem Ergebnis, dass dieser Gesetzentwurf verfassungswidrig sei?

- Der Auftrag stammt vom 10. Dezember 2015. Das liegt also schon eine ganze Weile zurück. Wenn ich das richtig erinnere, dann muss er schon im Kontext der ersten Lesung ergangen sein. Sie wissen alle, dass die Arbeitsbelastung hier im Haus sehr hoch ist. Ich kann das nur bedauern, aber vielleicht muss man sich bei den vielen Stellen, die auch ansonsten im Land neu geschaffen werden, auch um eine personelle Verstärkung des Wissenschaftlichen Dienstes Gedanken machen. Ich sage das einmal als einzelner Abgeordneter ohne Rückendeckung meiner Fraktion. Das wäre ein Punkt, den man im Zusammenhang mit den nächsten Haushaltsberatungen noch einmal gesondert diskutieren sollte.

Das war die Antwort auf die erste Frage von Ihnen. Wie lautete die andere Frage? Die habe ich leider vergessen.

- Ist der Wissenschaftliche Dienst in einem Punkt zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser Gesetzentwurf verfassungswidrig sei?

- Ich habe Ihnen die Kernpunkte eben vorgetragen. Es sind verfassungsrechtliche Bedenken, die ich in den genannten - ich glaube - drei einzelnen Aspekten eben referiert habe.

(Dr. Ekkehard Klug)

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Also nur Bedenken? - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kubicki, es tut mir leid, die Frage war an Ihren Kollegen Dr. Klug gerichtet. Damit wir dies jetzt geordnet weiter fortführen, möchte ich auch Herrn Dr. Klug die Möglichkeit geben, darauf zu antworten. Es gibt noch weitere Fragen und selbstverständlich die Möglichkeit, dass Sie dies vorn am Mikrophon noch einmal erläutern. - Also, Herr Dr. Klug, bitte.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Auf den Kollegen Breyer habe ich eben geantwortet. Da gab es aber noch eine andere Frage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann frage ich jetzt, ob Sie die Frage oder Bemerkung von Herrn Dr. Garg gestatten.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat Herr Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Lieber Kollege Klug, sind Sie mit mir einer Meinung, dass möglicherweise dem großartigsten Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion entgangen sein muss, dass wir erstens unsere Bedenken bereits in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs und bei den Haushaltsberatungen sehr deutlich gemacht haben und dass zweitens eine zweite Lesung eines Gesetzentwurfs keine Abnickrunde ist, sondern dass genau solche Bedenken in einer zweiten Lesung miteinander debattiert werden?

(Beifall FDP)

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Das ist absolut richtig, ja. - Soweit ich es sehe, ist der Fragebedarf geklärt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Genau, Sie haben noch 34 Sekunden Zeit.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Mir bleibt also noch eine halbe Minute übrig. - Die von Rot-Grün und SSW angestrebten gesetzlichen Regelungen zur Einführung eines Polizeibeauftragten sind eine politische Ohrfeige und eine Misstrauenserklärung gegenüber unserer Landespolizei, und darüber hinaus sind sie auch noch in rechtlicher und verfassungsrechtlicher Hinsicht ziemlicher Murks. Daraus ergibt sich für uns klar unser Votum: Wir werden den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Kollegen der Piratenfraktion hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es relativ kurz und werde auch mein Manuskript nicht ablesen oder daraus zitieren; denn dadurch würden die Argumente nur wiederholt, und wir würden Zeit verschwenden.

Ich fange damit an, dass die Polizei - anders ist es bei anderen Berufsgruppen - zu 81% bei der **Bevölkerung Vertrauen** genießt, wenn es um die Frage geht: Vertrauen Sie der Berufsgruppe voll und umfänglich? Die Polizei erreicht nach der Feuerwehr den zweithöchsten Wert in Deutschland, festgestellt durch die GfK im Jahr 2014.

Ganz anders verhält es sich mit unserer eigenen Klasse. Unserer Berufsgruppe bringen die Menschen bei der gleichen Fragestellung nur noch in Höhe von 15 % ihr Vertrauen entgegen. Vor dem Hintergrund kann ich mir nicht vorstellen, dass die Einrichtung eines Polizeibeauftragten den Wert von 81 % maßgeblich beeinflussen wird.

(Beifall PIRATEN)

Das Zweite ist: Ich danke der Koalition für die Umsetzung auch der Anregung, die ich in meiner Rede im Dezember gegeben habe, was die Fristen angeht. Die Kollegin Lange hat das ausführlich dargestellt. Deswegen kann ich mich auch an der Stelle kurzfassen. Wir brauchen kürzere Fristen an der einen Stelle und längere Fristen an der anderen Stelle. Beides haben Sie ausreichend berücksichtigt, und ich finde es auch völlig okay, wie Sie es gemacht haben.

(Beifall PIRATEN)

(Wolfgang Dudda)

Zu Herrn Klug: Herr Klug, das sind **Verwaltungsakte** anderer Natur, die die Polizei durchzusetzen hat. Die kann man nicht mit einer Ökoberbehörde oder anderen Dienststellen vergleichen. Der Kontakt des Bürgers mit Polizisten in kritischen Situationen ist verbunden mit einem Verwaltungsakt, der formell anders abläuft, der von den Bürgern aber nicht so beklagbar ist wie zum Beispiel der Steuerbescheid, auch nicht rechtssensitiv ist durch Befreiung mit sofortiger Wirkung. Auch vor diesem Hintergrund brauchen wir eine Einrichtung, die sich darum kümmert, dass Bürger- und Polizeirechte gleichmäßig betreut werden. Ich finde, das dient dem Vertrauen in die Polizei und schadet ihm überhaupt nicht.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Es war gewiss auch nicht die Absicht, das als Kontrollbehörde zu etablieren. Für eine Kontrollbehörde mit den Ansprüchen, wie Sie sie unterstellen, bräuchte man eine deutlich bessere Personalausstattung. Auch vor diesem Hintergrund stimmt das nicht.

Was mich daran, dass der Gesetzentwurf nun kommt, besonders freut, das ist die Tatsache, dass damit bei uns in Schleswig-Holstein endlich ein Stück **Whistleblower-Kultur** rechtlich etabliert wird.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

An der Stelle leben wir in Deutschland an weiten Punkten noch in der Steinzeit, wenn wir uns mit anderen europäischen Ländern vergleichen. Wir etablieren nun etwas, was unbedingt notwendig ist und was ich mir auch für andere Verwaltungsbereiche unbedingt wünsche.

(Beifall PIRATEN)

Einen letzten Punkt haben Sie leider nicht ganz berücksichtigt; das ist der Punkt **Evaluation**. Es ist nicht ganz gelungen, die Polizei komplett mitzunehmen. Man sollte deshalb nach zwei oder drei Jahren überprüfen: Taugt das Instrument? Wie hat es sich bewährt? Welche Möglichkeiten der Nachsteuerung sollten wir ins Auge fassen? Das fehlt noch, aber das kann man noch nachbessern.

Auch was den Einwand angeht, dass der oder die Polizeibeauftragte sich in laufende Verfahren nicht einmischen darf, so wird das ein kluger Polizeibeauftragter eh nicht machen, ebenso wie ein Behördenleiter, der ein Disziplinarverfahren gegen einen Beamten zu leiten hat. Der wartet ab, bis die strafrechtlichen Ermittlungen erledigt sind. Das ist etwas, was in einem klugen Kopf eines Beauftragten

vorgeht und was auch nicht einfach hätte gesetzlich geregelt werden müssen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat nun der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte dem Kollegen Dudda ausdrücklich dafür danken, dass er noch einmal dargestellt hat, warum es wichtig ist, einen Polizeibeauftragten zu haben und warum es eben auch ein Unterschied ist im Hinblick auf bestimmte Verwaltungsakte, dass Polizeibeauftragte natürlich auch gewisse Eingriffsrechte haben, die ein wenig über das hinausgehen, was andere Verwaltungen tun. Ich glaube, es ist gut, den Bürgern, aber auch den betroffenen Polizisten etwas an die Hand zu geben, was etwas niedragschwelliger ist.

Die letzten Beratungen rund um das Thema Polizeibeauftragter haben bestätigt, dass unser Anliegen, die Qualität **polizeilicher Arbeit** durch eine **unabhängige Begleitung** weiter zu stärken, richtig war. Es geht hier nicht nur um eine niedragschwellige Anlaufstelle für die Polizeibeamten, sondern auch um den Austausch der Bürgerinnen und Bürger mit der Polizei. Auch hier wollen wir das Verhältnis durch diese neu geschaffene Stelle nachhaltig verbessern. Dass von dieser Arbeit letztlich beide Seiten profitieren, steht außer Frage. Die Koalition jedenfalls hat nun den gesetzlichen Rahmen geschaffen, um eine solche Arbeit für die Polizei sowie für die Bürger möglich zu machen.

Es braucht natürlich etwas Zeit, ehe diese Arbeit letztendlich auch Früchte tragen kann. Vor diesem Hintergrund ist die im Gesetz verankerte **Berichtspflicht** durchaus sinnvoll. Dieser Bericht soll in einem regelmäßigen Abstand von zwölf Monaten dem Parlament vorgelegt werden, jedoch erst ab dem zweiten Jahr nach Aufnahme der Tätigkeit. Denn schließlich braucht eine solche Stelle eine gewisse Vorlaufzeit. Eine Routine wird sich erst langsam einspielen. So viel Ehrlichkeit und Realismus gehören auch dazu, um einer solchen Institution die Möglichkeit zu geben, sich zu verfestigen.

Erst nach einer solchen Analyse der Tätigkeit wird sich zeigen, ob die an die Polizeibeauftragten gestellten Erwartungen auch erfüllt werden können.

(Lars Harms)

Zum jetzigen Zeitpunkt mag jedenfalls einiges dafür sprechen. Im Innen- und Rechtsausschuss hat der Polizeibeauftragte aus Mainz zumindest versichert, derzeit eine ganz ansehnliche Arbeitsauslastung zu haben. Es wird also wohl so sein, dass auf diesem Feld genug zu tun sein wird, über das dann auch berichtet werden soll.

Ja, es ist richtig, auch der **Polizeibeauftragte** aus **Rheinland-Pfalz** hat deutlich machen können, dass seine Arbeit sowohl von den Bürgerinnen und Bürgern als auch von der Polizei gewürdigt wird. Genau das wollen wir in Schleswig-Holstein auch haben.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch mit Blick auf die jüngsten Ereignisse in der **Ausbildungsstätte in Eutin** darf an dieser Stelle ruhig einmal gesagt werden, dass ein Polizeibeauftragter hier sicherlich eine gute Hilfestellung hätte leisten können. Die Untersuchungen, lieber Herr Kollege Kubicki, der Staatsanwaltschaft, welche nach strengen rechtlichen Vorgaben ablaufen müssen, haben in diesem Fall jedenfalls nicht dazu geführt, den Betroffenen den Rahmen zu bieten, den sie sich wahrscheinlich gewünscht hätten. Deshalb hätte hier ein Polizeibeauftragter eine Hilfsmöglichkeit außerhalb eines solchen formellen Verfahrens sein können.

Ich glaube, genau das ist das Richtige. Man muss sich ohne Formalitäten direkt an eine Stelle wenden können, damit diese Stelle eben auch vermittelnd tätig werden kann, damit sich diese Stelle auch für die Betroffenen einsetzen kann. Genau das ist das, was wir wollen. Klar, wir wollen immer auch rechtliche Verfahren haben, aber wir wollen auch die Möglichkeit bieten, auch unterhalb dieser Schwelle entsprechend tätig zu werden. Ich glaube, insoweit ist ein Polizeibeauftragter genau das richtige Mittel.

(Beifall SSW und SPD)

Das Ziel ist und bleibt, Gesprächsmöglichkeiten zu bieten, ohne dass unmittelbar gerichtliche oder disziplinarische Maßnahmen eingeleitet werden müssen. Es geht nicht darum, bei der Polizei oder den Bürgern Detektiv zu spielen, sondern es geht um ein professionelles und unabhängiges Coaching, am liebsten, bevor es zu gerichtlichen oder disziplinarischen Auseinandersetzungen kommt.

Ein solches Unterfangen kann nur funktionieren, wenn der oder die Beauftragte letztendlich auch eine gewisse **Unabhängigkeit** bewahren kann. Ähnliches gilt ja etwa auch bei Beratungs- und Betreu-

ungsangeboten für Frauen, Kinder- und Jugendliche oder bei der Bundeswehr. All diese Ansprechpartner kommen von außen und sind auch außerhalb des eigentlichen Apparates angesiedelt. Dieses Modell konnte sich in den letzten Jahrzehnten bewähren. Warum also sollte man es nicht auch in diesem Fall anwenden?

Die vereinzelte Kritik in Bezug auf den Polizeibeauftragten haben wir als SSW wahrgenommen. Jedoch muss man einfach erkennen, dass es der Politik auch einen gewissen Mut abverlangt, ein solches niedrigschwelliges Angebot zu schaffen; denn schließlich ist die Aufgabenstellung keine ganz einfache. Emotionalität, persönliche Betroffenheit sowie arbeits- und sozialrechtliche Sicherheiten werden wahrscheinlich keine unbedeutende Rolle spielen in Bezug auf den Arbeitsalltag des oder der Beauftragten. Dabei geht es uns eben nicht um Bequemlichkeiten, sondern dort, wo der Schuh drückt, soll unkompliziert Abhilfe geschaffen werden können.

Die Qualität polizeilicher Arbeit durch eine unabhängige Begleitung zu stärken, steht für uns an erster Stelle; das kann ich hier nur noch einmal betonen. Wir werden die Arbeit dieser neuen Stelle nicht nur aufmerksam parlamentarisch begleiten und evaluieren, sondern gegebenenfalls auch weiter optimieren, falls dies vonnöten sein sollte.

Wir vom SSW sind jedenfalls weiterhin davon überzeugt, dass Schleswig-Holstein einen Polizeibeauftragten braucht. Deshalb werden wir das Gesetz heute beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön. - Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich Herr Kollege Burkhard Peters von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Klug, ich halte es für parlamentarisch ziemlich problematisch, wenn Sie heute mit diesem **Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes** aus der Kiste kommen. Es lag Ihnen seit mehreren Tagen vor. Daher wäre es ein Gebot der Fairness gewesen, uns das Gutachten zur Verfügung zu stellen, damit wir heute auch darüber fundiert diskutieren können.

(Burkhard Peters)

Ich will versuchen, auf die wenigen inhaltlichen Punkte, die Sie vorgetragen haben, einzugehen, um deutlich zu machen, dass Ihre Bedenken nicht begründet sind.

Ich beginne mit § 12 - Anwendungsbereich, Konkurrenzen. Dort heißt es:

„Nachfolgende Bestimmungen finden Anwendung auf Polizeibeschäftigte, insbesondere auf Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte des Landes Schleswig-Holstein.“

Das ist klar.

„Für **Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte anderer Länder oder des Bundes** gelten die Bestimmungen nur in den Fällen des § 170 Absatz 1 Nummer 1 des Landesverwaltungsgesetzes.“

Darin heißt es ausdrücklich:

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Warten Sie einen Moment!

„Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, die nicht in einem Dienstverhältnis zum Land Schleswig-Holstein stehen, können in Schleswig-Holstein Amtshandlungen vornehmen

1. auf Anforderung oder mit Zustimmung der zuständigen schleswig-holsteinischen Behörde; ...“

- Nur in diesen Fällen, in denen sozusagen die Befehlshoheit über diese Beamten bei den hiesigen Polizeidienststellen liegt!

Lieber Herr Kollege Kubicki, diese Regelung findet sich identisch im rheinland-pfälzischen Landesrecht, in den entsprechenden Gesetzen anderer Länder genauso. Das ist noch nirgendwo angegriffen worden mit der Behauptung, das sei so nicht rechtens.

Genau das Gleiche gilt für das **Verhältnis** zwischen dem **Petitionsrecht** und **den Aufgaben des Polizeibeauftragten**. Es ist eindeutig geregelt, dass es im Sinne des Petitionsverfahrens läuft.

Die Behauptung, dass sich im laufenden Gerichtsverfahren ein Petitionsorgan nicht einmischen dürfe, ist so nicht richtig. Es gibt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes zum Verfahren in Friedrichskoog. Das Verwaltungsgerichtsverfahren lief noch, und wir hatten gleichzeitig die Petitionen vorliegen. Es war möglich, auf die Parteien dort in gewisser Weise mediatierend einzuwirken. Das ist

also ein Widerspruch zu der von dem Redner der FDP-Fraktion vorgetragenen Behauptung.

(Zuruf PIRATEN)

- Das ist das Gutachten im Auftrag der PIRATEN. - Auf dieser Grundlage kann auch der Polizeibeauftragte - in diesem Fall: die Polizeibeauftragte - in Schleswig-Holstein tätig werden.

Die Einwände der FDP sind unsubstantiiert. Daher brauchen wir hier keine weitere Beratung. Ich empfehle, über den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung abzustimmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki von der FDP-Fraktion.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal hat Herr Kollege Dr. Klug darauf hingewiesen, dass uns das Gutachten erst gestern zugegangen ist, obwohl es bereits im Dezember beauftragt worden war. Das heißt, wir hätten es vorher gar nicht verteilen können.

Herr Kollege Peters, Sie sind doch ausgebildeter Jurist. Die Tatsache, dass **Polizeibeamte anderer Bundesländer** im Auftrag des Landes Schleswig-Holstein hier Amtshandlungen durchführen können, ändert nichts an der jeweiligen **Dienstherreneigenschaft**. Für diese Polizeibeamten wird nicht das Land Schleswig-Holstein Dienstherr. Deshalb ist die Frage des Disziplinarrechts nicht in Schleswig-Holstein, sondern in dem Bundesland, aus dem die Polizeibeamten kommen - bei Bundespolizisten: auf Bundesebene -, zu klären. Nur darum geht es.

Die Polizeibeauftragte des Landes Schleswig-Holstein hat null Befugnisse, Polizeibeamte, die aus Rheinland-Pfalz zu uns zu einem Einsatz kommen, oder Polizeibeamte des Bundes zu irgendetwas zu veranlassen, weil das Land Schleswig-Holstein die Dienstherreneigenschaft nicht innehat. Das muss Ihnen doch klar sein!

Unabhängig davon hat Herr Kollege Dr. Klug richtigerweise darauf hingewiesen - der Wissenschaftliche Dienst auch -, dass es uns jedenfalls bei **Strafverfahren** und bei **Disziplinarverfahren** untersagt ist, in laufende Verfahren einzugreifen. Gehen wir davon aus, dass ein Vorgang da ist, der disziplinar-

(Wolfgang Kubicki)

rechtliche Konsequenzen auslösen muss. Sagt dann der Polizeibeauftragte: „Nein, ich rede mal mit dem Betroffenen!“? Der Dienstherr, der das Verfahren nicht eröffnet, würde jedenfalls gegen gesetzliche Regelungen des Landes Schleswig-Holstein verstoßen. Die Einflussnahme auf ein Strafverfahren wäre unter Umständen Strafvereitelung im Amt. Das muss man sich klarmachen.

Möglich wären zum Beispiel Beschwerden über die Ausstattung der Polizei beim Polizeibeauftragten. Die Bundeswehr hat einen Wehrbeauftragten, bei dem sich die Bundeswehrsoldaten zum Beispiel darüber beschweren können, dass die Ausstattung nicht ausreicht, um in einen Einsatz zu gehen. Auch die Dienstzeiten können Gegenstand der Beschwerde sein. All das sind Themen, die auch das Parlament interessieren muss. Aber dass Begebenheiten, die disziplinarrechtliche oder strafrechtliche Konsequenzen haben können, von der Polizeibeauftragten gelöst werden, ist von Gesetzes wegen schlicht und ergreifend nicht möglich.

Niedrigschwellig soll das Ganze sein. Was passiert, wenn im Strafverfahren der Polizeibeamte freigesprochen wird? Wenn dann die Polizeibeauftragte kommt und sagt: „Nein, das ist doch anders, wir müssen miteinander reden“, wird der Polizeibeamte sagen: „Mit wem soll ich noch reden? Ich bin doch gerade freigesprochen worden!“

Ein weiteres Beispiel: Im Disziplinarverfahren wird festgestellt, dass es ein Dienstvergehen gibt. Soll dann die Polizeibeauftragte kommen und sagen: „Nein, Dienstherr, das ist kein Dienstvergehen! Wir müssen mal miteinander reden!“ Ist das die Idee, die dahintersteht? Doch wohl nicht ernsthaft.

Was also wird herauskommen? Es wird eine Reihe von Beschwerden geben, die wir als unbegründet zurückweisen müssen, wie wir das im Rahmen des Petitionsausschusses auch schon tun. Und es wird Beschwerden über den Arbeitsalltag der Polizeibeamten geben; auch diese erreichen uns schon. Insofern hat der Polizeibeauftragte überhaupt keinen Sinn. Wir erfahren, wie das Verhältnis der Polizeibeamten zu ihrem Dienstherrn wirklich ist. Sie können sich dann anders als gegenwärtig beschweren; aber das kann unter Umständen auch dienstrechtliche Konsequenzen haben.

Noch einmal: Das, was Sie mit der Installierung des Polizeibeauftragten versprechen, kann nicht eingelöst werden. Sie wecken Erwartungen, die Sie nicht einlösen können. Deshalb halten wir den Gesetzentwurf für überflüssig, in Teilbereichen sogar für kontraproduktiv, weil Betroffene mit einem Maß

von Bewältigung konfrontiert werden, das von Gesetzes wegen und von Personen wegen gar nicht geleistet werden kann. Aber vielleicht kann der Innenminister uns dazu seine Meinung noch kundtun. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

In der Tat hat jetzt der Innenminister das Wort. Für die Landesregierung spricht nun Stefan Studt.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was ich an dieser Stelle bereits am 17. Dezember vergangenen Jahres gesagt habe, hat Bestand: Ziel und Absicht des heute zur Schlussabstimmung stehenden Koalitionsvorhabens ist es, eine unabhängige Stelle zur Stärkung des **partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Bürgern und Polizei** zu schaffen. Die Polizeibeauftragte soll - ich bin mir sicher: sie wird - unterstützen, helfen, vermitteln und schlichten. In dieser Gesamtheit kontrolliert sie nicht die Polizei, und sie schwächt sie auch nicht. Im Gegenteil, sie kann dazu beitragen, die Polizei zu stärken, deren Akzeptanz zu erhöhen und die Zivilgesellschaft zu stärken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, Herr Dr. Bernstein, wir wissen, dass wir unsere Landespolizei an die aktuellen Herausforderungen anpassen müssen. Genau das tun wir kontinuierlich - personell, technisch, fachlich, sachlich. Das ist kein Widerspruch, sondern das ergänzt sich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Polizeibeauftragte ist kein einfaches Mittel zu Kontrollzwecken und schon gar kein Ausdruck zivilgesellschaftlichen Misstrauens gegenüber der Polizei. Die Polizeibeauftragte in unserem Land, dessen bin ich mir sicher, wird eine Freundin und Helferin für beide Seiten sein. Das Führungspersonal unserer Landespolizei und die Polizeibeschäftigten in den Ämtern, Behörden und Dienststellen werden - ich sage bewusst: trotz der durchaus in der Organisation geäußerten Bedenken - mit ihr partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Wir schauen gemeinsam nach vorn. Ich werde dafür Sorge tragen, dass wir zeitnah mit unserer künftigen Polizeibeauftragten ins Gespräch kommen.

(Minister Stefan Studt)

Frau El Samadoni nimmt eine besondere Herausforderung, eine besondere Aufgabe an. Ich bin mir sicher, dass wir die Institution der Polizeibeauftragten so ausgestalten werden, dass sie ihre Rolle zwischen Polizei und Bürgerinnen und Bürgern finden wird. Sie wird auch im Bereich der Polizei Anerkennung finden und in ihrer besonderen Rolle von unserer Landespolizei angenommen werden. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung.

Die FDP-Fraktion hat gerade noch einmal darauf hingewiesen - -

(Unruhe)

Entschuldigung! Es wäre schön, wenn wir jetzt Aufmerksamkeit bekämen, weil wir in die Abstimmung gehen.

Die FDP-Fraktion hat mich gerade noch einmal darauf hingewiesen, dass der Wortbeitrag von Herrn Kollegen Dr. Klug so zu verstehen ist, dass die FDP-Fraktion eine dritte Lesung beantragt. Das wäre das, worüber ich zunächst abstimmen lassen würde. Wer dem Antrag der Fraktion der FDP auf dritte Lesung stattgeben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von FDP und CDU. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Kollegen der Piratenfraktion.

Dann kommen wir zur Abstimmung zu a), Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten für so-

ziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein. Ich lasse über den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/3655 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Piratenfraktion. Wer lehnt den Gesetzentwurf ab? - Das sind die Kollegen von FDP und CDU. Stimmenthaltungen? - Gibt es nicht. Damit ist der Gesetzentwurf in der Drucksache 18/3655 in der Fassung der Drucksache 18/4164 angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir kommen zur Abstimmung zu b), Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3642. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Piratenfraktion. Wer lehnt die Drucksache ab? - Das sind die Abgeordneten der FDP- und CDU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dies mehrheitlich so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen und der Landtagspräsident haben mir bedeutet, dass wir die Sitzung jetzt beenden. Der Grund dafür ist das Konzert, das gleich im Schleswig-Holstein-Saal stattfindet. Dort wird das Ensemble Steirischer Brauch musizieren. Ich wünsche Ihnen dabei viel Vergnügen und unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:51 Uhr